

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Wer ermordete
Samora Machel?

NEUE ZEIT



1917-1987

ZEIT UND MENSCHEN

Der hohe Norden lockte russische Polarforscher seit eh und je. Doch vor der Revolution war nicht die endlose Eiswüste das Haupthindernis, sondern die zaristische Bürokratie. Die planmäßige Erforschung des hohen Nordens begann erst unter der Sowjetmacht. Um eine der reichsten aber auch unwirtlichsten Regionen des Landes zu erschließen, war es erforderlich, auch den Seeweg zugänglich zu machen. Damals entstand der kühne Plan, mit einem Schiff an der sowjetischen Eismeerküste entlang bis zum Pazifik zu gelangen. 1932 bewältigte die „Sibirjakow“ diesen Weg. Zwei Jahre später überhielt die „Tscheljuskin“, die für die Eisschiffahrt nicht ausreichend vorbereitet war, dem Kampf mit den Naturgewalten nicht stand...

Westliche Zeitungen, die sich an das schwere Schicksal vieler Expeditionen mit dem ständigen Hader ihrer Teammitglieder erinnerten, schrieben, die „Tscheljuskin“-Mannschaft sei zum Untergang verdammt und Hilfe könnten sie von nirgendwoher erwarten. Doch die Gefangenen des ewigen Eises ließen den Mut nicht sinken. Zuerst trafen sie Fürsorge für die Kranken, für Frauen und Kinder. Für sie bauten sie aus angeschwemmten Brettern eine Baracke, schufen eine provvisorische Wärmeiso-

Moskau bereitete den Polarpionieren einen Empfang



Die Piloten, die ersten Helden der Sowjetunion, und die von ihnen gerettete „Tscheljuskin“-Besatzung auf dem Roten Platz.

lierung und bastelten einen Ofen zusammen. Die anderen lebten in Zelten. Die Frauen übernahmen das Wirtschaften, die Männer richteten das Lager ein und bereiteten Landebahnen für die ersehnte Hilfe aus der Luft vor. Regelmäßig erschien die Lagerzeitung mit dem stolzen Namen „Ne sdatim-sja“ („Wir geben nicht auf“). Die Mitglieder der „Tscheljuskin“ - Expedition hielten nur die Zuversicht am Leben, daß das Sowjetland sie nicht im Stich lassen würde.

Die Hoffnungen der Menschen wurden nicht enttäuscht. Nur wenige Stunden nach der Katastrophe der „Tscheljuskin“ wurde eine Sonderregierungskommission eingesetzt. Sofort meldeten sich Hunderte von Freiwilligen, bereit, jedes Risiko einzugehen, um die „Tscheljuskin“-Besatzung zu retten. Viele sandten ihre Pläne für die Befreiung der Expedition ein, bisweilen die phantastischsten. Die Kommission prüfte alle Varianten und entschied sich dann für den Einsatz von Flugzeugen.

Unterdes debattierten die „Tscheljuskin“-Leute auf ihrer Eisscholle darüber, wer zuerst evakuiert werden sollte. Dabei gab es sogar komische Situationen. Die Frauen fragten den Expeditionschef Schmidt: „Otto Julewitsch, warum wur-



I. Papanin, P. Schirschow, E. Krenkel und J. Fjodorow waren die berühmten Arktisforscher, die erstmals die sowjetische Fahne über dem Nordpol wehen ließen.

de beschlossen, uns alle zuerst in Sicherheit zu bringen? Wo bleibt denn da die Gleichberechtigung?“ Und doch entschied man sich, das Prinzip der Gleichberechtigung zu verletzen — und so wurden die Frauen mit den ersten am Katastrophenort gelandeten Maschinen zum sicheren Festland geflogen. Am 13. April wurden die letzten Expeditionsmitglieder evakuiert.

Das „Tscheljuskin“-Team

und die Flieger, die sie gerettet hatten, wurden auf ihrem ganzen Weg nach Moskau wie Helden gefeiert.

Die Driftstation „Nordpol 1“, die drei Jahre nach der Großtat der „Tscheljuskin“ ihre Arbeit aufnahm, leistete einen großen Beitrag zur Polarforschung. Die auf der Station tätigen Wissenschaftler nahmen wichtige Beobachtungen vor, die es erlaubten, viele Geheimnisse der Zentralarktis zu enträtseln.

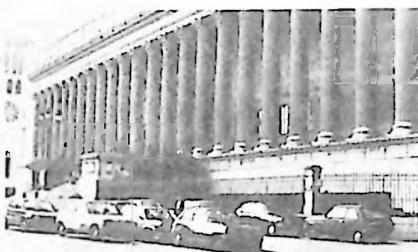


IN DIESEM HEFT:

- | | |
|----|---|
| 2 | Wort des Redakteurs
LEHREN DES 22. JUNI 1941 |
| 3 | Exklusiv für NZ
R. Dizdarevic. WAS HINTERLASSEN
WIR KÜNFTIGEN GENERATIONEN! |
| 5 | N. Sholkow. NUKLEARTESTS:
BEGRENZEN UND DANN EINSTELLEN |
| 6 | Großbritannien
A. Pumpjanski. DIE ROUTINIERTE
MACHT |
| 8 | UdSSR-Finnland
W. Kusnezow. NACHBARN BRAUCHT
JEDER |
| 11 | Panorama |
| 13 | Polen
M. Rudzinski. DER PAPST IN POLEN |
| 14 | Sicherheitsfragen
D. Wolkogonow. ANTIKRIEGSDOKTRIN |
| 16 | Diskussion mit dem Leser
V. Danilenko. „OFFENE
GESELLSCHAFT“ USA! |
| 17 | Post. Echo |



Johannes Paul II. am Grab seiner Mutter auf dem Krakower Friedhof



Der Justizpalast in Lyon, wo der Prozeß gegen Barbie stattfindet



Aids - Pest des 20. Jh.!

- 18
**NZ-Recherchen
L. Besymenski. WER AUF DER
ANKLÄGEBANK IN LYON
FEHLT**

- 21
**Hinter den Kulissen
W. Owsjannikow.
DIE OPFERGABE**

- 22
**Lebensstil
L. Kusnezowa. FOR DIE
FRAUENKARRIERE**

- 24
**Wissenschaft und Technik
L. Repin. BAKTERIEN
IM EINSATZ**

- 27
**B. Ryshenkov. WER ERMORDETE
SAMORA MACHEL?**

- 29
**Kultur und Politik
John le Carre: EIN AUTOR,
DER AUS DEM WESTEN KAM**

- 30
**WIE BEKOMMT MAN AIDS IN DEN
GRIFF!**

Titelbild: Valentin Grewzow

NEUE ZEIT

Chefredakteur
V. IGNATENKO
Redaktionskollegium:
L. BESYMENTSKI,
S. GOLIAKOW,
J. GUDKOW
(verantw. Sekretär),
A. LEBEDEW,
A. PIN,
B. PISTSCHIK
(stellv. Chefredakteur),
A. PUMPJANSKI
(stellv. Chefredakteur),
V. TSCHERNJAWSKI
(stellv. Chefredakteur)

Verantwortlicher
Redakteur der
deutschen Ausgabe
R. KRESTJANINOW



14

Ausländische Beobachter bei sowjetischen Militäruübungen

POST

WORT DES REDAKTEURS

LEHREN DES 22. JUNI 1941

Der 22. Juni 1941 hat sich tief ins Gedächtnis unseres Volkes eingegraben.

Die Lehren sind zahlreich. Heute, in der neuen Lebensetappe der sowjetischen Gesellschaft, werden sie auf neuer Grundlage analysiert, mit einer Objektivität und Kühnheit, an der es uns früher bisweilen mangelte. Wie Konstantin Simonow sagte, "haben wir den ganzen Krieg mitgemacht und erinnern uns gut an alles, von Anfang bis Ende. Wir denken nicht daran, etwas aus der Geschichte wegzuradieren, weil jede Lücke das Gesamtbild verzerrt."

Unter den Lehren des ganzen Krieges gibt es jedoch solche, die nicht nur uns, sondern auch "sie" betreffen. Tun wir nicht unrecht daran, in einer Epoche der globalen Probleme und der allgemeinen Verantwortung die Welt in Wir- und Sie-Gruppen zu teilen? Nein, wohl nicht, denn im 22. Juni ist das Wesen der politischen und militärischen Philosophie jener sozialen Kräfte konzentriert, die sich herausnehmen, die Menschheit in Diktierende und Sich-Fügende, in Vermögende und Unvermögende zu teilen. Von 1917 bis 1941 trugen sich diese Kräfte mit Plänen, sich ihre uneingeschränkte Macht über die Welt gewaltsam zurückzuholen, sie versuchten auch, diese Pläne zu verwirklichen. Der Faschismus war der Gipfel solcher verbrecherischen Absichten.

Heute wissen wir, daß der 22. Juni 1941 im Westen unterschiedlich erlebt wurde. Für Hunderte Millionen war das Schmerz und zugleich die Hoffnung, daß das Sowjetvolk dem Aggressor einen Widerstand leisten würde, der früher leider nicht immer geleistet worden war. Es gab auch solche, die schon bereit waren, sich in einen Sieg Hitlers zu fügen und mit ihm sogar zu paktieren. Damals gingen die führenden Politiker der führenden kapitalistischen Mächte nicht diesen selbstmörderischen Weg, und das war ein Zeichen der Zeit. Wenn auch mit Schwankungen, schlossen sie sich der Antihitlerkoalition an

und kamen zusammen mit allen zum Sieg. Hier aber ein weiteres Phänomen des 20. Jahrhunderts: Sobald der Sieg da war, wurde die Lehre des Krieges vergessen und der Sozialismus, der durch seine Großtat die menschliche Zivilisation gerettet hatte, wieder zum Feind des Menschengeschlechts erklärt — bis hin zur traurig bekannten Formel vom "Reich des Bösen".

In diesem Heft beginnen wir die Publikation dokumentarischer Artikel, die darüber Aufschluß geben, wie die Ideen der Zusammenarbeit um eigennütziger Interessen der überalterten Gesellschaftsordnung willen aufgegeben werden. Gerade eine solche vorsätzliche und gefährliche Abkehr macht es möglich, daß die Lehren des 22. Juni in der westlichen Welt eine absurde Form annahmen: die sorgfältige "Konservierung" und Nutzung jener Personen bzw. Gruppen zu antikommunistischen Zwecken, die im Zeichen des Hakenkreuzes Verbrechen begangen hatten. Daran erinnert der Prozeß in Lyon.

Die Redaktionspost brachte in den Nachkriegsjahren zahlreiche Mahnungen und Warnungen unserer Leser: Es gelte, alles zu tun, damit es keinen abermaligen 22. Juni gibt. Was bedeutet das in der Praxis? Heutzutage nicht nur, die Verteidigungsfähigkeit des eigenen Landes zu gewährleisten. Vielmehr tut eine komplexe Sicherheitspolitik not, die sich auf alle Bereiche der Weltpolitik ausdehnt. Der XXVII. Parteitag der KPdSU formulierte als wichtigste Aufgabe das Programm, ein umfassendes System der internationalen Sicherheit zu schaffen. Im Nuklearzeitalter birgt jeder Versuch, politische Ziele mit militärischen Mitteln zu erlangen, die Gefahr des Untergangs der Zivilisation in sich.

Daran mahnt die Sowjetunion unermüdlich die Welt, die Sowjetunion, deren Völker Opfer einer Aggression waren und um den Preis von Freiheit und friedlicher Arbeit wissen. Das innere Gehör der sozialistischen Gesellschaft empfängt noch immer das Echo des 22. Juni 1941.

Dem Artikel in Heft 13, den der britische Außenminister Geoffrey Howe elegant für Ihre Zeitschrift schrieb, möchte ich folgende Gedanken hinzufügen. Herr Howe spricht darin von der Friedensliebe seines Landes. Ich möchte ihn fragen, warum seine Regierung nicht mit gutem Beispiel vorangeht und ihre Truppen von Zypern, Gibraltar und den Malvinas abzieht. Oder war es ein Akt der "Humanität", als die englische Regierung den USA erlaubte, von England aus das kleine und schwache Libyen zu überfallen?

Erich SCHMIDT
Jessen, DDR

Der 46. Jahrestag des Oberfalls Nazideutschlands auf die UdSSR neht. Die Leute bei uns im Westen, die das Handeln der UdSSR zur Festigung des Friedens und der Entspannung feindselig, aber aufmerksam verfolgen, behaupten, die Invasion der Hitlerfaschisten habe letzten Endes dazu geführt, daß ihr Land zu einer Großmacht wurde. Wie denken Sie darüber? Meine Meinung: Es ist gemein, die 20 Millionen gefallenen Sowjetbürger zu vergessen und mit dem Begriff "Großmacht" zu spekulieren.

Armid NAZARIAN
Horsens, Dänemark

Sehr aufmerksam lese ich in Ihrer Zeitschrift Artikel über den Nahen Osten und über Afrika. Ich war erpört, als ich erfuhr, daß die USA den Afrikanischen Nationalkongreß zwingen wollten, Kommunisten aus seinen Reihen auszustoßen. Das ist grobe Erpressung und richtet sich gegen Afrikaner, die um ihre Rechte, gegen die Rassisten ringen.

S. SHIMI
Lawrence, USA

Der Bundessekretär für Auswärtige Angelegenheiten der SFRJ, Ralf Dizdarevic, gab unserem Chefredakteur Vitali Ignatenko und unserem ständigen Berichterstatter in Belgrad, Wladimir Grischnij, ein Interview.

Was hinterlassen wir künftigen Generationen?

"Wie ich zur Diplomatie kam! Das ist eine lange Geschichte. Ich begann damals, als Jugoslawien buchstäblich in einer politischen Blockade war. Eine große Gruppe neuer Leute wurde in den diplomatischen Dienst geschickt - vor allem Teilnehmer des Volksbefreiungskampfes. Ich hatte die Ehre, dieser Gruppe anzugehören. Dann, als angiehender Diplomat, entsandte man mich in die VR Bulgarien. Natürlich mußte ich ganz von der Pike anfangen. Die Beziehungen zwischen unseren Ländern waren damals nicht sonderlich gut, man kann sogar sagen schlecht, und wir Diplomaten arbeiteten mit vollem Einsatz. Den diplomatischen Dienst in Bulgarien schloß ich als Gesandschaftsrat und Interimslitischer Geschäftsträger ab. Ich war damals 25. Dann war ich in Belgrad und wurde nach Moskau geschickt. Das war eine Zeit großer Ereignisse, die Umbruchzeit des XX. Parteitages der KPdSU. Später arbeitete ich in der Botschaft in der CSSR. In verantwortlicher Funktion in den jugoslawischen Gewerkschaften, war stellvertretender Minister und Vorsitzender der Skupschtna der SFRJ. Und jetzt bin ich Bundessekretär für Äußeres. Die Internationalen Beziehungen und besonders die sowjetisch-jugoslawischen Verbindungen und deren ständige Verbesserung sind ein breites Feld für die Arbeit eines Diplomaten, dem es um die Festigung unserer Freundschaft geht."

Die Sowjetunion, die KPdSU und der Generalsekretär Ihres ZK, Genosse Gorbatschow, leisten heute einen sehr großen Beitrag zum Abbau der Internationalen Spannungen. In Ihrem Land vollzieht sich ein Umbau, den wir sehr aufmerksam verfolgen. Der Umbau eröffnet meiner Meinung nach noch größere Möglichkeiten für eine Intensivierung unserer Zusammenarbeit, besonders im wirtschaftlichen Bereich. Ich schele die Entwicklung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen und die Zusammenarbeit und Freundschaft zwischen unseren Völkern sehr optimistisch. Und jetzt Ihre Fragen."

NZ. UdSSR-Außenminister Eduard Schewardnadse wird schon bald die SFRJ besuchen. Dieser Besuch ist die Fortsetzung des umfassenden politischen Dialogs zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien. Wie schätzen Sie, Genosse Bundessekretär, den heutigen Stand der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen ein?

R. Dizdarevic. Wir betrachten die jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen als überaus gut und stabil, gekennzeichnet von beiderseitigem Respekt. Unsere Zusammenarbeit wird ständig in vielen Bereichen auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Berücksichtigung der Interessen des anderen vervollkommen. So geben wir den freundschaftlichen Gefühlen, die die Völker der SFRJ und der UdSSR verbinden, einen realen Gehalt. Diese Freundschaft wurzelt in gemeinsamem Kampf gegen den Faschismus seit den ersten Tagen des Krieges bis hin zum siegreichen Mai 1945. Ich bin davon überzeugt, daß unsere Beziehungen und unsere Zusammenarbeit eine umfassende-

re, ja ermutigende Bedeutung für die Prozesse in Europa und in der Welt haben. Wir können von gleichberechtigten Beziehungen und von Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern sprechen, die unterschiedlich groß sind und eine verschiedene weltpolitische Stellung einnehmen, Ländern, die unterschiedliche Wege der sozialistischen Entwicklung gehen, diese Unterschiede gegenseitig respektieren und als normal betrachten. Wirft man einen Blick zurück auf den von uns gegangenen Weg und analysiert man alles Erreichte, dann muß man sich auch unbedingt gemeinsamen Dokumenten - der Belgrader und der Moskauer Erklärung - zuwenden. Seit über 30 Jahren bilden sie die Grundlage unserer Beziehungen. Das ruft Befriedigung hervor. Die Prinzipien, von denen diese Dokumente ausgehen, besitzen bleibenden Wert, sind lebensfähig und universell gültig.

Die konsequente Respektierung dieser Prinzipien erlaubt uns, all das zu erreichen, was wir heute haben - die Freundschaft zwischen unseren Völkern,



einen hohen Stand der stabilen und vielseitigen Zusammenarbeit. Die Beachtung dieser Prinzipien ermöglicht uns, der weiteren Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern im politischen, ökonomischen, wissenschaftlichen, kulturellen Bereich und auf vielen anderen Gebieten hoffnungsvoll entgegenzusehen. Hierbei werden auch einzelne akute Probleme unserer breit entwickelten ökonomischen Zusammenarbeit in Erwägung gezogen - vor allem die Notwendigkeit, einen ausgeglichenen Handel ohne Senkung des erreichten Standes zu gewährleisten.

Und so erwarten wir mit großen Hoffnungen den bevorstehenden Besuch von UdSSR-Außenminister Eduard Schewardnadse. Das wird eine neue Möglichkeit sein, unser Streben zum Ausdruck zu bringen, die stabile jugoslawisch-sowjetische Zusammenarbeit auch in Zukunft weiterzuentwickeln. Zugleich ist das eine neue Möglichkeit, die Positionen zu den wichtigsten aktuellen Ereignissen und Prozessen in der heutigen Welt, die von enormer Bedeutung für Gegenwart und Zukunft der Menschheit sind, zu vergleichen, da sie das Schicksal aller Länder, aller Völker berühren.

Direkte Kontakte sind ein Faktor des gegenseitigen Verständnisses, der Zusammenarbeit und der Festigung der Freundschaft zwischen unseren Ländern.

NZ. Angesichts der Rolle Ihres Landes in der Tätigkeit der Bewegung der Nichtpaktgebundenen würde uns interessieren, was für Sie die Hauptaufgaben im Kampf für die Schaffung einer kernwaffenfreien, sicheren Welt für alle sind?

R. Dizdarevic. Die Bewegung der Nichtpaktgebundenen entstand in einer schweren Zeit, als der kalte Krieg die Welt spaltete. Sie ist ein Bestandteil und eine Errungenschaft der antikolonialen Revolutionen und der fortschrittlichen Bestrebungen der Völker. Sie basiert auf Ideen, die von herausragenden Politikern wie Tito,

Nehru und Nasser entwickelt wurden. Die Bewegung der Nichtpaktgebundenen vereint heute über 100 Länder und Befreiungsbewegungen. Dank der Kraft ihrer Ideen, dank dem Beitrag zum Kampf für Frieden, Sicherheit und internationale Zusammenarbeit, für die Beseitigung aller Folgen des Kolonialismus und dank dem Kampf gegen den Neokolonialismus, für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung wurde die Bewegung zu einem unersetzlichen globalen Faktor der internationalen Beziehungen. Bereits seit der ersten Konferenz in Belgrad vor über einem Vierteljahrhundert wirkt sie als unabhängiger, nichtpaktgebundener Faktor. Ausgehend von ihren Grundprinzipien und Zielen, setzte die Bewegung ein breites Herangehen an die internationalen Beziehungen, an die Probleme und die Wege zu ihrer Überwindung durch. So verteidigt unsere Bewegung das Prinzip der Achtung der Gewalt, der Achtung der Anwendung von Gewalt und aller Arten von Herrschaft und von Anschlägen auf Unabhängigkeit, Freiheit und Würde. Alle Länder und Völker müssen ihr Schicksal selbst bestimmen und gleichberechtigt an der Weltpolitik teilnehmen. Zugleich kämpft unsere Bewegung dafür, daß die tiefgreifenden Unterschiede und die Ungleichheit in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, das schwere Problem der Verschuldung der meisten Entwicklungsländer und die Unmöglichkeit ihrer beschleunigten ökonomischen Entwicklung auf der Grundlage einer neuen, gerechteren internationalen Wirtschaftsordnung überwunden werden.

Unsere Bewegung strebt insbesondere nach der Herstellung solcher internationaler Beziehungen, die die Blockrivalitäten und die Konfrontation überwinden und beseitigen würden. Sie tritt für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit aller Länder ein. Auf diese Politik gegründet, verwirklicht das sozialistische Jugoslawien die Ideale, die uns in der Revolution beflügeln. All das ist ein untrennbarer Bestandteil des Kampfes für eine sichere Welt, frei von Nuklear- und anderen Arten der Massenvernichtungswaffen, für die Nichtanwendung von Gewalt als Mittel zur Lösung von Streitfragen. Beginnend mit der Konferenz von Belgrad (1961) bis hin zur Konferenz von Harare (1986) verlangten die Nichtpaktgebundenen, daß die Nuklearmächte Verhandlungen aufnehmen, um diese Waffen zu reduzieren und vollständig zu beseitigen. Darauf läuft auch der Appell der Paktfreienkonferenz von Harare an die führenden Repräsentanten der UdSSR und der USA hinaus.

NZ. Maßnahmen zur Senkung des militärischen Konfrontationsstandes spielen eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung der Idee, ein umfassendes System des Weltfriedens und der Weltsicherheit zu schaffen. Die UdSSR ergriff einige bedeutsame Initiativen zu verschiedenen Aspekten der Abrüstung, unter anderen unterbreitete sie konkrete Vorschläge zur Beseitigung

der Mittelstreckenraketen größerer und geringerer Reichweite in Europa, um die reale Grundlage dafür zu schaffen, daß ein diesbezügliches Abkommen bereits in nächster Zeit unterzeichnet wird. Was meinen Sie dazu?

R. Dizdarevic. Ja, die Tatsache, daß die UdSSR und die USA heute einander bei der Erreichung konkreter Vereinbarungen über die Beseitigung ihrer Mittelstreckenraketen größerer und geringerer Reichweite auf dem Territorium Europas nähergekommen sind, ermutigt.

Jugoslawien begrüßte die sowjetischen Vorschläge und Initiativen, die den Beginn des Dialogs und der Verhandlungen über die Beendigung des Wettrüstens und den Übergang zur Abrüstung förderten. Wir stehen positiv zu allen neuen Vorschlägen, von wem sie auch ausgehen mögen, wenn sie auf Abrüstung und die Festigung des Friedens gerichtet sind.

Das ist eine große historische Chance für alle. Wenn die Welt diesen Weg geht, dann werden die Voraussetzungen für eine allgemeine nukleare Abrüstung, für den Abbau der konventionellen Waffen und die Schaffung eines Systems der allgemeinen Sicherheit geschaffen werden. Das ist auch eine große Chance für Europa, den Weg zuverlässiger Sicherheit und Zusammenarbeit zu gehen.

Niemand hat das Recht - weder vor seinem Volk noch vor der Welt oder vor der Geschichte - diese Chance ungenutzt verstreichen zu lassen. Die jetzige Generation und die künftig lebenden werden die Staaten, die Staatsmänner nach ihrem wahren Beitrag zur Zügelung der enormen Vernichtungskraft, die das Menschengeschlecht und die gesamte Zivilisation in den Untergang schicken kann, beurteilen.

NZ. Die Probleme des Kampfes für Frieden und Abrüstung sind untrennbar von den Fragen der internationalen ökonomischen Sicherheit. Welche Anstrengungen der Staaten sind heute Ihrer Meinung nach erforderlich, um eine Gesundung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen herbeizuführen?

R. Dizdarevic. Unter der Last des Wettrüstens, der Krisen und der Kriegsdrohungen scheint die Welt den unterschiedlichen Entwicklungsstand der Länder und die ungerechten internationalen Wirtschaftsbeziehungen nicht bemerkern zu wollen. Das schwere Erbe der Vergangenheit wird in vielen Ländern nur langsam überwunden. Das aber ist ebenfalls eine Gefahr für Stabilität und Frieden. Die Lage ist schlechter, als man denkt. So verschlechterte sie sich in den letzten Jahren infolge der ständig sinkenden Preise für Rohstoffe, über die die Entwicklungsländer verfügen, durch diskriminierende Handelsschranken und die schweren Bedingungen für die Schuldenrückzahlung. All das soll Kapital in die Industrieländer abpumpen und deren Herrschaft bewahren. Das verheißen Erschütterungen, deren Folgen alle verspüren werden.

Eine Gesundung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist nur auf der Grundlage einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung möglich, deren Prinzipien von der UNO 1974 bestätigt wurden. Das ist ein langwieriger und allmäßlicher historischer Prozeß. Gegenwärtig ist die konkrete Tätigkeit der gesamten Völkergemeinschaft möglich und erforderlich, ist der besondere Beitrag der Industrieländer zur Lösung dieser Fragen nötig.

Die Nichtpaktgebundenen treten für eine globale Regelung der Schuldenfrage der Entwicklungsländer ein. Das liegt ja im allgemeinen Interesse. Sie verlangen die Beseitigung der Barrieren für die Entwicklung des Welthandels, die Beseitigung des Protektionismus und des Monopolismus. Doch die Länder brauchen einen Zugang zur modernen Technologie als Voraussetzung für beschleunigte Entwicklung. Wir meinen, daß die UNO ein unersetzbares Forum für die Zusammenarbeit der Staaten ist, um diese Ziele zu erreichen.

NZ. Wie bewerten Sie die Aussichten für die Ausarbeitung eines Schlußdokuments des Wiener KSZE-Nachfolgetreffens?

R. Dizdarevic. Die vertiefte und konstruktive Debatte auf dem Wiener Treffen und die 140 unterbreiteten Vorschläge bestätigen, daß objektive Möglichkeiten bestehen, um ein inhaltsvolles und ausgeglichenes Schlußdokument zu erarbeiten, was zur Kontinuität des KSZE-Prozesses beitragen würde. Meiner Meinung nach müßte das Wiener Treffen diese günstige Gelegenheit nutzen. Das war auch die übereinstimmende Meinung der Außenminister der neutralen und der nichtpaktgebundenen Länder, die im Mai d. J. auf Zypern zusammentrafen.

Zweifellos ist es erforderlich, die Fortführung der Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen, Sicherheit und Abrüstung in Europa mit einem zusätzlichen Mandat, einschließlich von Verhandlungen über die Reduzierung der konventionellen Rüstungen in Europa, sicherzustellen. Wir meinen, daß ein so wichtiges Problem, das die Grundinteressen aller europäischen Staaten berührt, im Rahmen dieser Konferenz behandelt werden muß, wodurch diese Frage aus dem geschlossenen Kreis der Blöcke herausgeführt würde. Besondere Aufmerksamkeit müssen wir der Ver Vollkommenung der ökonomischen Zusammenarbeit widmen, die bislang im KSZE-Prozeß in den Hintergrund gedrängt wurde.

Ich möchte hier meiner Genugtuung über die gute Zusammenarbeit und den nützlichen Meinungsaustausch, die auf dem Wiener Treffen von den Vertretern unserer beiden Länder gepflegt werden, Ausdruck verleihen.

Ferner möchte ich die Rolle der Gruppe der neutralen und nichtpaktgebundenen Länder Europas bei der Arbeit der Konferenz hervorheben. Diese Gruppe, die, bedingt durch ihre internationale

Stellung, frei ist von störenden Rivalitäten, tritt nicht nur als Vermittler, als Faktor der Vereinigung und der Herauskristallisierung der gemeinsamen Interessen beider Gruppierungen auf, sondern auch als Träger objektiver Interessen und der Bestrebungen aller Länder und Völker Europas.

NZ. Fragen der Zusammenarbeit der Balkanländer, der Schaffung einer Friedenszone, frei von nuklearen und chemischen Waffen, in der Region, findet erneut Aufmerksamkeit im Zusammenhang mit Ihrem Vorschlag für die Einberufung einer Konferenz der Außenminister dieser Staaten. Wie sind Ihrer Meinung nach die Aussichten für eine Verwirklichung der Initiativen zur Festigung der regionalen Sicherheit und der Zusammenarbeit?

R. Dizdarevic. Auf dem Balkan befinden sich auf relativ kleinem Territorium sowohl

Staaten, die zu beiden militärisch-politischen Gruppierungen gehören, als auch nichtpaktgebundene Länder. Zugleich haben wir so viele gemeinsame Probleme - Handel, Industriekooperation, Energiewirtschaft, Verkehrswesen, Wasserversorgung, Gesundheits- und Umweltschutz - die eindringlich eine Zusammenarbeit und die Suche nach gemeinsamen Lösungen verlangen.

Ebendeshalb entstand die Idee einer Konferenz der Außenminister der Balkanländer. Sie würde die erste in der Geschichte unserer Region sein. Diese Initiative erklärt sich aus der Erkenntnis, daß der multilateralen Balkan-Zusammenarbeit ein neuer, stärkerer Impuls gegeben werden muß, daß durch gemeinsame Anstrengungen aller eine politische Atmosphäre geschaffen würde, die durch ihren konstruktiven Gehalt

positiven Einfluß auf die bilateralen Beziehungen ausüben und einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit und Stabilität auf dem Balkan und in ganz Europa leisten würde. Das Treffen ist als Meinungsaustausch über die weitere Entwicklung der multilateralen Zusammenarbeit in allen Bereichen geplant.

Vor den Balkanländern steht auch die Frage, was wir an künftige Generationen weiterreichen werden - die ungelösten Probleme einer schweren Vergangenheit, Chauvinismus, Mißtrauen, ungenutzt bleibende Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit oder aber gegenseitiges Verständnis, Gleichberechtigung, Annäherung und Freundschaft zwischen den Völkern? Ich bin davon überzeugt, daß die zweite Alternative durchaus real ist. Und die Balkanländer müssen gemeinsam für diese Zukunft kämpfen.

Nukleartests: Begrenzen und dann einstellen!

Neuer Vorschlag der sozialistischen Länder



Die stürmischen Diskussionen über die Euroraketen haben eine andere, wohl nicht minder wichtige Richtung in der Abrüstung, die Einstellung von Nukleartests, etwas verdrängt. Dabei wurden allein in den letzten Wochen Nuklear-explosionen in Nevada (USA), auf dem Mururoa-Atoll im Pazifik, in Semipalatinsk (UdSSR) und auf dem chinesischen Versuchsgelände Lob Nor vorgenommen. Weitere Explosionen sind geplant.

Indessen ist ihr endgültiges Verbot vorrangig, wenn wir wollen, daß die Entwicklung, Produktion und Perfektionierung von Kernwaffen eingestellt, daß sie selbst reduziert und beseitigt werden. Diesen Standpunkt legten die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vor kurzem in Berlin dar. In der Tat würde ein Verbot alle Möglichkeiten zur qualitativen Aufwertung von Kernwaffen beseitigen: Kein Befehlshaber wird ungeprüfte Gefechtsköpfe in sein Arsenal aufnehmen.

In Weiterentwicklung ihrer Position unterbreitete die Gruppe der sozialistischen Länder auf der Genfer Abrüstungskonferenz den Entwurf der "Schlüsselbestimmungen eines Vertrages über das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffenversuchen". Das ist nicht nur die Quintessenz der Initiativen der Warschauer Vertragsstaaten aus den letzten Jahren. Das Dokument spiegelt auch die Ideen der Gruppe der Sechs, von

Organisationen und Bewegungen der Öffentlichkeit und von Parteien und einige Vorschläge der westlichen Staaten, darunter der USA, wider.

Was wurde in Genf konkret vorgeschlagen?

Der Vertragsentwurf sieht das Verbot aller Kernwaffenversuche — in der Atmosphäre, im Weltraum, unter Wasser und unter der Erde — vor. 30 Tage nach Inkrafttreten des Vertrages werden die Signatarien laut Entwurf jedes Prüfgelände und dessen geographische Koordinaten angeben.

Ein großer Abschnitt des Vertragsentwurfs gilt der Kontrolle, seit langem dem größten Hindernis auf dem Wege zu Vereinbarungen. Allerdings ist das Hindernis erkünstelt. Nach Ansicht vieler Wissenschaftler genügen die heute vorhandenen Kontrollmittel durchaus, um eine heimliche Nuklearexploration nachzuweisen. Da es aber noch stark an Vertrauen mangelt, finden sich Moskau und seine Partner bereit, die eventuellen Hindernisse wegzuräumen. Deshalb haben sie in den Vertragsentwurf mehr als nur ausreichende Kontrollmaßnahmen aufgenommen: sowohl nationale technische Mittel als auch die internationale Kontrolle, darunter Inspektionen vor Ort. Informationen der nationalen technischen Mittel müssen einem laut

Vertrag speziell einzusetzenden Organ und, wenn erforderlich, auch den anderen Teilnehmern zur Verfügung gestellt werden.

Um die Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Vertrag zu sichern, wird vorgeschlagen:

— ein internationales System seismischer Kontrolle zu schaffen: ein Netz von standardmäßigen permanent funktionierenden Erdbebenstationen unter Teilnahme internationaler Inspektoren;

— Stationen der Aerosolkontrolle einzurichten, damit ein internationaler Austausch von Angaben über die Radioaktivität der Luftmassen zustande kommt.

Außerdem muß jeder Teilnehmer des künftigen Vertrages das Recht auf Inspektionen haben. Der Staat, der inspiziert werden soll, muß bedingungslos verpflichtet sein, der Inspektion Zutritt zum Ort der unklaren Erscheinung zu gewähren. Das soll die Möglichkeit einer nuklearen Explosion in Verletzung der Vertragsbestimmungen ausschließen. In Genf sagte Wladimir Petrowski, stellvertretender Außenminister der UdSSR: "Wir stehen auch anderen Maßnahmen der Kontrolle über die Nichtdurchführung von Erprobungen offen."

Die UdSSR schlägt einen unbefristeten Vertrag vor. Aber 5 Jahre nach seinem

Inkrafttreten (wzu ihn unbedingt die UdSSR und die USA unterzeichnen müssen) soll jedoch eine Konferenz über seine weitere Aufrechterhaltung entscheiden, wenn sich ihm bis dahin keine anderen Nuklearmächte angeschlossen haben. Die volle Einstellung aller Kernwaffenversuche und ihre Nichtwiederaufnahme sind ein Ziel, auf welches die UdSSR beharrlich hinarbeitet. Uns geht es nicht um das Alles-oder-nichts-Prinzip, wir sind auch zu einer stufenweisen Bewegung bereit.

In seiner Antwort auf eine gemeinsame Erklärung der führenden Politiker der Sechsschlag-Mikhail Gorbatschow vor, als erstes die Reklarierung der sowjetisch-amerikanischen Verträge von 1974 und 1976 sowie eine wesentliche Senkung der in diesen Verträgen vorgesehenen Höchststärke der Nuklearexplosionen zu erörtern. Um eine solche Vereinbarung zu fördern, ist die UdSSR bereit, sich über Eich-Nuklearexplosionen — eine sowjetische in Nevada und eine amerikanische auf einem sowjetischen Versuchsgelände — zu einigen.

Die UdSSR würde ferner ein intermediäres Abkommen mit den USA akzeptieren, nämlich Zahl und Stärke der Nuklearexplosionen zu begrenzen (je 2-3 Explosionen mit einer Stärke bis zu einer Kilotonne im Jahr). In diesem Vorschlag findet der Standpunkt des US-Kongresses seinen Niederschlag. Mitte Mai hatte ja das Repräsentantenhaus für das Verbot aller Nuklearexplosionen mit einer Stärke von mehr als einer Kilotonne gestimmt.

Der Weg zu Vereinbarungen liegt also offen. In der Frage des Nuklearteststoppes wie übrigens auch bei der Erörterung anderer Probleme der Abrüstung und der Einstellung des Wettrüstens demonstriert Moskau guten Willen, Kompromißbereitschaft und den Wunsch, z. B. in Fragen der Kontrolle so weit zu gehen, wie das die Verhandlungspartner zu akzeptieren bereit sind. Michail Gorbatschow betonte: "Wir sind allen konstruktiven Ideen gegenüber aufgeschlossen, die in Richtung realer Abrüstung gehen."

Zum baldigsten Abschluß eines Abkommens über die Einstellung von Kernwaffenversuchen bedarf es nur politischen Willens. Bringt die USA ihn auf?

Die US-Regierung erklärt ihr Handeln damit, daß sie Nukleartests gegenwärtig braucht, um die Arbeit an der Modernisierung des strategischen US-Arsenals abzuschließen und neue Waffen, darunter im SDI-Rahmen, zu entwickeln.

Offiziell verleutet aus Washington, man sei zum vollständigen Verbot von Kernwaffenversuchen noch nicht bereit, weil man die Einstellung der Versuche mit einer Reduzierung von Kernwaffen und konventionellen Waffen verknüpfe. Eine solche Fragestellung ist kaum begründet. Lohnt es sich, die Lösung von Problemen, und seien sie miteinander verbunden, zu erschweren, ein neues Paket zu schnüren und den Teufelskreis des Wettrüstens zu verewigen?

N. SHOLKWER

Die routinierte Macht

Von unserem Sonderkorrespondenten
Alexander PUMPJANSKI

Die Konservativen behielten eine komfortable Mehrheit und Handlungsfreiheit für weitere fünf Jahre. Margaret Thatcher regiert rekordlang.

Die Labour-Anhänger vollbrachten keine Revolution, doch sie festigten ihre Stellung im Parlament als politisches Gegengewicht. Ihr Führer Neil Kinnock wurde dank dem Fernsehen und seinem Charme möglicherweise zum populärsten Politiker des Landes.

Die beiden Davids aber konnten keinen Goliath hergeben. Die Hoffnungen von David Owen, dem Führer der Sozialdemokraten, und David Steel, dem Chef der Liberalen, darauf, daß die Allianz den Charakter des politischen Prozesses in Großbritannien aus einer Konkurrenz von zwei in ein Spiel für drei verwandeln würde, sollten nicht in Erfüllung gehen. Die Allianz wurde weder zum gleichberechtigten Partner noch gar zur gewünschten Braut, um die die beiden Hauptparteien buhlten. So hätte es kommen können, wenn keine von ihnen die absolute Mehrheit erlangt hätte.

Sowohl eine Momentaufnahme. Doch was steht dahinter - welche gesellschaftlichen Hoffnungen, Leidenschaften und Ängste? Was ergibt sich aus den britischen Wahlen?

Die Technik der Demokratie

Die Konservativen waren und bleiben die Herren der Lage. Sie nutzen geschickt die Möglichkeiten als Regierungspartei. Wann sollten sie die Wahlen abhalten? Den Augenblick konnten sie bestimmen, und das taten sie blendend, wobei sie alle Vorteile und Nachteile mit der Genauigkeit eines Computers errechneten. Ein ganzes Jahr hatten sie zum Manövrieren, doch welcher Monat schien am verheißungsvollsten? Der Mai? Die Regierungspartei konnte auf Margaret Thatchers Moskau-Reise und ihr politisches Gepäck verweisen. Die Labour-Anhänger sind gespalten - die Gemäßigten attackieren wütend die Linken... Andererseits ist nicht einmal das vierte Jahr ihrer fünfjährigen verfassungsmäßigen Amtszeit vorbei - was sollte da die Eile! Würde sie nicht zeigen,



Das Wahl-Roulette. Winkt das Glück!
Zeichnung aus: "Times" (England)

dass die Tories nervös sind, dass es ihnen an Selbstbewußtsein mangelt? Zudem wirkt sich die kürzliche Steuersenkung noch nicht aus, real wird der Wähler den Kaufkraftzuwachs erst im Juni verspüren... Juli und August sind Ferienzeit. Natürlich kann man auch über Briefwahl oder Bevollmächtigte abstimmen. Doch soll man die Menschen vor die Wahl stellen, Urlaub oder Politik? Da könnte die Entscheidung kaum für die Politik ausfallen. Der September hat seine Vorteile, doch die Nachteile überwiegen wohl. Die Labour-Anhänger könnten bis zu diesem Zeitpunkt ihre Differenzen überwunden haben. Die Tory-Erfolge würden dann vergossen sein...

Schließlich entschied man sich für den 11. Juni. Bei diesem Abwiegen des Pro und Kontra wurde sogar berücksichtigt, dass das Treffen der "großen Sieben" in Venedig Margaret Thatcher am Vorabend der Wahlen Glamour und kostenlose Reklame ihrer staatsmännischen Fähigkeiten bringen würde. All das gehört zur Technik der Demokratie, zu ihren kleinen Antriebsmechanismen, von denen vox

dei, vox populi so stark abhängt - was das Volk aber wirklich will, darauf kommt es dabei weniger an. Ebenso wie die im Grunde simple Schlüssefolgerung, daß nichts so hilft, die Macht zu erringen, wie der Besitz der Macht.

Übrigens hilft auch Geld gar nicht schlecht. Die Labour Party gab für den Wahlkampf ca. 4 Mio Pfund Sterling (vor allem Gewerkschaftsmittel) aus. Die Konservativen verpulverten viermal soviel (Gelder der City). Wohl kaum dürfte diese Tatsache als völlig belanglos für den Wahlausgang betrachtet werden. Natürlich würde die britische Demokratie bei einem Vergleich mit der amerikanischen Praxis mit ihren Mäzenen und der Lösung „Dollars machen alles“ zweifelsohne positiv abschneiden. Doch auch hier ist die Demokratie gegenüber dem großen Geld nicht gleichgültig.

Übrigens ist der britische Wahlkampf viel kürzer und weniger aufreibend für die Gesellschaft und bei all seinen polemischen Überreibungen doch noch relativ bescheiden. Wenn man den Fernseher nicht einschaltet, bemerkt man vielleicht gar nicht, daß das Land gerade im Wahlkampf steckt. Auf der Straße war von politischen Leidenschaften so gut wie nichts zu spüren.

Der Bildschirm wurde zum eigentlichen Handlungsort. Er schuf die Illusion, als würden die Schlachten in jedem Haus geführt. Das Fernsehen, das das ganze Land um sich vereinte, taillte es in verschiedene Lager von Schlachtenbummlern, ermöglichte ihnen, jeden Schritt der Spieler zu verfolgen, präsentierte Favoriten, kommentierte ihre Manöver und Finten, gab ihnen täglich eine durch Meinungsumfragen bestimmte Note, zog eine Bilanz oder zumindest eine Zwischenbilanz in jeder Nachrichtensendung.

Am 11. Juni hatten dann die Stimmbürger nur den Eindruck an die Wahlurne zu tragen, den das Fernsehen ihnen vermittelte hatte. Das Sakrament der Demokratie offenbarte sich im Fernsehen.

Faktor Psychologie

Doch wie spielten die Anwärter auf die Macht? Worauf setzten sie, was fürchteten sie?

Die Labour-Anhänger legten die Hand auf das schwerste Gebrechen der Gesellschaft: die Arbeitslosigkeit von 3 Millionen. Sie prangerten leidenschaftlich die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich und das Desinteresse der Tories an den Unterprivilegierten an. Gesundheits- und Bildungswesen, betonten sie, siechten wegen Geldmangel vor sich hin.

Die Konservativen ihrerseits behaupteten voller Pathos, es sei ihnen gelungen, der Inflation, die unter der früheren Labour-Herrschaft gewütet habe, Herr zu werden, die Wirtschaft sei effektiver geworden, Großbritannien schon nicht

mehr der „krank Mann Europas“ und der Wohlstand der Menschen wachse - drei Viertel der Briten leben heute in eigenen Häusern.

Die einen wie die anderen stützten sich dabei auf Fakten. Doch stärker als die Fakten sollte die Mentalität sein.

Arbeitslosigkeit oder Inflation - was ist schwerer zu ertragen? Die Verdrostung der Arbeitslosigkeit unter den Tories ist das schwerste Manko. 12 Prozent der Erwerbsfähigen sind arbeitslos - eine gewaltige Zahl. Doch 88 Prozent erhalten trotz allem und erhalten jeden Donnerstag ein durchaus erträgliches Geld. Die Inflation aber ist der gemeinsame Feind, denn sie entwertet jeden Verdienst, frißt die Spareinlagen auf.

Die Labour-Anhänger warfen den Konservativen vor, sie hätten kein Mitgefühl mit den Schwachen und den Ärmern, sie seien sozial gleichgültig, seien eine Partei der Reichen. Die Reichen waren zweifellos für die Konservativen. Die City setzte sich geradozo hysterisch, fast bis zum Infarkt, für Frau Thatcher ein. Die Nachricht, daß eine Meinungsumfrage eine jähre Zunahme der Popularität für Labour signalisierte, löste eine Panik an der Börse aus... Doch das Hauptdrama der Labour Party als Arbeiterpartei bestand darin, daß auch viele Arbeiter, meist Facharbeiter, bei den drei letzten Wahlen für die Konservativen stimmten.

Man sollte eigentlich meinen, arbeitende Menschen ließen sich durch die wachsende Arbeitslosigkeit beeinflussen - sind sie ja täglich vom Verlust ihres Arbeitsplatzes bedroht. Doch an die Zukunft denkt man lieber nicht, dafür fördert der Gedanke, daß man Hausbesitzer geworden ist oder Aktien erworben hat, das Selbstbewußtsein. Diese innere Abstimmung erfolgte zugunsten der Partei des Kapitals. Hochmut, elitäres Gehabe, Privilegien und das Gefühl von Reichtum haben diese Menschen keineswegs abgestoßen, sondern angelockt, haben Illusionen geweckt.

Wo ist die Arbeitslosigkeit besonders verbreitet? Im Norden Englands, in Schottland und Wales - sie stellt sich als Problem der Randgebiete dar. Hilflose alte Menschen, alleinstehende Mütter, Menschen, die die Heizkosten nicht bezahlen können... Sie leben gleichfalls sozusagen am „Rande“ des Lebens, sind ein Problem, das viele an den Rand des gesellschaftlichen Bewußtseins verdrängen. Den Unterprivilegierten helfen? Wohltätigkeit - ja, bitte. Eine „Gesellschaft allgemeinen Wohlstands“ aber (eine Lösung von Labour) - lieber nicht. Soll doch jeder seines Glückes Schmied sein.

Ich kann mich erinnern, wie bei einer Fernsehdiskussion ein Zuschauer Kinnock telefonisch mit der Frage zusetzte, warum er und seine Partei den Privatschulen den „Krieg erklärt“ hätten. Er stamme aus einer Arbeiterfamilie, sagte Kinnocks Opponent, doch er habe eine Privatschule absolviert, da seine Mutter ihn unter langjährigen Opfern der ganzen Familie

dorthin geschickt habe. Wollen Sie etwa meiner armen Mutter die Möglichkeit nehmen, mich auf eine Privatschule zu schicken? Kinnock antwortete geduldig, er habe allen Respekt vor der Mutter, doch er sei weniger gegen Privatschulen als solche, vielmehr trete er dafür ein, daß genug Mittel für die öffentlichen Schulen bereitgestellt würden, damit ihr Niveau besser werde, damit Mütter aus ärmeren Familien nicht solche Opfer bringen müßten, um ihren Kindern eine fürwahr klassische Bildung zu geben... Doch den Opponenten konnten diese Argumente nicht überzeugen. Dieses Privileg der Reichen verteidigte er so leidenschaftlich, als sei sein wichtigstes, unveräußerliches Recht gefährdet.

So sehen die Metamorphosen der gesellschaftlichen Mentalität oder, wenn man will, das Klassenbewußtseins im heutigen Großbritannien und nicht nur dort aus. Die Geheimnisse der Anziehungskraft dessen, was hier Thatcherismus (oder Reagan-Politik in den USA) genannt wird, erklären sich aus diesem Bereich des gesellschaftlichen Bewußtseins und Unterbewußtseins.

Psychologisch zieht es die Armen zu den Reichen. Der Arbeiter betrachtet sich nicht als Arbeitsloser in spe, sondern hofft auf einen Aufstieg in die „Mittelklasse“. Die Konservativen nutzen geschickt diesen Drang nach oben. Sie verkauften viele städtische Wohnungen relativ billig an ihre Bewohner, und die Banken gaben Kredite über 20 Jahre. Die Menschen konnten so, ohne die Anschrift zu wechseln und wobei sie im Grunde „nur“ eine Hypothek auf sich luden, gleichsam die soziale Leiter hochklettern - von Mietern billiger städtischer Wohnung zu Hausbesitzern. Eine weitere geschickte Operation bestand im Verkauf von Aktionen ehemaliger staatlicher Unternehmen an deren Personal. Zwei, drei Aktionen - und schon gilt der Arbeiter als „Volkskapitalist“.

Daß all diese wundersamen Metamorphosen sich vor allem im Bewußtsein vollziehen, läßt sie psychologisch nicht weniger überzeugend werden - im Gegenteil. Die soziale Seßhaftigkeit hat zugenommen. Die Basis der Tories erweiterte sich derart, daß ihr dritter Sieg hintereinander möglich wurde.

Sogleich wurde nachgerechnet, daß Margaret Thatcher länger an der Macht sein wird als alle Regierungschefs nach Graf Liverpool, der das Kabinett von 1812 bis 1827 leitete. Damals hatten nur Wohlhabende an der Wahl teilgenommen. Jetzt gelang es den Konservativen, die Mehrheit der Wähler davon zu überzeugen, daß es nur Wohlhabende im Lande gibt.

Spiel mit der Angst

Propaganda und Wunschedenken, die Flucht vor den wahren Problemen in das zur Festung verwandelte eigene Haus charakterisierten die Atmosphäre der

britischen Wahlen. Die Begriffsverwirrung triumphierte. Auch bei den Verlierern lassen sich Beweise dafür finden. Im genen Wahlkampf ließ Kinnock das Wort "Sozialismus" kein einziges Mal fallen - über dieses, einst programmatische Ziel der Labour Party schweigt man sich heute lieber aus. Dafür konnte ich wiederholt beobachten, wie der Führer der Labour Party kierzumachen suchte, daß die Demokratie in seiner Partei sehr bedingt sei, daß wenn er an die Macht käme, ihn die eigene Partei nicht aus dem Sessel des Premierministers würde verdrängen können, solange er selbst nicht zu demissionieren wünsche. Mit solchen markwürdigen Argumenten suchte er sich Beschuldigungen zu erwehren, der linke "extremistische" Flügel könnte dann einen Putsch in der Partei inszenieren und die Macht im Lande ergreifen.

Und die Wahlkampfosphäre? Sie war weniger von ehrlicher Polemik, vom Streit der Argumente, Positionen und Programme gekennzeichnet als vielmehr vom Schlachtgetümmel um Herrothesen. Die rechte Propaganda gab den Ton an. In dieser Arena ist "Sozialismus" ein Schreckgespenst und Schimpfwort, Gewerkschaften ("Gewerkschaftsbosse") sind eine Quelle von Anarchie und Diktatur zugleich, die Labouranhänger sind "Extremisten", "Verantwortungslose Experimentatoren", "Kapitulanten", "Verräter"...

Wer wird, wenn er seine fünf Sinne beisammen hat, Verrätern helfen wollen?

Der Vorwurf des Verrats dürfte ein recht kräftiges Mittel in der politischen Auseinandersetzung sein. Genauer gesagt, hat das mit politischem Kampf schon wenig zu tun.

Als Aufhänger für die Propagandaorgien diente ein Satz im Labour-Programm: "Wir müssen unsere nuklearen Ambitionen endlich aufgeben." Dieser Aufruf wird in besagtem Programm durch das Versprechen konkretisiert, das Programm für die Umrüstung der U-Boot-Flotte durch neuartige Trident-Raketen zu annullieren, auf die veralteten Polaris-Missiles zu verzichten und die US-Nuklearwaffen von britischen Stützpunkten abzuziehen.

Ehrlich gesagt, scheint mir dieser Standpunkt sehr vernünftig zu sein. Die heutigen Nuklearambitionen Großbritanniens erinnern irgendwie an die früheren Empire-Ambitionen. Ohne seinen Status als Kolonialmacht hat Großbritannien seine Rolle in der Welt nicht verloren, es hat nur sein Image aufpoliert. Und nicht der Nuklearstatus verleiht ihm Größe. Selbst wenn man in den Begriffen der "Abschreckung" und eines globalen Kräftegleichgewichts denkt, lassen sich keine gewichtigen Argumente für die "unabhängigen" britischen Nukleararsenalne finden. Ohne sie würden Formel und Charakter der "Abschreckung" und des Kräftegleichgewichts im Grunde unverändert bleiben.

Doch wenn Großbritannien auch das nukleare Wettrüsten nicht zu stoppen

mag, so könnte es durchaus einen Wettkauf zur nuklearen Abrüstung einleiten. Wenn das keine weltpolitische Rolle für ein Land mit diesen Ambitionen wäre - eine auf das Umdenken ziellende, moralisch attraktive!

In der orthizten und vergifteten Wahlkampfosphäre jedoch propagierten die Labour-Anhänger weniger ihre Positionen - statt dessen hatten sie sich gegen verrückte Anschuldigungen zu verteidigen. Ich selbst hörte, wie der Vorsitzende der Konservativen Partei, Tebbit, das Publikum mit billiger Domagojo aufzuheizen suchte. "Hunderte von Jahren wehte keine Flagge einer ausländischen Macht über den Britischen Inseln und solange die Konservativen an der Macht sein werden, wird sie nicht wehen", sagte er. "Unter Kinnock ist alles, was Großbritannien bleibt, die Kapitulation."

Ein Reklamofilm mit dem Verteidigungsminister in der Hauptrolle zeichnete ein Großbritannien, das heute vom sowjetischen Militärkoloß bedroht wird wie 1939 von Hitlerdeutschland. Doch ebenso, wie das Land damals unter Führung der Konservativen standhielt, wird es auch jetzt standhalten, wenn die Tories an der Macht blieben - und natürlich, wenn das Land auch in Zukunft seinen nuklearen Leidenschaften frönen werde, zwingt ja gerade die britische Kernstreitmacht den brutalen Gegner, Großbritannien und den Westen zu respektieren und Verhandlungen zuzustimmen...

Offenbar machen in Wahlkampfzeiten gesunder Menschenverstand und Humor ihre schwersten Zeiten durch.

Die Labour-Anhänger seien Verräter, Handlanger der Sowjets, hetzten die Konservativen. Sollten sie siegen, dann würde Amerika unverzüglich seinen Nuklearschirm einziehen, die NATO würde auseinanderfallen, Großbritannien bliebe dann völlig schutzlos sowjetischem Druck ausgeliefert. Und da zieht natürlich auch schon eine Invasion am Horizont auf... Die Labour-Anhänger suchten sich gegenüber solchen Anschuldigungen zu rechtfertigen, erklärten, daß sie nichts Derartiges planten - weder einen Verzicht auf das Bündnis mit den USA noch einen Austritt aus der NATO oder gar eine Schwächung der Macht Großbritanniens...

So wurde die fürwahr notwendige Debatte über ein adäquates Denken im Nuklearzeitalter, über die mögliche Rolle des Landes bei der Suche nach einer sicheren Zukunft für sich und die Verbündeten, für Europa und die Welt im Grunde durch Obungen im Geiste eines panischen McCarthyismus ersetzt... Die Taktik funktionierte. Das Publikum sollte viel bereitwilliger Bombardements mit chauvinistischen Schablonen und Horrorvisionen akzeptieren als neue Ideen und Hoffnungen. Die Wähler wurden so eingeschüchtert, daß sie erneut für den Status quo stimmten.

London-Moskau

Finnland begrüßte uns mit einem verspäteten nördlichen Sommer, und ich erlebte gleichsam einen zweiten Frühling. Am Waldrand blühte üppig der Faulbeerbaum, auf den Tischen spendeten Maiglöckchen (aus dem Treibhaus - im Wald dürfen sie nicht gepflückt werden) ihr unverwechselbares Aroma. Die klaren Wellen der Ostsee schlügen an die Küste des Finnischen Meerbusens.

All das versetzte uns in eine fast idyllische Stimmung, doch unsere finnischen Gesprächspartner dämpften mit der ihnen eigenen Zurückhaltung unsere Begeisterung: Sowohl die Luft als auch das Wasser und der Wald sind nicht mehr das, was sie einst waren. So ist es nun einmal in unserer Welt heute, ja und auch wir selbst, ihre Kinder, sind so, daß das Gespräch über das tägliche Leben ständig auf die Politik zurückkommt, auf die Probleme, die den Menschen stets beschäftigen. Wovon die Rede war? Von dem Umbau in der Sowjetunion und in Finnland (Finnland ist mit diversen Strukturproblemen konfrontiert). Von der Bewahrung der Konkurrenzfähigkeit in einer Welt, die von unglaublich verschärften Rivalitäten auf den Rohstoff- und Absatzmärkten, in Wissenschaft und Technik, bei den Schlüsseltechnologien erfaßt ist. Darüber, ob es Europa gelingen wird, den Weg des Abbaus der nuklearen Konfrontation, die den einfachen Menschen den so notwendigen Glauben an eine friedliche Zukunft nimmt, einzuschlagen. (Für Finnland sind Überlegungen von NATO-Strategen, der "Nordatlantik" werde "entscheidende Bedeutung in einem bewaffneten Konflikt in Europa" haben, kein Geheimnis.)

Wir sprachen von der Arbeitslosigkeit (verschiedenen Angaben zufolge fünf bis sieben Prozent der Erwerbsfähigen), mit der man nicht fertig wird. Von der Armut eines Teils der Bevölkerung - offiziellen Angaben nach gibt es im Land 500 000 Minderbemittelte. Von den sterbenden Dörfern - in Nordfinnland beschloß man sogar, zu einer so fragwürdigen Methode zu greifen wie der Schaffung einer Art Territorialheeres durch die Heranziehung von Bauern, die ihre Wirtschaft aufgeben mußten, zum Militärdienst. Von den teuren Wohnungen und anderen typischen Erscheinungen eines kapitalistischen Landes, obgleich in den letzten Jahren in Finnland ein Viertel des Bruttonsozialprodukts sozialen Zwecken zufließt. Von den Veränderungen des politischen Kräftefeldes, wo nach den Parlamentswahlen vom Frühjahr d. J. die größte Partei des Landes, die Sozialdemokratische Partei, auf einmal über 100 000 Wähler verlor, die Nationale Koalitionspartheid, die vor allem die Interessen des Großkapitals vertritt, erstmals an die Macht gelangte und die Zentrumspartei mit ihrer traditionellen Ausrichtung auf agrarische und Kleinun-

"NEUE ZEIT" 25.87

Nachbarn braucht jeder

Wladlen KUSNEZOW

ternehmerschichten erstmals in der Opposition landete.

Wir sprachen natürlich auch über die Perspektiven der sowjetisch-finnischen Zusammenarbeit, über zwei Daten - den 70. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und den 70. Jahrestag der staatlichen Unabhängigkeit Finlands.

"70 Jahre Nachbarn" - unter dieser Devise fand im April in Helsinki ein Seminar der Zentrumsparthei statt, die jetzt schon 13 Jahre Parteibeziehungen zur KPdSU unterhält. Im Gespräch mit dem Gast aus Moskau schätzten der Parteivorsitzende Paavo Väyrynen und Generalsekretär Seppo Kääriänen die Entwicklung dieser Zusammenarbeit und ihre Aussichten positiv ein, wobei sie betonten, daß die Kontakte beider Parteien zu Vertrauen, guter Nachbarschaft und Zusammenarbeit zwischen Finnland und der Sowjetunion beitragen.

Klein, aber fein

Finnland hat später als viele andere Länder mit der Industrialisierung begonnen. Doch nichtsdestoweniger ist das einstige Agrarland mit seinen alten Papierfabriken heute nicht wiederzuerkennen. Suomi wurde zu einem Land des hochentwickelten Maschinenbaus, der Chemieindustrie, der Elektronik, des Roboterbaus und der Biotechnologie. Im Schiffbau liegt es jetzt an 15. Stelle in der Welt, jeder zweite Eisbrecher läuft in Finnland vom Stapel. Finnland nimmt eine führende Rolle in der Produktion tragbarer Telefone und vieler anderer Elektronikprodukte ein.

Suomi hat nicht einmal fünf Millionen Einwohner, d. h. 0,1 Prozent der Erdbevölkerung. Doch die Finnen erzeugen 0,4 Prozent der Weltproduktion. Auf sie entfallen 0,7 Prozent des Welthandelsvolumens. Das Land exportiert bis zu 35 Prozent seiner Erzeugnisse - mehr, als z. B. Frankreich.

Dem Produktionsniveau entspricht auch der Lebensstandard. Wie man arbeitet, so lebt man. Vor sieben Jahren, als ich Finnland zum letzten Mal besuchte, wiesen viele meiner Gesprächspartner auf Schweden als Beispiel für den zu

erstrebenden Wohlstand hin. Jetzt haben die Finnen dem Prokopfeinkommen nach Großbritannien und Frankreich überholt und sich dem schwedischen Niveau unmittelbar genähert, vielleicht ihre Nachbarn sogar überholt. Ein ausländischer Journalist bemerkte, daß die Jagd nach der Arbeitsproduktivität zu einem Nationalsport in Finnland wurde...

"Möchten Sie einmal in Moskau anrufen?", fragte man mich in der Firma Nokia und reichte mir einen scheinbar gewöhnlichen Telefonhörer. Er hatte keine Schnur, statt dessen - eine kleine Antenne.

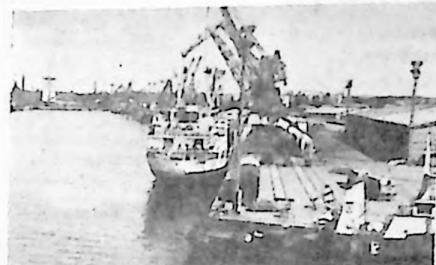
Die Nokia ist die größte Privatfirma Finlands mit 28 000 Mann Personal, einem Jahresumsatz von ca. 12 Md. Finnmark, mit 80 Tochterunternehmen im In- und Ausland. Der Konzern erzeugt Kabel, maschinelle Ausrüstungen und Anlagen, Gummi, Kunststoffe, Papier und sogar Jagdgewehre. Die Elektronik bestimmt immer mehr das Profil der Firma. Ihr Anteil macht heute fast 40 Prozent aus, bei elektronischen Anlagen für Banken und automatische Fernsprechzentralen sowie bei den Mikrocomputern konkurriert die Nokia erfolgreich mit amerikanischen, japanischen und schwedischen Produzenten, bei Funktelefonen aber dürfte sie einzigartig in der Welt sein.

"Worin liegt das Geheimnis der Nokia?"

"Es ist einfach, wenn es da überhaupt ein Geheimnis gibt. Wir lassen uns von der Rentabilität leiten", sagte Nokia-Vertreter Jan-Peter Paul.

Auf den ersten Blick scheint das einfach zu sein. Doch was ist nicht alles erforderlich, um Rentabilität zu erzielen! Finnland bemüht sich, sich die modernen Schlüsseltechnologien schnell anzueignen, gegenüber anderen nicht zurückzubleiben, sondern sie nach Möglichkeiten zumindest auf einigen Gebieten zu überholen. Und ihr gelingt das. Davon konnten wir uns überzeugen, als wir den größten genossenschaftlichen Molkereikonzern Valio und den Zentralverband der Industrie besuchten, als wir mit Vertretern anderer Firmen und Betriebe sprachen.

Viele westeuropäische Länder sind von wirtschaftlichen Problemen erfaßt... Finnland leidet weniger unter den



Krisenfolgen. Zu den Stabilitätsfaktoren werden gewöhnlich das "nationale Einvernehmen" und der "Klassenfrieden" gerechnet, die recht erfolgreiche Wirtschaftspolitik und das Vorhandensein des staatlichen Sektors, auf den ca. 40 Prozent des Bruttonsozialprodukts entfallen. Unbedingt wird noch ein weiterer positiver Faktor genannt - der Handel und die Zusammenarbeit mit der UdSSR.

Auf die Sowjetunion kommt über ein Fünftel des gesamten finnischen Exports. Schätzungen zufolge hängt der Wohlstand von 150 000 Finnen (mit Familien von 400 000) mit der Produktion von Erzeugnissen für die UdSSR oder mit dem Bau von Objekten auf sowjetischem Boden zusammen. Ohne diesen Faktor wäre die Arbeitslosigkeit, wie man meint, doppelt so hoch. Die Auslastung der Produktionskapazitäten auf Jahre hinaus, die Möglichkeit einer langfristigen stabilen Perspektivplanung für viele exportierte Branchen und die Sicherung von Arbeitsplätzen - man braucht nicht Wirtschaftswissenschaftler zu sein, um die ganze Bedeutung dieser Quellen des wirtschaftlichen Fortschritts und des Wohlstands zu erfassen.

Doch nicht alle wissen das nach Gebühr zu würdigen. Gewisse Leute innerhalb und außerhalb Finlands operieren bisweilen mit dem Schreckgespenst einer "Abhängigkeit" von der UdSSR. Doch auch sie hängt ja von Finnland ab - von seinen Waren und seinen Arbeitskräften, die Objekte auf sowjetischem Territorium errichten.

Für alle offene

Erfahrungen

Ein altes finnisches Sprichwort lautet: Man kann ohne Freunde leben, doch ohne Nachbarn geht es nicht. Die Vorteile der guten Nachbarschaft lassen sich nicht nur in materiellen Kategorien bewerten. Die UdSSR und Finnland haben fürwahr einmalige Erfahrungen in den Beziehungen zwischen einem großen und einem kleinen Land unterschiedlicher Gesellschaftssysteme und Ideologien gesammelt. Und diese Erfahrungen gehören nicht nur unseren Völkern und Ländern. Sie gehören der gesamten Völkerge-

mehrheit, die so mühsame Wege zur Eintracht, zur Unterordnung ihrer Differenzen unter die gemeinsame Aufgabe des Überlebens und der Rettung der Welt sucht. Und dieses Beispiel braucht die ganze Menschheit als Prototyp ihrer besseren Zukunft.

Das neue politische Denken, von dessen Notwendigkeit jetzt überall gesprochen wird, entstand in der Praxis der sowjetisch-finnischen Beziehungen. Untere Länder, die des schweren Erbe der Kriege und der Feindseligkeit überwanden, sind Freunde geworden, haben erfahren, was ehrliche, offene, von Vereinigungsmöglichkeit und Vertrüten freie Beziehungen bedeuten. Von der Sowjetunion und Finnland kann man sagen: Statt Feindbilder aufzubauen, haben sie es verstanden, Partner zu werden.

Das neue politische Denken der finnischen Spitzelpolitiker manifestierte sich in der Nachkriegszeit in der Behauptung der "Paasikivi-Kekkonen-Linie", des Kurses auf ein einträchtiges Verhältnis mit der UdSSR, der seinen Ausdruck im Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe von 1948 fand, auf eine aktive Friedenspolitik. Diesem Kurs versuchten gewisse Kräfte (und versuchen es auch jetzt) einen anderen Kurs entgegenzusetzen - eine sogenannte Politik des "tiefen Profils", d. h. eine passive Politik des Zuschauens, der Nichtteilnahme am internationalen Leben. Doch hätte Finnland seinen guten Ruf, seinen Namen in der Weltarena erlangt, wenn man sich ausgeschwiegen, wenn man nicht für konstruktive Lösungen votiert hätte? Die Idee der Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa, von Urho Kekkonen bereits 1963 vorgeschlagen, erlebt eine Art Wiedergeburt. Er hatte bereits 1978 die Nuklearmächte aufgefordert, die Flügelraketen zu verbieten oder zu begrenzen. Heute ist besonders deutlich, wie weitsichtig jener Aufruf war. Und diese Tradition wird weitergepflegt. Präsident Mauno Koivisto schlug vertrauensbildende Maßnahmen in Nordeuropa und in den angrenzenden Meeren vor. Über 100 000 Finnen, darunter die Vorsitzenden aller Fraktionen des finnischen Parlaments, unterzeichneten einen Aufruf für ein Verbot aller Kernwaffentests. All das ist eine Politik des hohen Profils, der aktiven Förderung des Friedens.

Am einfachsten wäre es, bei den sowjetisch-finnischen Beziehungen von einer ständigen Aufwärtsentwicklung zu sprechen. Doch gute Nachbarschaft verpflichtet zu vielem. Zum aufmerksamen Studium all dessen, was das Leben in unsere Beziehungen trägt. Zu deren ständiger Korrektur und Vollkommenung. Zu kühner Projizierung neuer Ziele. Natürlich wissen wir schon nicht wenig voneinander. Doch ob das genug ist? "Lerne deinen Nachbarn kennen." Diese Bewegung hat unlängst in Finnland ihren Anfang genommen. Meine

Gesprächspartner sprechen von der Notwendigkeit, eine klarere Vorstellung voneinander zu haben, damit wir umfassender zusammenarbeiten könnten, als wir das jetzt tun.

Wenn man in der westlichen Presse etwas über das heutige Finnland liest, stößt man dabei bisweilen auf den Ausdruck "europäische" oder "nordeuropäische Japener". So werden die Finnen genannt, so zollt man ihrer technischen Begebung Anerkennung. Doch die Finnen werden glücklicherweise keine "Japaner" oder "Amerikaner", sie werden nicht einmal "Schweden", obgleich man von allen etwas übernehmen, bei allen etwas lernen könnte. Die Finnen bleiben Finnen.

Die Identität wahren

Allerdings war auch Besorgnis zu vernehmen: Wird Finnland wirklich Finnland bleiben? Wird es, wenn es seine Kontakte zur EG entwickelt, wobei es in der einen oder anderen Form an verschiedenen internationalen Organisationen und Vereinigungen teilnimmt, seine politische und ökonomische Selbstständigkeit wirklich vor den sehr aktiven Einflüssen von außen schützen können? Wird es die kulturellen Traditionen des eigenen Landes gegen die Flut der ausländischen "Massenkultur" verteidigen können? Man versteht in Finnland, wie mir schien, daß Einflüsse von außen nicht nur in Politik, Wirtschaft und Kultur eindringen, sondern auch die gesamte Lebensweise verändern werden. Das geschieht bisweilen fast unmerklich...

Wir alle leben in einer - mehr als je zuvor - interdependenten Welt. Es wäre dumm, sinnlos und lächerlich, sich vor dieser Welt abzapseln zu wollen. Und das ist in unserem Jahrhundert auch einfach unmöglich. Doch der Prozeß der Internationalisierung entspricht ihrer Bestimmung nur und erlangt allein dann einen Sinn, wenn er sich wirklich in allen Richtungen entwickelt.

Doch das ist nur eine Seite der Medaille. Es gibt auch eine andere: die eigene Unabhängigkeit in dieser interdependenten Welt zu bewahren, ohne sich von der Strömung mitreißen zu lassen. So wurde es uns auch bei dem Gespräch mit der Führung der Zentrumspartei und der Zeitung "Suomenmaa" gesagt. Die Zentristen sehen eine ihrer wichtigen langfristigen politischen Aufgaben gerade in der Bewahrung und Behauptung der nationalen Eigenständigkeit Finlands.

Nicht nur vor Finnland, vor jedem Land, auch vor den "Supermächten", steht heute die Frage: Wie kann man die eigenen nationalen Wurzeln, die Traditionen und Sitten, die eigene Identität in einer immer stärker independenten Welt bewahren? Grundsätzlich läßt sich dieses Problem offenbar für einen großen Staat leichter lösen als für einen kleinen.

Gerade die Bewahrung der nationalen Eigenständigkeit, des eigenen Gesichts

gibt jedem Staat ein unverwechselbares Kolorit, erlaubt ihm, dem internationalen Leben einen eigenen Stempel aufzudrücken, einen eigenen, originellen Beitrag zu den geistigen Errungenschaften der Menschheit zu leisten. Wer, wenn nicht das Land von Jean Sibelius, Eiel Saarinen, Alvar Aalto, das Land Urho Kekkonens, weiß das?

Die meisten Länder haben ihre historisch bedingten Prioritäten der Zusammenarbeit, Prioritäten ihrer Beziehungen und des Vertrauens zu anderen Staaten. Dieser Vertrauensstand ist natürlich nicht etwas, was ein für allemal feststünde und unveränderlich wäre. Doch gewöhnlich wollen die Staaten das historisch Gewachsene, was sich bewährt hat, was den nationalen Interessen gut dient, bewahren und kultivieren. Und natürlich bemüht man sich, dieses Erbe vor Schwankungen des politischen Klimas national wie international zu bewahren, weiß man ja, daß sonst Vertrauen und gutes Einvernehmen leiden können. Um das zu vermeiden, gibt es eine weise Regel, die Präsident Mauno Koivisto, gestützt auf die Erfahrungen seines Landes, so formulierte: "Die Probleme so zu lösen, um anderen keine zu bereiten."

Aus dem Programm der neuen Regierung, die von dem ehemaligen Führer der Nationalen Koalitionspartei Harri Holkeri geleitet wird, ergibt sich, daß sie gedenkt, die Paasikivi-Kekkonen-Linie, die Linie des Vertrages von 1948, den Kurs auf die Festigung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der UdSSR und die Entwicklung von neuen Formen dieser Zusammenarbeit fortzuführen. Was die Innenpolitik angeht, so hören wir auch Befürchtungen: Das vom neuen Kabinett verkündete Programm struktureller Veränderungen in der Wirtschaft wird die Werktagen voll treffen und dem Privatkapital den größten Nutzen bringen.

Die sowjetischen Menschen freuen sich darüber, wenn es in Finnland, vor allem im entscheidenden Bereich menschlicher Tätigkeit, der Wirtschaft, gut läuft. So freut man sich für einen Nachbarn, mit dem man viele gemeinsame Aufgaben angeht, zu dem die Beziehungen fest und stabil sind. Und wenn hier irgendwelche Veränderungen möglich sind, dann mögen es Veränderungen zum Besseren sein. Das Interesse an beiderseitigen Erfolgen spürte ich auch bei vielen meiner Gesprächspartner - bei Vertretern politischer, wirtschaftlicher und journalistischer Kreise. Der Vorsitzende der Parlamentsfraktion der Zentrumspartei, Kauko Juhantalo, sagte:

"Wir verfolgen Ihren Umbau mit großer Sympathie. Davon, wie er sich auf die Wirtschaft auswirken wird, hängen in vielem der Stand unserer Zusammenarbeit, ihre Zukunft ab."

Ja, dem ist so. Der Umbau wird helfen, unsere Zusammenarbeit zu bereichern, sie zu erweitern und zu vertiefen. Helsinki-Moskau

NATO

Wieder

Reykjavik

DIE NATO-RATSTAGUNG IN REYKJAVIK BILLIGTE DIE "DOPPELTE NULL-LÖSUNG" - DIE BESEITIGUNG DER SOWJETISCHEN UND AMERIKANISCHEN MITTELSTRECKENRAKETEN GRÖSSERER (LRINF) UND GERINGERER (SRINF) REICHWEITE.

Bei dem Gipfeltreffen im Oktober v. J. in Reykjavik hatte die UdSSR die Null-Lösung bei den LRINF vorgeschlagen, und die USA hatten sie akzeptiert. Im Februar d. J. offerierte dann Moskau die "doppelte Null-Lösung": zusammen mit den LRINF auch die SRINF zu beseitigen. Nach langem Überlegen und offinem Widerstand akzeptierte der NATO-Rat im Juni doch den sowjetischen Vorschlag.

Man möchte hoffen, daß es die Vertreter der UdSSR und der USA jetzt in Genf leichter haben werden, ein Abkommen zu erzielen, das es erlaubt wird, unmittelbar zur Vernichtung der beiden Kategorien von Nuklearwaffen auf dem europäischen Kontinent überzugehen. Ein in allgemeinen Zügen gehaltener Vertragsentwurf liegt bereits auf dem Verhandlungstisch. Es besteht Grund zu der Annahme, daß ein Abkommen bereits im Herbst möglich ist. Wollen wir also Optimisten sein, doch für Euphorie ist es noch zu früh.

Die NATO-Ratstagung ließ die Frage der 72 Nuklearsprengköpfe zu den SRINF-Missiles Pershing 1 A in der BRD offen. Die Gefechtsköpfe gehören den Amerikanern, die Raketen der Bundeswehr. Die BRD-Regierung möchte sie aus einem möglichen Abkommen ausklammern. Washington würde das sehr zusagen. Dann würde es in Europa weiterhin über gut 70 Nuklearsprengköpfe verfügen. Diese strittige Frage



"Wir sind in Eurem Golf nur auf der Durchreise! Wir sichern so die Freiheit unserer Schifffahrt..."

Zeichnung: Wsewolod Arsenjew

suchten die NATO-Minister hinter der diplomatischen Kommunikations-Sprache zu verborgen. Doch früher oder später werden sie eine Antwort auch auf diese Frage geben müssen.

Das Ja der NATO zur "doppelten Null-Lösung" ist sicher ein Fortschritt. Übrigens

wäre es ohne die Dynamik der sowjetischen Außenpolitik und ohne den Druck der Friedensbewegung auf die Atlantiker schwer möglich.

Die Aussicht auf die Beseitigung der LRINF und der SRINF auf unserem Kontinent kann das Problem der vollständigen Be-

freiung Europas von den Nuklearwaffen auf die Tagesordnung setzen. Gerade eine solche grundlegende Lösung wird seit langem von der UdSSR und ihren Verbündeten vorgeschlagen. Die NATO hat es bislang nicht eilig, positiv auch auf diesen Vorschlag des

Ostens zu reagieren. Im NATO-Kommuniqué heißt es klar: "Es gibt keine Alternative ... zur Strategie der Abschreckung, die sich auf die erforderliche Verbindung ausreichender und effektiver nuklearer und konventioneller Kräfte gründet, von deren jedes Element erforderlich ist... Deshalb sind die amerikanischen Nukleerverpflichtung und die Präsenz der US-Nuklearkräfte in Europa weiter unbedingt erforderlich." D. POGORSHELSKI

ITALIEN

Die Wahlen sind aus.

Was nun?

DER ERFOLG DER SOZIALISTEN WAR EINES DER HAUPTERGEBNISSE DER VORGEGEZOGENEN PARLEMENTSWAHLEN VOM 14.-15. JUNI.

Insgesamt konnten die größten Parteien ihre Positionen halten. Bei der Wahl zur Abgeordnetenkammer erhielt die Christlich-Demokratische Partei (DC), die größte bürgerliche Partei des Landes, 34,3% der Stimmen (32,9% bei den Wahlen von 1983). Die Italienische Kommunistische Partei (IKP) verfügt jetzt über 26,6% (29,9% waren es 1983). Die Italienische Sozialistische Partei (PSI) erhielt 14,3% - 2,9% mehr als 1983.

Im Senat, der laut Verfassung von den Bürgern über 25 Jahren gewählt wird, errang die DC 33,6% der Stimmen (125 Mandate), die IKP erhielt 28,3% (100 Sitze), die PSI 10,9% (36 Mandate).

Die Grünen, die erstmals am Wahlkampf teilnahmen, erhielten 2,5%. Die italienischen Neofaschisten, die 10 Sitze in der Abgeordnetenkammer verloren, erlitten eine schwere Niederlage. Die Republikaner (PRI), die Sozialdemokraten

(PSDI) und die Liberalen (PLI) verloren Parlamentssitze.

Entgegen den Prognosen nahmen die Italiener aktiv an den Wahlen teil. 88,5% der wahlberechtigten Bürger gingen an die Urnen. Das ist eine der höchsten Zahlen in der Nachkriegsgeschichte des Landes.

Der Erfolg der Sozialisten ist das Hauptergebnis der Wahl. Sie werden in der Abgeordnetenkammer jetzt 21 Vertreter mehr haben als zuvor (94 statt 73 Sitze). PSI-Führer Bettino Craxi erklärte: Die Wahlergebnisse seien eine "Belohnung" für seine Partei, was ihr Kraft gibt, das "politisch Wirrwarr", in dem sich Italien befindet, zu überwinden.

IKP-Generalsekretär Alessandro Natta erklärte vor Journalisten, ein gewisser Rückgang der Zahl der für die Kommunisten abgegebenen Stimmen erkläre sich vor allem durch die Spaltung im linken Lager. Das habe es der demokratischen Alternative (der von der IKP proklamierte Kurs auf die Einheit der Linkskräfte) nicht erlaubt, ausreichendes Vertrauen zu finden. Die IKP, unterstrich Natta, bleibe weiter die Hauptkraft der italienischen Demokratie. Er verwies darauf, daß die Kommunisten den Kampf für die sozialökonomischen Errungenchaften der Werkältigen und die Grundinteressen des Landes fortführen werden.

Den führenden Mitgliedern der früheren Regierungsmehrheit - den Christdemokraten und den Sozialisten - gelang es, ihre Positionen zu festigen. Doch die auf der Tagesordnung stehenden Probleme sind nach wie vor nicht gelöst. Nicht beigelegt sind auch die Differenzen zwischen den Parteien, was zu den vorgezogenen Wahlen führte. Die Fünfparteienkoalition (DC-PSI-PRI-PLI-PSDI), meint die Nachrichtenagentur ANSA, hat ihre Position so weit gefestigt, daß sie als einzige mögliche Regierungsformel erscheint. Doch die Bedingungen für eine Wiederherstellung wurden noch weiter erschwert.

Die Wähler "belohnten" die stärksten Koalitionsparteien (DC und PSI) und "bestraften"

die übrigen drei (PSDI, PLI und PRI), was ihre Positionen bei den künftigen Verhandlungen über eine Regierungsneubildung schwächt. Nach den Wahlen ist die politische Lage in Italien noch komplizierter geworden.

W. MALYSCHEW

PANAMA

Verschwörung gegen die Republik

AUF DEM GESAMTEN TERRITORIUM PANAMAS WURDE DER AUSNAHMEZUSTAND VERHÄNGT.

Dazu sah sich die panamaische Regierung gezwungen, um die Lage zu normalisieren. Die Situation hat sich zugespielt, nachdem eine Welle von Demonstrationen der Rechtskräfte mit der Forderung nach Rücktritt von Präsident Delvalle sowie der anderen Kabinettsmitglieder das Land erfaßt hatte. Stimmen werden laut, die sich für einen Machtantritt von Arnulfo Arias, einem ultrarechten Politiker und Intimfreund von Reagan, aussprechen. Mitglieder der Handelskammer und andere Gruppierungen von Geschäftsleuten erklärten ... den Generalstreik.

Die panamaischen Behörden verfügen über ein Dokument des State Department, das Pläne für eine Destabilisierung der Regierungskoalition unter der Revolutionär-Demokratischen Partei enthält. Sie war 1978 von General Omar Torrijos gegründet worden, der vor 6 Jahren unter ungeklärten Umständen bei einer Flugzeugkatastrophe ums Leben kam. Es gibt nicht wenige Beweise dafür, daß die CIA dabei mitmischt.

Im Grunde waren es die Ereignisse von vor 6 Jahren, die zum Auslöser für die jetzigen Unruhen wurden. In der Hauptstadt fand eine Pressekonferenz des Ex-Generalstabschefs der nationalen

Verteidigungskräfte, Oberst a. D. Roberto Diaz, statt, der eine Verwicklung des jetzigen Oberbefehlshabers General Manuel Noriega in das Attentat auf Torrijos andeutete.

Manuel Noriega, ein ehemaliger Mitstreiter von Torrijos, gehört jetzt zu den konsequensten Verfechtern der Politik des Ex-Präsidenten. Er wurde nicht zufällig zur Zielscheibe von Attacken gewählt. Als Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Republik kann er zum ersten Hindernis auf dem Weg der Verschwörer werden. Durch sein Eintreten für den Contadora-Prozeß reizte er häufig Washington. So wurde bekannt, daß der ehemalige US-Sicherheitsberater John Poindexter Noriegas Rücktritt verlangte.

Die selbständige Haltung Panamas mißfällt Washington seit langem. Insbesondere gehen den USA die aktive Rolle der Republik bei der Regelung der Mittelamerika-Krise auf Wegen, die Washington ablehnt, und ihr Streben nach freundschaftlichen Beziehungen zu Nicaragua und Kuba gegen den Strich.

Doch besonders stört Washington Panamas Unnachgiebigkeit, was die Zukunft des Panamakanals angeht. Entsprechend den 1977 zwischen Torrijos und Carter unterzeichneten Verträgen soll der Panamakanal bis zum Jahre 2000 voll in die Verfügungsgewalt der Republik übergehen. Doch die jetzige US-Administration besteht auf einer Revision dieser Verträge. Bekannt ist eine Äußerung Reagans zum Kanal: "Wir haben ihn gekauft, haben in ihn unser Geld gesteckt, er gehört uns, und wir müssen ihn halten." Vielleicht mit Hilfe der Einheiten des Süd-Kommandos der USA, dessen Hauptquartier Ende v. J. vorsorglich aus Georgia nach Panama verlegt wurde?

Die Spannungen in Panama lassen nicht nach. Doch der Kurs der Regierungspartei auf eine fürwahr unabhängige Außenpolitik, auf die Verteidigung der Souveränität und der nationalen Interessen des Landes wird von der Bevölkerungsmehrheit entschieden unterstützt.

J. KUDIMOW

"NEUE ZEIT" 25.87



Gespräch zwischen Wojciech Jaruzelski und Papst Johannes Paul II.

Der Papst in Polen

Marek RUDZINSKI

Das ist der dritte Besuch des Papstes in seiner Heimat. Den Anlaß gab der II. Eucharistische Kongreß, der in sieben polnischen Städten tagte.

Vom 8. bis zum 14. Juni besuchte Johannes Paul II. neun Städte in verschiedenen Gebieten Polens, von Szczecin im Westen bis Lublin im Osten, von Gdańsk und Westerplatte im Norden bis Krakow im Süden. Er hatte zahlreiche Begegnungen mit Vertretern verschiedener Schichten der Gesellschaft und konnte verschiedene Aspekte des Lebens in Volkspolen wie auch die Veränderungen kennenlernen, die in unserem Land seit seinem letzten Besuch 1983 eingetreten sind.

Polen ist heute anders. Die hohen Wogen der Krisenerscheinungen haben sich gelegt. Die früher oft von fremder Hand geschürten Flammen erloschen. Die Basis für den nationalen Dialog ist breiter geworden. Das aus den Prüfungen gestärkt hervorgehende Land schafft neue, oft völlig neuartige Formen und Institute des öffentlichen Lebens. In seiner Ansprache in Warschau sagte der Papst: „Ich habe gesehen, daß das Land trotz Schwierigkeiten wächst und sich entwickelt, daß auch der Mensch in ihm wächst und sein Glaube, die Kultur, das Verantwortungsbewußtsein und die Reife zunehmen.“

In seinen Predigten und Ansprachen beschränkte sich der Papst auf seiner Polen-Reise nicht auf reine Glaubensfragen. Er berührte auch soziale Probleme, die die Kirche interessieren, sprach vom Frieden, von der Notwendigkeit, die menschlichen Laster und Schwächen zu bekämpfen, und betonte die Rolle der

schöpferischen Arbeit im Leben der Menschheit. Diese Ansichten fanden ihren Niederschlag in seiner Enzyklika "Laborem exercentes" (Rettung in Arbeit). Sie veranschaulicht die positive Evolution der Sozialdoktrin der römisch-katholischen Kirche. Allerdings muß man zugeben, daß diese Botschaft des Papstes, die in Polen während der ganzen Dauer seines Aufenthalts verlesen wurde, nicht eindeutig zu interpretieren ist. Die Interpretation hängt davon ab, ob die Botschaft vom religiösen, sozialen oder politischen Standpunkt beurteilt wird.

Der Papst ist zugleich das Oberhaupt des Staates Vatikanstadt. Die Polen haben nicht vergessen, daß in unferner Vergangenheit, als die NATO-Länder mit den USA an der Spitze Polen international zu isolieren trachteten, Johannes Paul II. der erste Staatsmann des Westens war, der unserem Land einen offiziellen Besuch abstattete und die amerikanischen Wirtschaftssanktionen gegen Polen verurteilte.

Die Einstellung Johannes Pauls II. zum Krieg formte sich, wie er selbst sagt, unter dem Einfluß des Märtyrertums seines Volkes während der Hitlerokkupation.

Daß gemeinsame Bemühungen um den Frieden vorliegen, verdeutlichte ein Treffen des Papstes mit Wojciech Jaruzelski, Vorsitzender des Staatsrates, in dem von den Nazis vernichteten und auf Beschuß der Volksmacht wieder aufgebauten Königsplatz. Beide Teilnehmer des Treffens verliehen, obwohl sie auf unterschiedlichen philosophischen und weltanschaulichen Positionen stehen, den Fragen des Friedens erstrangige Bedeutung.

Polens komplizierte Geschichte wollte es so, daß die katholische Kirche in unserem Land eine beträchtliche politische Rolle spielt. Die patriotische Haltung der Geistlichen während der Hitlerokkupation, eine Haltung, die jeder fünfte Geistliche mit seinem Leben bezahlen mußte, brachte der katholischen Kirche in Polen die Anerkennung der Gesellschaft.

Heute verbinden zahlreiche Polen ihre traditionelle Gläubigkeit mit der Akzeptierung der sozialistischen Ideale und mit aktiver Teilnahme am Aufbau Volkspolens. Wie unser stellvertretender Außenminister Tadeusz Olechowski vor dem Besuch des Papstes sagte, "haben wir uns stark dem Modell einer konstruktiven Zusammenarbeit von Staat und Kirche genähert, die auf der Respektierung der Gезe des weltlichen Staates und zugleich der Hirtenaktivität der Kirche beruht".

Versuche, auf dem Reiseweg des Papstes hier und da Zwischenfälle hervorzurufen, sind Provokateuren zuzuschreiben, die zu beweisen suchten, daß eine konstruktive Koexistenz und Zusammenarbeit von Staat und Kirche unmöglich sei. Diese Menschen wollten die Gelegenheit benutzen, um die öffentliche Ordnung zu stören. Doch ihr recht enger Wirkungsbereich zeugt davon, daß die Gläubigen verstanden: Solche Provokationen wirken sich nicht nur auf die inneren Angelegenheiten der VR Polen, sondern auch auf die Tätigkeit der Kirche negativ aus.

Die Polen beteiligten sich an religiösen Veranstaltungen und verfolgten Johannes Pauls II. Reise in Rundfunk und Fernsehen. Das Gespräch Jaruzelskis mit dem Papst unter vier Augen dauerte über zwei Stunden. In seiner Abschlußrede sagte der polnische Spitzenpolitiker über den Besuch: "Der Papstbesuch war eine Hirtenaufsatz. Von ihrer Bedeutung werden vor allem ihre Früchte zeugen: ob nach dem Besuch die Autorität Polens wachsen und inwiefern der Besuch zum nationalen Einvernehmen, zur täglichen Verbesserung von Arbeit und Moral im Lande beitragen wird." An Johannes Paul II. gewandt, sagte Jaruzelski:

"Ihre Heiligkeit wird die Heimat bald verlassen. Sie werden ihr Bild in Ihrem Herzen forttragen, aber nicht ihre realen Probleme. Das Volk bleibt hier, zwischen Bug und Oder und muß selber seiner Schwierigkeiten Herr werden. Bestimmend für Polens Zukunft und wirkliche Stellung in Europa und der Welt werden der innere Zusammenhalt und die Wirtschaftsstärke, die Entwicklung von Zivilisation, Wissenschaft und Kultur, die Einheit der Bürgerrechte und Bürgerpflichten sein."

Warschau

Neues Denken gegen alte Militärdogmen

Antikriegsdoktrin

Generaloberst Dmitri WOLKOGONOW, Dr. phil. habil.

Aus der Geschichte weiß man, daß Waffen in zwischenstaatlichen Streitigkeiten, sozialen, nationalen, Rassen- und Glaubenskonflikten immer das Hauptargument waren. In den 14 000 Kriegen, die die Militärgeschichte fixiert hat, fielen über 4 Milliarden Menschen, ungefähr ebenso viel wie heute auf der Erde leben. Es gab große und "kleine" Kriege, siebenjährige, dreißigjährige und sogar einen hundertjährigen Krieg. Die beiden Weltkriege haben der Menschheit unheilbare Wunden geschlagen. Aber all das verblaßt vor der Gefahr einer nuklearen Katastrophe. Heute kann man den Gegner einschern, ohne deshalb des Sieges gewiß zu sein.

Die Dialektik der Verteidigung

Jeder Staat hat seine Militärdoktrin, die Ziele und Charakter eines möglichen Krieges, die Methoden der Kriegsvorbereitung und -führung umreißt. Die Doktrinen berücksichtigen stets nicht nur die eigenen Möglichkeiten (und die des potentiellen Gegners), sondern auch geographische, räumliche und zeitliche Faktoren. So setzte Hitlerdeutschland im zweiten Weltkrieg auf einen "Blitzkrieg"; Großbritannien legte Gewicht auf eine Strategie "indirekter Handlungen"; Frankreich ließ sich von einer Verteidigungskonzeption leiten. Die USA vorließen sich zu Kriegsbeginn mehr auf ihre See- und Luftstreitkräfte. Erst die Logik des Kampfes selbst konfrontierte sie mit der Notwendigkeit, ihre Anstrengungen auf den Festlandskrieg zu konzentrieren.

In der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts haben sich die nationalen Ansichten der westlichen Staaten über den Charakter eines eventuellen Krieges unter dem Einfluß der USA merklich vereinheitlicht. Doktrinen (im politischen Vokabular des Pentagon "die nationale bzw. große Strategie") lösten einander ab: "massierte Vergeltung", "flexible Reaktion", "realistische Abschreckung", "nukleare Eindämmung". Aber das Wichtigste blieb: Sie basierten sämtlich auf einem nuklearen Erstschlag. G. Ford schrieb in seinem Buch "Der Auslöseknopf" (1985): "Das Penta-

gon sieht in der Erstschlagkonzeption nach wie vor eine für die USA gütige militärische Logik." Das kennzeichnet eindeutig das aggressive Wesen der US- und NATO-Doktrinen. Die "Strategische Verteidigungsinitiative" ist dazu bestimmt, einen unbegrenzten kosmischen Kriegsschauplatz - ohne Schützengräben und Unterstände - zu entfalten. Die Amerikaner beabsichtigen, alle Schlüsselstellungen im ordnenden Raum zu besetzen und die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten aufs Korn zu nehmen.

Auf dieser Plattform stehen die Kräfte, die auf Kernwaffen nicht verzichten wollen und immer noch in alten militärischen Kategorien denken.

Auf der Berliner Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses wurde ein Dokument angenommen, das die Militärdoktrin der sozialistischen Staaten als Teilnehmer des Warschauer Vertrags formuliert. Ihr Wesen besteht darin, daß sie, wie es in den Dokumenten des Ausschusses heißt, der Aufgabe untergeordnet ist, "keinen Krieg - weder einen mit nuklearen noch mit konventionellen Waffen geführten - zuzulassen". Das ist eine Verteidigungs- oder Anti-Kriegs-Doktrin. Die sozialistischen Staaten unterstrichen, daß sie "ihre Zukunft nie mit der militärischen Lösung internationaler Probleme verbunden haben und nicht verbinden werden".

Der Verteidigungscharakter der Doktrin ist staatlich vorankert: Die sozialistischen Länder werden niemals als erste Kernwaffen einsetzen; niemals militärische Handlungen beginnen, wenn sie nicht selbst einem Überfall ausgesetzt sind; betrachten keinen Staat und kein Volk als ihren Feind; erheben gegenüber keinem Staat territoriale Ansprüche. Demnach ist das Wesen der Doktrin klar: Die sozialistischen Länder beanspruchen keine größere Sicherheit als andere Länder, werden aber auch keine geringere akzeptieren. In der Doktrin verbindet sich die Friedensliebe der sozialistischen Staaten mit der Bereitschaft, ihre sozialen Errungenschaften zu verteidigen. Im gemeinsamen Dokument heißt es: "Die Streitkräfte der verbündeten Staaten werden in einer Kampfbereitschaft gehalten, die ausreicht, um nicht überrascht zu werden. Falls

dennoch ein Angriff gegen sie verübt wird, werden sie dem Aggressor eine vernichtende Abfuhr erteilen."

Die Fähigkeit und Bereitschaft des Sozialismus, seine Sicherheit zu verteidigen, ist ein wichtiger Friedensfaktor. Das Bestehen eines machtvollen Verteidigungspotentials (das ausreicht, um die Verteidigung zu sichern) mahnt die Liebhaber von Kriegsabenteuern: Man kann versuchen, den Gegner mit Kernwaffen zu vernichten, aber der Aggressor ist machtlos gegenüber Gegenmaßnahmen. Sicherheit ist nicht die Jagd nach der Vision des Sieges in einem Kernwaffenskrieg, sondern die Fähigkeit, ein nuklearos Inferno abzuwenden.

Die Doktrin formuliert die Interessen der ganzen Menschheit. Wenn man sich eine weltweite Umfrage über Krieg und Frieden vorstellt, könnte man sichor sein: Die Mehrheit würde sich für einen realen, durch Vernichtung von Kernwaffen garantierten Frieden aussprechen. Der Angelpunkt sind also die unvorgänglichen Werte: Frieden, friedliche Koexistenz und Zusammenarbeit.

In militärtechnischer Hinsicht legt die Doktrin die Richtung in der militärischen Entwicklung der sozialistischen Länder fest, die die Erhaltung des militärischen Gleichgewichts zu jedem beliebigen Zeitpunkt gewährleistet. Der Rahmen das für die Verteidigung ausreichenden Niveaus hebt die Notwendigkeit nicht auf, die Militärwissenschaft und -kunst zu entwickeln und die Streitkräfte zu perfektionieren. Je höher die Gefechtsbereitschaft der Streitkräfte, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, daß der potentielle Aggressor ein Abenteuer wagt. Das ist die Dialektik der Verteidigungsdoktrin.

Die Parität

Bertolt Brecht mahnte einst: "Das große Karthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem ersten, noch bewohnbar nach dem zweiten. Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten." Die Gefahr eines dritten Weltkrieges, der für den ganzen Planeten der letzte sein könnte, erfordert gebieterisch Umdenken.

Es wäre naiv zu glauben, daß das Establishment der USA aus dem heute

bestehenden Spektrum der politischen Möglichkeiten nur die nukleare Lösung vorzieht. Wir müssen jedoch in Betracht ziehen, daß in Washington nicht nur realistische Ansichten und Argumente, sondern auch die Logik eines deformierten politischen Denkens Einfluß ausüben. Eine Logik, die im Antikommunismus wurzelt.

Von besonderer Relevanz ist deshalb das Prinzip der gleichen Sicherheit, das sich gegenwärtig in der Parität der strategischen Kräfte äußert. Der objektive Kausalzusammenhang zwischen der Balance der strategischen Potenzen und der Sicherheit der Staaten wird als Gesetz der Erhaltung des Friedens wirksam. Das militärische Gleichgewicht allein kann natürlich nicht immer einen Angreifer zurückhalten. Aber in einem Nuklearkrieg wird er einen selbstmörderisch hohen Preis dafür zahlen müssen.

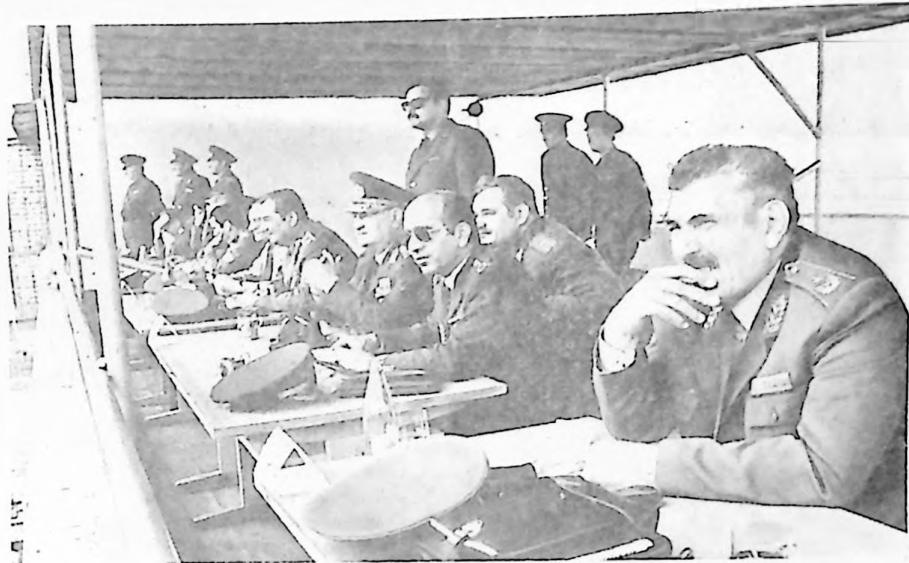
Militärstrategische Parität bedeutet volle oder annähernde Gleichheit der Seiten im Hinblick auf die strategischen Mittel des bewaffneten Kampfes. Bei der Einschätzung der Parität müssen hauptsache auch viele andere Faktoren in Rechnung gestellt werden: geopolitische, technische (die Möglichkeit der Entwicklung von auf neuen Prinzipien basierenden Waffen), konventionelle Waffen, die ihrer Zerstörungskraft nach den Massenvernichtungswaffen nahekommen. Wir dürfen z. B. das beharrliche Streben der USA nicht unberücksichtigt lassen, Waffen in den Welt Raum zu tragen, weil das die militärpolitische Weltlage von Grund auf verändern könnte.

Strukturmäßig umfaßt die militärstrategische Parität die Quantität und Qualität von Kernwaffenträgern, die Zahl und Tonnage von Gefechtsköpfen und deren Basierung. Heute befindet sich die militärstrategische Balance auf einem sehr hohen Stand. Das hat eine neue Situation herbeigeführt, die ihren Niederschlag in der Doktrin des Warschauer Vertrags gefunden hat: "Ein immer höheres Niveau der Parität bringt ... kein Mehr an Sicherheit." In einem bestimmten Stadium der Erhöhung der nuklearen Potentiale büßt die Parität ihre Bedeutung als Faktor der Kriegsabwehr ein.

Es ist paradox: Washingtons militärische Potenzen steigen, seine Fähigkeit, politische Ziele mit Hilfe der Armee zu erreichen, nimmt jedoch nicht zu. Hierbei sinkt sich auch noch die allgemeine Sicherheitsschwelle.

Sicherheitslogik

Frieden ist möglich. Doch auch ein Krieg ist wahrscheinlich. Dieser Schluß darf unter den Friedenskräften keine Verwirrung stiften, er muß ihnen vielmehr die Entschlossenheit verleihen, den strategischen Ausgang zu verhindern. Die Militärdoktrin der sozialistischen Staaten behauptet, daß es möglich ist, "den Krieg ein für allemal aus dem Leben der Menschheit zu verbannen".



Ausländische Beobachter bei sowjetischen Militärübungen: eine notwendige Vertrauensmaßnahme

Foto: TASS

Zunächst zum geschichtlichen Aspekt des Problems. Die Menschheit besteht seit etwa einer Million Jahren, davon Hunderttausende Jahre ohne Krieg. Die größte Gefahr für den Menschen war damals die Natur als feindliche dämonische Kraft, die man nur gemeinsam bekämpfen konnte. Sonst hätten die Menschen einfach nicht überlebt. Bewaffnete Konflikte zwischen einzelnen Sippen waren nicht von sozialem Charakter, vielmehr zufällige Zusammenstöße im Ringen um beste Jagdgründe, Weiden, Höhlen. Eine Rolle spielte auch die Blutrache. Das widerlegt die These bürgerlicher Historiker, Kriege seien originär. Kriege kamen in der menschlichen Geschichte erst auf den letzten Stufen der unendlichen Pyramide des sozialen Fortschritts, gleichzeitig mit den antagonistischen Klassen auf. Ihre verhängnisvolle Rolle läßt sich unterbrechen.

Die Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags bestimmt die Hauptziele, die, wenn sie erreicht sind, Kriege verhindern können. Schon der Charakter dieser Ziele weist die Doktrin als staatliche Konzeption der Kriegsabwehr aus. Dazu ist notwendig:

Erstens die Nukleartests, die Perfektionierung und Produktion neuer Kernwaffen mit Hinblick auf ihre etappenweise Reduzierung zu verbieten und im Idealfall völlig zu vernichten. Das ist nur möglich, wenn der Welt Raum waffenfrei bleibt. Genauso wichtig ist die Beseitigung chemischer und anderer Massenvernichtungswaffen. Im Grunde ist also von einer Vernichtung der materiellen Basis eines Kernwaffenkrieges die Rede.

Zweitens: Da Europa für die Geschicke der Zivilisation, das Kräftegleichgewicht und die Konstellation der politischen Interessen von besonderer Bedeutung ist, gilt es, die konventionellen Waffen auf

dem Kontinent auf ein Niveau zu senken, das einen Überraschungsangriff der einen Seite auf die andere ausschließen würde. Das bedeutet einen Komplex vertrauensbildender Maßnahmen und die Anlegung von massenvernichtungswaffenfreien Zonen als Voraussetzung für die künftige gleichzeitige Auflösung der einander gegenüberstehenden Militärblöcke. Es wird ein politischer Mechanismus zur Kriegsabwehr geschaffen.

Drittens: Ein Vorankommen auf diesem Weg ist ohne die Schaffung eines Systems von Kontrolle und Informationsaustausch, ohne Konsultationen in speziellen internationalen Organen unmöglich. Informiertheit und internationale Offenheit erhöhen sich, die Bedeutung der öffentlichen Meinung nimmt zu. Deshalb ist es wichtig, die Militärdoktrinen der beiden Blöcke zu vergleichen und den Verteidigungsprinzipien dienende Tendenzen "aufzuspüren". Diese ideologische Zielgruppe ist von der Notwendigkeit diktiert, neuem Denken zu einem weiteren Spielraum zu verhelfen. Faktisch wird hier die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß dieses Denken, was die Probleme von Krieg und Frieden betrifft, weltumfassend, allgemein wird.

Bei der Formulierung ihrer Doktrin gingen die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags selbstverständlich nicht von Illusionen, sondern von den heutigen Realitäten aus. Solange kein politischer Mechanismus zur Blockierung der Ursachen eines Nuklearkrieges geschaffen ist, müssen wir uns auf einen militärischen Mechanismus stützen.

Die Möglichkeit besteht, bis zum Beginn des dritten Jahrtausends Epochales zu leisten: einen Vorlauf für eine Zukunft ohne Kriege und Waffen zu gewährleisten. Real ist das jedoch nur bei der gemeinsamen Schaffung eines Anti-Kriegs-Mechanismus.

DISKUSSION
MIT DEM LESER



Es diskutiert

Prof. Viktor DANILENKO

Wenn ich amerikanische Zeitungen lese, finde ich immer wieder die Behauptung, daß die amerikanische Gesellschaft eine wahrhaft offene Gesellschaft ist. Was ist eigentlich eine "offene Gesellschaft"? Eine Demokratie ohne Grenzen und Einschränkungen, in der alles möglich ist!

A. KUSNEZOW

Leningrad

reiner Zufall? Nehmen wir z. B. den Informationsaustausch.

Vielleicht erinnern Sie sich noch, wie der amerikanische Moderator Donahue bei einer Fernsehbrücke offen zugab, daß Journalisten in den USA angehalten werden, Kommunisten nicht mit Samtshandschuhen anzufassen. Mr. Donahue hat uns damit nichts Neues erzählt. Eine UNESCO-Expertise kommt zu demselben Schluß: Die Monopolisierung der Massenkommunikationsmittel in den USA stellt ein "Hindernis für den Informationsfluß" dar und führt dazu, daß Journalisten "trotz hoher Prinzipien, die in Gesetzen verkündet werden... die Wahrheit nicht frei sagen dürfen". Wie soll man denn überhaupt noch etwas frei sagen können, wenn allein schon der "Gannett"-Konzern 130 Zeitungen, 16 Rundfunk- und 11 Fernsehsender kontrolliert?

Es sieht ganz so aus, als hätten die sowjetischen Kardiologen bei Gesprächen mit ihren amerikanischen Kolle-

amerikanische Schriftsteller W. Styron: "Bei all meinen Reisen mußte ich niemals und nirgendwo dermaßen erniedrigende Fragen beantworten, wie meine ausländischen Kollegen, wenn sie in die USA einreisen wollen."

Die Grenzen der USA schützt ein Computersystem mit automatischer Visa-verweigerung (AVLOS). Hier sind die Daten von 2 Millionen Menschen gespeichert, die den Behörden verdächtig erscheinen, 500 000 allein aus politischen Motiven, hauptsächlich wegen ihrer "Verbindungen zu Kommunisten". 18mal haben US-Grenzbehörden sowjetischen Gewerkschaftsdelegationen die Einreise verweigert.

Im April untersagten US-Behörden dem Vertreter des Generalkonsuls der UdSSR einen Besuch in Vancouver, Bundesstaat Washington, anlässlich der Eröffnung einer Jubiläumsausstellung in Erinnerung an den ersten Direktflug von Moskau über den Nordpol nach Amerika;

„OFFENE GESELLSCHAFT“ USA?

Sie haben ganz recht, werter Genosse Kusnezow, über Freiheit und Demokratie spricht man in den USA viel und gern. Besonders gern über die liberale, "offene" Gesellschaft, in der alle Informationen zugänglich sind und zwischenmenschlichen Kontakt nichts im Wege steht. Als Paradebeispiel nimmt man dann die amerikanische Gesellschaft und stellt sie der sowjetischen gegenüber. Indem die amerikanische Propaganda die These von der geschlossenen Sowjetgesellschaft in so aufdringlicher Weise verbreitet, sprengt sie den Rahmen des ideologischen Kampfes und praktiziert psychologische Kriegsführung sowie Einmischung in die inneren Angelegenheiten der UdSSR und anderer Länder des Sozialismus. Nicht umsonst widmet die US-Diplomatie Menschenrechtsfragen auf allen internationalen Foren eine derart gesteigerte Aufmerksamkeit. Was für ein Wirbel wurde nicht seinerzeit um den "dritten Korb" von Helsinki gemacht, in dem Fragen der Zusammenarbeit auf humanitärem Gebiet geregelt sind! Und in Reykjavik war Präsident Reagan nach seinen eigenen Worten eigentlich nur, um Fragen der Menschenrechte zur Sprache zu bringen. Im April d. J. versuchte Außenminister Shultz bei seinen Gesprächen in Moskau, immer wieder auf denselben Fragen herumzuhacken. Ist das übertriebene amerikanische Interesse an den Rechten des sowjetischen Menschen

gen sich subversiv geäußert und die amerikanische Zuschauergemeinde gefährdet, oder warum sonst wurde die Ausstrahlung des Dialogs im US-Fernsehen verboten? Darüber hinaus sind die bei uns beliebten Fernsehbrücken UdSSR-USA in den USA selbst auf Ortsender beschränkt, so daß jede Sendung von höchstens 10 Millionen US-Bürgern verfolgt werden konnte. In der Sowjetunion werden die TV-Brücken vom 1. Fernsehen der UdSSR ausgestrahlt und sind somit der gesamten Bevölkerung zugänglich.

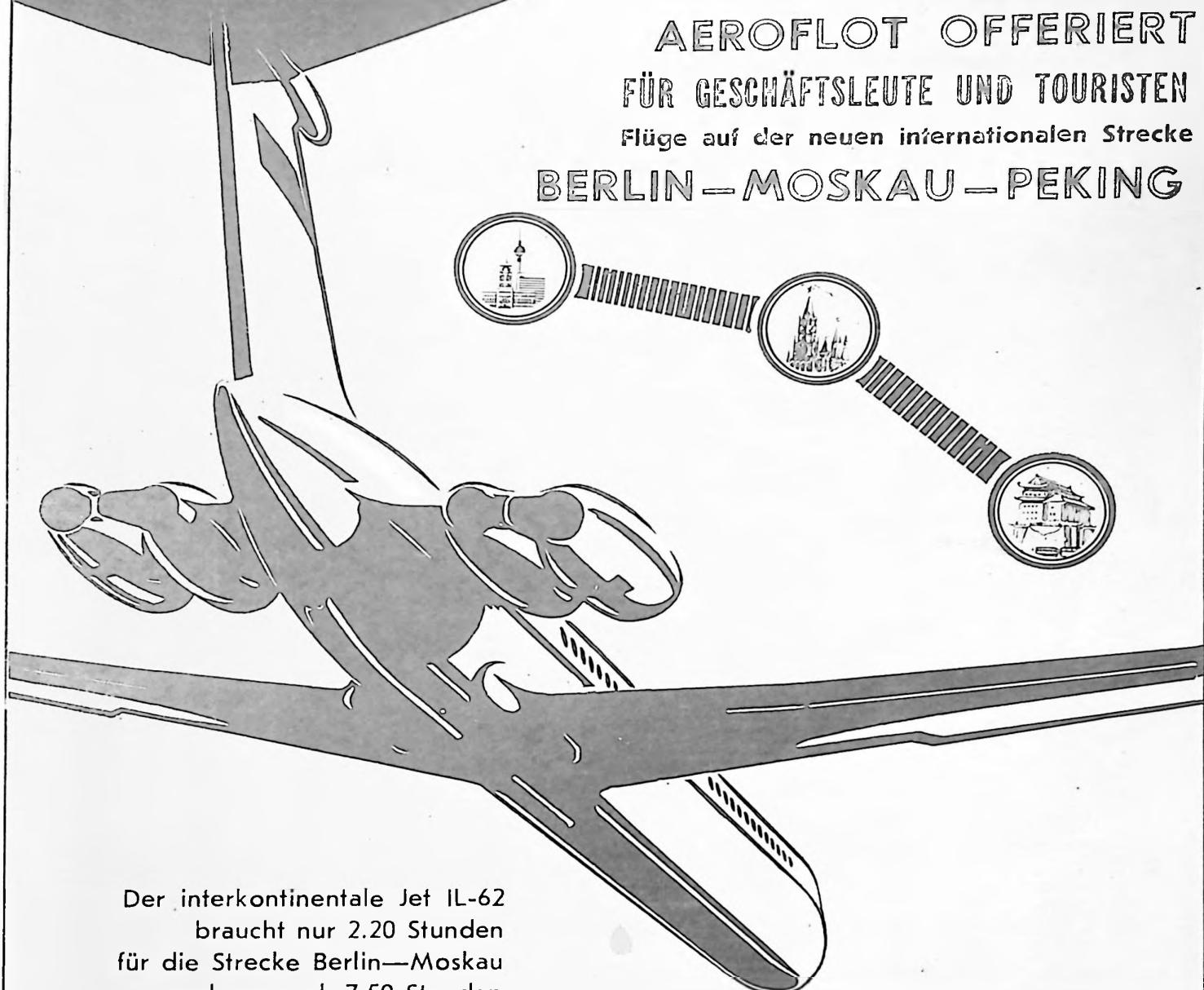
In den Bibliotheken amerikanischer Schulen stehen viele Bücher auch von US-Autoren auf dem Index. Der "Washington Post" zufolge herrscht diese Zensur in 46 von 50 US-Bundesstaaten. Zu den Verbotenen gehören Dickens, Hemingway, Fitzgerald, Baldwin, Salinger. Allein in den letzten 5 Jahren waren 600 Bücher von der Zensur betroffen.

Kommen wir zu den Kontakten zwischen den Menschen. Sie werden durch das McCarran-Walter-Gesetz von 1952 drastisch beschränkt. Auf seiner Grundlage wurde bis heute über 33 000 Personen die Einreise in die USA verweigert, u. a. dem italienischen Regisseur Dario Fo, dem kanadischen Schriftsteller Mowat, dem englischen Romancier Graham Greene, dem japanischen Literaten K. Abe und dem Dichter D. Brutus aus der RSA, um nur einige zu nennen. Dazu der

sowjetischen Nowosti-Korrespondenten wurden mit fadenscheiniger Begründung die Einreisevisa verweigert; man hat ein Gesetz verabschiedet, das die gewaltsame Ausweisung von Millionen lateinamerikanischer Arbeitsimmigranten sanktioniert. Alles in dem Monat, als George Shultz in Moskau über die Menschenrechtsfrage dozierte wollte.

Die Reagan-Administration zieht es vor, eigene Menschenrechtsverletzungen zu verschweigen und bemüht sich, die Aufmerksamkeit der Bürger auf angebliche Verletzungen von Menschenrechten in den sozialistischen Ländern zu lenken, vor allem natürlich in der Sowjetunion. Daß der demokratische Prozeß in unserem Land gestört wurde, ist bekannt. Darüber wird bei uns offen geschrieben und diskutiert. Die Entwicklung unserer Demokratie und die Erneuerung unserer Gesellschaft orientieren darauf, ähnliche Rechtsverletzungen und Exzesse auszuschließen. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie, Genosse Kusnezow, auf die in kapitalistischen Medien verbreitete These, aufmerksam machen, derzu folge die Umstellungen im geistig-politischen Bereich unter Druck stattfinden. Eine absurde Behauptung. Unsere Veränderungen haben eigene Ursachen und eine eigene Dynamik. Und Erörterungen im Oberlehrerton, wie wir sie aus dem westlichen Ausland vernehmen, sind ebenso unsubstantiiert wie geheuchelt.

AEROFLOT OFFERIERT
FÜR GESCHÄFTSLEUTE UND TOURISTEN
Flüge auf der neuen internationalen Strecke
BERLIN—MOSKAU—PEKING



Der interkontinentale Jet IL-62
braucht nur 2.20 Stunden
für die Strecke Berlin—Moskau
und nur noch 7.50 Stunden
bis Peking.

Komfort und traditionelle
russische Gastfreundschaft
gestalten diesen kürzesten Weg
von Berlin nach Peking
über die UdSSR

zu einem angenehmen Erlebnis.

Bei einem Zwischenaufenthalt
in Moskau

können Sie die berühmten Theater
und Museen besuchen,
Denkmäler der Geschichte
und Architektur besichtigen.

Flugplan:

SU-595 IL-62 Freitag	Flughafen	SU-596 IL-62 Sonntag
17.45 ab	Berlin	16.00 an
22.05 an	Moskau	15.35 ab
23.30 ab	Peking	14.05 an
12.05 an		10.35 ab
Sonnabend	Flughafen	Sonntag

Ortszeit

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines

**Aeroflot offeriert
für Geschäftsleute
und Touristen**

Flugzeuge von Aeroflot
haben den regulären Flugverkehr
zwischen Leningrad, Salzburg,
Düsseldorf und München aufgenommen.

Auf den neuen Strecken verkehrt
der moderne komfortable Liner TU 134.

Spannen Sie aus beim Fliegen,
genießen Sie den Service!
Ausführliche Informationen bei der
Aeroflot-Vertretung Ihres Landes.
Willkommen in Leningrad!



Flugplan:

Leningrad—Salzburg—Leningrad

SU 693 TU 134 Donnerstag	Flughafen	SU 694 TU 134 Donnerstag
11.00 ab 12.15 an	Leningrad Salzburg	18.35 an 13.15 ab
Donnerstag	Flughafen	Donnerstag

Leningrad—Düsseldorf—Leningrad

SU 673 TU 134 Sonntag	Flughafen	SU 674 TU 134 Sonntag
12.00 ab 13.00 an	Leningrad Düsseldorf	18.55 an 14.00 ab
Sonntag	Flughafen	Sonntag

Leningrad—München—Leningrad

SU 647 TU 134 Sonntag	Flughafen	SU 648 TU 134 Sonntag
9.30 ab 10. 50 an	Leningrad München	17.00 an 11.40 ab
Sonntag	Flughafen	Sonntag

Ortszeit

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines

FÜR GESCHÄFTSLEUTE UND TOURISTEN!
Ab 15. Mai
neue internationale Strecke
SOFIA – TBILISSI



Besuchen Sie Tbilissi, die Hauptstadt
des sonnigen Georgien,
eine der schönsten Metropolen
des sowjetischen Transkaukasien.

Von dort können Sie Ihre Reise
durch die Sowjetunion fortsetzen.

Jede Aeroflot-Vertretung hilft Ihnen
bei der Auswahl faszinierender
Ausflüge.

Das gastliche Tbilissi erwartet Sie!

Die gemeinsam betriebene Route
wird von modernen komfortablen
TU-154-Maschinen beflogen

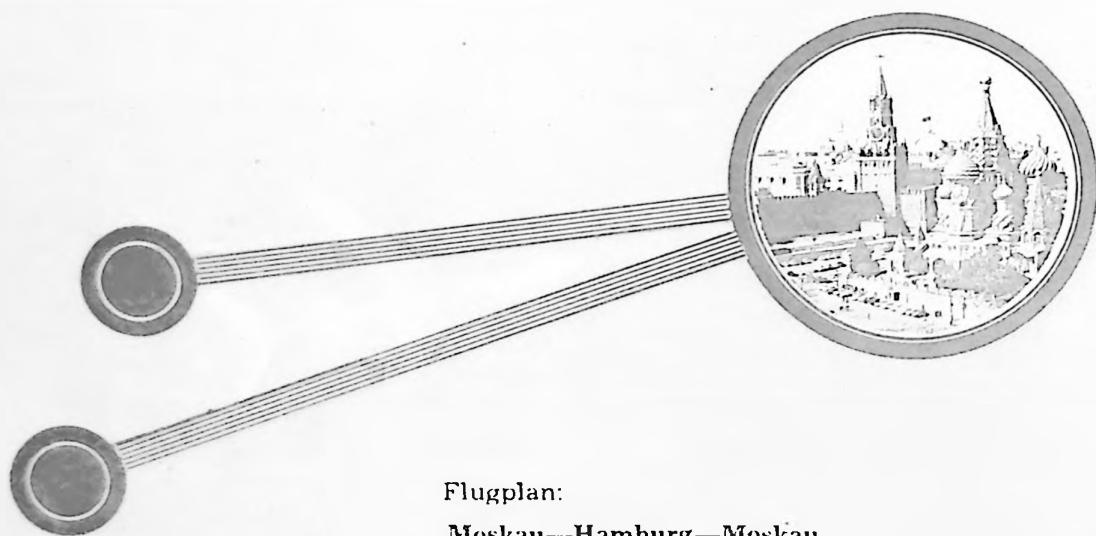
Flugplan:

LZ/SU-183 TU-154 Freitag	Flughafen	LZ/SU-184 TU-154 Freitag
17.15 an 20.30 in	Sofia Tbilissi	23.25 an 21.50 ab
Freitag	Flughafen	Freitag

Ortszeit

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines

**AEROFLOT OFFERIERT
NEUE INTERNATIONALE STRECKEN**
MOSKAU—HAMBURG—MOSKAU
MOSKAU—SPLIT—MOSKAU



Flugplan:

Moskau—Hamburg—Moskau

SU-209 TU-134 Sonntag	Flughafen	SU-210 TU-134 Sonntag
12.50 ab 13.30 an	Moskau Hamburg	19.40 an 14.50 ab

Sonntag	Flughafen	Sonntag
---------	-----------	---------

Moskau—Split—Moskau

SU-167 TU-154 Sonnabend	Flughafen	SU-168 TU-154 Sonnabend
14.40 ab 16.00 an	Moskau Split	22.15 an 17.00 ab

Sonnabend	Flughafen	Sonnabend
-----------	-----------	-----------

Ortszeit

Mit Aeroflot können Sie
Moskau besuchen,
diese alte und ewig junge Stadt
mit ihren herrlichen
Promenaden und Plätzen,
Denkmälern der Geschichte
und Architektur, weltbekannten
Museen und Theatern

Ausführliche Informationen
bei der Aeroflot-Vertretung
Ihres Landes

**WILLKOMMEN
IN MOSKAU!**

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines

„Wir schaufeln unser eigenes Grab“

Dieser Brief war an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, gerichtet. Eine Kopie von ihm ging, wie der Autor in einem Zusatz erklärte, auch an US-Präsident Ronald Reagan.

In letzter Zeit begann ich mir ernsthafte Sorgen über das sehr widersprüchliche Problem der Nuklearwaffen zu machen. Dieses Problem bewegte mich stets, doch als ich mit einzelnen Fakten konfrontiert wurde, fand ich sie überaus erschreckend. Es gibt einige Fragen, bei denen ich zu einem durchaus klaren Urteil gekommen bin, doch ich möchte Ihre Meinung hierzu erfahren und hoffe, daß Sie für Klarheit sorgen werden.

Eine meiner Hauptsorgen gilt der Zahl der vorhandenen und der in Produktion befindlichen Waffen. Es ist allgemein bekannt, daß die heute weltweit vorhandenen Waffen alles Leben auf Erden viele Male vernichten können. Wenn dem so ist,

warum erzeugen wir dann weiter immer mehr solcher Waffen? Wird das Land, das über die größte Zahl von Nuklearwaffen verfügt, tatsächlich von seiner Oberlegenheit Gebrauch machen? Mir scheint, daß wir da nur den künftigen Selbstmord der Zivilisation planen.

Viele Jahre lang war ich unfreiwilliger Zeuge von Diskussionen, bei denen es um einen „begrenzten Nuklearkrieg“ ging. Ich bin mir nicht sicher, ob ich wirklich weiß, was dieser Begriff beinhaltet. Bedeutet er, daß die kriegsführenden Seiten nur über eine begrenzte Zahl von Nuklearwaffen verfügen und nach deren Einsatz der Krieg vorbei ist? Nachdem wir die Zerstörungen durch die Atombombe auf Hiroshima und das, was ihre Opfer in Jahrzehnten bis heute zu erleiden haben, gesehen haben, meint man, daß die Folgen eines Atombombeneinsatzes fürwahr unabsehbar wären. Ich denke da an die Nebenwirkungen einer derart schrecklichen Explosion, die die Menschen auch nach über 40 Jahren einholen. Und da stellt sich die Frage: Werden wir ein vernünftiges Abkommen erzielen, bevor die ganze Welt solche Leiden durchmachen muß?

Meine Angehörigen bereiten mir die größten Sorgen. Ich habe einen fünfjährigen Sohn, eine Freundin, die ich sehr liebe - ich will sie heiraten -, habe Vater und Bruder. Ich sorge mich um meinen Sohn... Meine Freundin und ich wollen zusammenleben, und ich mache mir Sorgen darum, wo sie sein wird, sollte derart Entsetzliches geschehen. Was Va-

ter und Bruder angeht, so glaube ich nicht, daß es selbst die geringste Chance gibt, sie nach einer Nuklearexplosion wiederzusehen. Möglicherweise besteht eine verschwindend kleine Wahrscheinlichkeit, daß ich am Leben bleibe und sehen werde, was dann sein wird. Doch wo werde ich dann sein, was werde ich tun? Als ich am College studierte und meine Zukunft plante, fragte ich mich bisweilen: warum! Das Leben erscheint sinnlos, da der Eindruck entsteht, daß wir uns unser eigenes Grab schaufeln.

Neben diesen persönlichen Sorgen bedrängt mich auch eine andere Frage: Wie wird es nach einem solchen Krieg um die Umwelt insgesamt und um die Möglichkeit der Existenz von Leben in beliebiger Form auf unserem Planeten bestellt sein? Wie wird das Leben auf Erden aussehen, wenn die gesamte Umwelt vernichtet ist? Was wird mit den überlebenden Menschen sein? Zumindest kann ich mir nicht denken, daß unser Planet nach einem solchen Inferno noch ein angenehmer Aufenthaltsort wäre.

Ich bin davon überzeugt, daß Sie sehr wohl erkennen, wie schrecklich und umfassend dieses Thema ist. Und ich habe nicht einmal all seine Aspekte berührt, bin nicht ins Detail gegangen - das würde einen viel längeren Brief erforderlich machen. Man kann sich kaum vorstellen, daß Menschen, die um solche katastrophalen Folgen wissen, immer mehr Nuklearwaffen anhäufen wollen. Wenn es zu der Tragödie kommt, dann wird der Kampf für die Oberlegenheit der einen oder anderen Seite wohl ein abruptes Ende finden. Niemand weiß, wo wer sein wird und was zu tun sein wird. Möglicherweise wird es Oberlebende geben, doch ob sie dann auf dem Gestirn, das einst als „unsere Erde“ bezeichnet wurde, noch leben wollen oder können?

Thomas E. TEVAULT
Kalifornien, USA

LESER ALS REPORTER



„Kind und Frieden“ — unser Leser aus der DDR Ralf Kestner sandte dieses Foto an unsere Redaktion

MEINUNGEN

So weit darf es nicht kommen!

„Die Menschen sind verrückt, doch nicht sol“ - diese Worte stammen aus dem amerikanischen Film „Der Tag danach“, der im sowjetischen Fernsehen gezeigt wurde. Der Film zwingt darüber nachzudenken, wie nahe die Bedrohung ist. Ich würde es so sagen: Die Menschen schätzen ihre eigenen Handlungen nicht immer objektiv ein. Und der Film zeigt das, er demonstriert, wozu menschliche Unvernunft führen kann.

Statt das Wettrüsten zu stoppen, heizen die Imperialisten die Weltlage an. Sie

wollen nicht daran denken, wie viele Menschenleben gerettet werden könnten, wenn die in die Rüstungsproduktion fließenden Mittel den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zugute kämen würden.

Wir - Russen, Amerikaner, alle ehrlichen Menschen der Erde - müssen uns gemeinsam gegen jene wenden, die uns in einen Rüstungswettlauf treiben, der letztlich zum nuklearen Inferno führt.

Alexej PANKRATOW
Moskau

Wer auf der Anklagebank in Lyon fehlt

Lew BESYMENSKI

Erhard Dabringhaus blickte mich verwundert, ja entrüstet an:

"Wie kann er wegen, so etwas zu behaupten? Haben Sie das selbst gehört?"

Ich nickte bejahend und holte meinen Notizblock aus der Tasche, um die Aufzeichnung von Aussagen verzulosen, die Barbie in der Morgensitzung dieses Verhandlungstags gemacht hatte.

"Nein, so was Freches!" Mein Gesprächspartner schlug die Hände zusammen.

Wir unterhielten uns im Lyoner "Sofitel", wo viele Teilnehmer des Prozesses abgestiegen sind. Unter ihnen auch der heute pensionierte Prof. Erhard Dabringhaus von der Universität Wayne, dessen Name nach Barbies Ergreifung bekannt wurde. Sohn eines Gewerkschafters, der vor Hitler in die USA emigriert war, nahm Erhard Dabringhaus am zweiten Weltkrieg teil, landete in der Normandie und erreichte im Bestand der 1. US-Infanteriedivision die tschechoslowakische Grenze. Seine glänzenden Deutsch- und Französischkenntnisse machten den Abwehrdienst der Armee CIC auf ihn aufmerksam, und 1948 wurde der künftige Professor Mitarbeiter der IV. CIC-Region in Bayern. Dort traf er Klaus Barbie, dessen Spionagegetätigkeit er längere Zeit leitete.

Die Ankunft des Professors in Lyon war eine Sensation: Als er 1984 ein Buch mit Enthüllungen über den Fall Barbie veröffentlicht hatte, war er von amerikanischen Neofaschisten mit Drohungen überschüttet worden. Nun mehr wurde ihm der Tod angedroht, wenn er in Lyon aussagen wollte. Trotzdem kam Dabringhaus und sagte aus.

"Am Tag unserer Bekanntschaft", erzählte Dabringhaus mir, "nannte sich Barbie bei

Der Prozeß gegen Klaus Barbie, den Metzger von Lyon, wird seit mehr als einem Monat geführt. Wie aber der Beobachter einer großen Pariser Zeitung bemerkte, hat der Prozeß davon sogar profitiert. Zur Findung der historischen Wahrheit eignet sich Barbie nicht, er lügt und leugnet. Dafür flügen sich Zeugenaussagen, Dokumente und Gutachten zu einem unheilvollen Bild seiner - und nicht nur seiner - Verbrechen zusammen.

In diesem Bericht schreibt unser Korrespondent über den Prozeß und neue Materialien, die von einem weiteren beim Prozeß ergründeten Verbrechen gegen die Menschlichkeit zeugen. Wir machen eine Abrechnung westlicher Geheimdienste mit der SS und anderen Kriegsverbrechern Nazideutschlands.

der Vorstellung SD-Offizier. Etwas später erfuhr ich, daß die französischen Behörden nach meinem Schützling wegen Verbrechen, die er in Lyon verübt hatte, fahndeten. Natürlich fragte ich mich, wieso wir die Dienste solcher Leute in Anspruch nehmen mußten. Ich sprach auch mit meinen Vorgesetzten darüber. Die Antwort war, der Mann sei nützlich, und die Franzosen dürften nicht wissen, daß er bei uns untergekommen sei. Und so betrog ich wissentlich meine französischen Kollegen.

Daß Barbie zu uns gekommen war, kann man vielleicht verstehen, denkt man an die Atmosphäre jener Jahre, da der dritte Weltkrieg, wie man glaubt, jederzeit ausbrochen konnte..."

Ich bemerkte: "Im Gerichtssaal sagte Barbie heute ohne Umschweife, daß er seit seiner Jugend aktiver Antikommunist ist."

Dabringhaus hatte diese Worte nicht gehört, weil er im Zeugenzimmer gewesen war. Ebenso wenig hatte er auch die weiteren Worte des Angeklagten vernommen, die den einstigen Abwehroffizier so empörten. Als das Verhör zu Barbies Tätigkeit für die Amerikaner übergegangen war, hatte er plötzlich folgendes erklärt:

"Ich habe tatsächlich für die Gehlen-Organisation gearbeitet. Da es damals keine deutsche Regierung gab, mußte die CIC die Tätigkeit der deutschen Gehlenorganisation decken. Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde diese Organisation in den amtlichen Aufklärungsdienst der Bundesrepublik umgewandelt und ist jetzt als BND bekannt."

Dabringhaus war außer sich:

"Das ist ja die Höhle! Als hätte ich ihm nicht 1700 Dollar im Monat gezahlt und

Erhard Dabringhaus in den Kriegsjahren (Foto) und im Prozeß von Lyon (Zeichnung aus „Lyon Matain“)



dazu noch Lebensmittel und Waren gebracht, mit denen er auf dem Schwarzen Markt spekuliertel"

Am Tag darauf war Dabringhaus im Gericht allerdings nicht so kategorisch. Auf die Frage eines Anwalts meinte er, es sei möglich, daß Barbie sowohl für die einen als auch für die anderen gearbeitet habe:

"Er hat überhaupt für alle gearbeitet, die zahlen konnten", konstatierte der Professor, der in einem tadellosen Französisch aussagte.

Unter Eid bestätigte Dabringhaus, daß sein Schützling Spionage getrieben und daß die CIC-Führung über Barbies Vorleben sehr wohl Bescheid gewußt habe. Der Ankläger stellte dem Zeugen zahlreiche Fragen. Barbies sonst höchst beredter Verteidiger Jacques Verges hatte merkwürdigerweise keine. Nach den Gründen seiner ungewöhnlichen Schweigsamkeit gefragt, antwortete Verges, er wolle den Prozeß gegen Barbie nicht in einen Prozeß gegen die Amerikaner umwandeln.

Dabei liegen viele Gründe dafür vor!

Nicht nur Barbie

Klaus Barbie war bei weitem nicht der einzige SS-Mann, mit dem Dabringhaus zusammenkam und "arbeiten" mußte. Schon zu Beginn ihrer Zusammenarbeit machte Barbie den amerikanischen Abwohroffizier mit zwei hohen SS-Chargen bekannt: mit Emil Augsburg und Franz Alfred Six. Im weiteren hatte Dabringhaus mit SS-Standartenführer Bernau und SS-Obergruppenführer Haussler zu tun.

Die ersten zwei sind für uns von besonderem Interesse. Dr. Emil Augsburg wurde den amerikanischen Aufklärern als jemand aus der ehemaligen Leitung des "Wannsee-Instituts" vorgestellt. Dabringhaus selbst glaubte, daß sich das Institut mit der Vorbereitung der "Endlösung der Judentrage" befaßte. Aber das stimmt nicht ganz. Das Institut interessierte sich nicht für die Juden Europas, sondern für die UdSSR. Kurzum, das Institut Wannsee war ein Vorbote der im Westen heut so zahlreichen sowjetischen Zentren.

Schon in den 20er Jahren ging man in Deutschland daran, alle möglichen Angaben über die UdSSR zusammenzutragen. Eine solche "Sammlsstelle" oder, richtiger, vorgeschobenen Beobachtungsposten war Königsberg, die Hauptstadt Ostpreußens. Das dort gegründete Institut für osteuropäische Studien interessierte die NSDAP besonders, bald war es nicht nur eine wissenschaftliche Einrichtung, sondern auch eine Basis für die Ausbildung von Spionen. Ebenda begann die Laufbahn des nun ehemaligen SS-Mannes Augsburg.

Damals beschäftigten sich viele Stellen mit der Sammlung von Spionageangaben für einen längst geplanten Überfall auf die UdSSR, so das Außenpolitische Amt der

NSDAP (Rosenberg), das sogenannte Ribbentrop-Amt, die Abwehr, das OKW (Abteilung „Fremde Heere Ost“) und selbstverständlich die SS-Führung, die ihr eigenes "Forschungszentrum" hatte. Es befand sich in Berlin-Wannsee, der Leiter war der Weißemigrant Michail Achmeteli.

Wir verfügen über einstige Geheimdokumente, die das Wannsee-Institut betreffen und noch aus der Vorkriegszeit stammen. Sie gehörten zum persönlichen Archiv Walter Schellenbergs, Chef der Abteilung VI des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), und zeigen, wie ernst er sich mit diesem "Institut" befaßte. Anfang 1940 bezeugt das Tagebuch häufige Besuche Achmetelis bei Schellenberg. Am 28. Februar 1940 brief Schellenberg eine Beratung, an der SS-Standartenführer Alfred Six, Chef der Abteilung VII des RSHA ("ideologische Forschungen"), teilnahm. Auf der Beratung wurde beschlossen, daß das Wannsee-Institut faktisch von der Abteilung VI übernommen wurde. Laut Protokoll betonte Six, er halte es "für zweckmäßig, wenn die Leitung des Wannsee-Instituts vorläufig bei Professor Achmeteli verbleibt, später könne die Leitung ... von Augsburg ... übernommen werden."

Am 15. Mai 1940 wurde der Beschuß bestätigt: Das Institut bliebe "in seiner



Eines der wenigen Fotos von Gehlen, seinen Memoiren entnommen

augenblicklichen wissenschaftlichen Form erhalten", wurde jedoch Schellenberg unterstellt.

Wir können hier etwas hinzufügen. Augsburg, der im zaristischen Rußland geboren wurde, sprach perfekt russisch und polnisch. Er war Mitglied der NSDAP (Nummer 5518743) und der SS (307925), und 1935 trat er in den SS-Sicherheitsdienst ein. Seinen Untersturmführer machte er 1938, den Krieg beendete er als SS-Obersturmbannführer. Für die Öffentlichkeit war er "Oberassistent für Kultur- und Nationalitätenfragen des Ostens" bei Prof. Achmeteli, d. h. am Wannsee-Institut.

Six seinseits war "Parteigenosse" seit 1930 unter Nr. 245670, SS-Nr. 1676. Er brachte es noch weiter: SS-Oberführer, dann SS-Brigadeführer, Leiter einer RSHA-Abteilung, Leiter der kulturpolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt. Zwischen durch war Six Kommandeur des "Vorkommandos Moskau". Sie gehörte zur "Einsatzgruppe B", die im Sommer 1941 45 000 Menschen vernichtete. Das Kommando selbst vernichtete 2400 Menschen im Gebiet Smolensk.

Nach dem Zusammenbruch Hitlers Deutschlands trafen sich Augsburg und Six wieder, aber diesmal nicht bei Schellenberg, sondern unter einer Deckadresse des US-Spionagedienstes. Gemeinsam mit Barbie und Hauptmann Kurt Merk von der Abwehr zogen sie eine Spionagegruppe auf, der die Amerikaner den Codenamen "Personen Network" gaben. Und wieder muß man sagen, daß die blutige Vergangenheit der SS-Henker für die CIC kein Geheimnis war. Wie Dabringhaus erzählte, hatte Augsburg ihm selbst Einzelheiten aus seiner "Forschungstätigkeit" erzählt und auch gesagt, daß sein Institut 1941–1943 Methoden zur Vernichtung der Russen nach dem "Endsieg" der Nazis ausgearbeitet hatte.

"Meine erste Reaktion war", erzählte Dabringhaus über seine Begegnung mit Augsburg in Barbies Haus, "alles zum Teufel zu wünschen und dieses Haus zu verlassen. Aber ich besann mich darauf, daß ich Abwohroffizier war, und bewahrte die Ruhe."

Auch die höheren CIC-Chargen "bewahrten die Ruhe". Dale Garvey, Chef der IV. CIC-Region, bestand kategorisch auf dem Einsatz des "Personen Network". Sein Kollege Robert Taylor sagte über Barbie schlicht und einfach: "Er ist ein guter Antikommunist, und das können wir gebrauchen." Auf diese Weise kam es zur Zusammenarbeit zwischen amerikanischen Stellen und der verbrecherischen SS.

Was die ORG war

Die in Lyon versammelten Fachleute für den Fall Barbie hätten sozusagen eine Rundtischkonferenz über alle Probleme dieser verzwickten Geschichte durchführen können. Dar bekannter britischer Publizist Neal Acherson z. B. hatte lange Zeit an einem Buch über Barbie und den "internationalen Nazi-Untergrund" gearbeitet. Die französischen Publizisten Guy Morell und Ladislas de Hoyos haben ebenfalls Bücher über Barbie geschrieben. Der bundesdeutsche Publizist Kai Herrmann verfolgte Barbies Spur seit den 70er Jahren, traf in Bolivien mit ihm zusammen und studierte amerikanische Archive. Der französische Publizist Alain Guerin widmete seine weit bekannten Bücher der Tätigkeit westlicher Geheimdienste. Kein Wunder, daß diese Männer jedes Detail in den Aussagen beachteten und viele Fakten, die dem Publikum unwichtig schienen, aufmerksam analysierten.

"Ich hatte den Eindruck", meinte Guerin, "daß man im Saal den explosiven Inhalt von Barbies Wörtern über die Gehlen-Organisation nicht einmal begriffen hat. Barbie streifte da, vielleicht ohne es zu wollen, eine heikle Frage."

In der Tat kam die Bezeichnung ORG (Kürzel für die von den Amerikanern aufgezogene Organisation Gehlen) immer wieder vor. Die Zeitstafel präsentiert sich wie folgt. Im Februar 1945 erhielt General Gehlen, Chef der OKW-Abteilung "Fremde Heere Ost", wie er selbst behauptet, zuverlässige Agenturangaben darüber, daß die britische Führung eine Wendung zum antisowjetischen Kurs beabsichtigte. "In einem Europa, das sich zur Verteidigung gegen den Kommunismus rüstete, konnte auch Deutschland wieder einen Platz finden", beschloß Gehlen. Seit Februar legte er Verstecke an, wo er seine während der Arbeit gegen die UdSSR gesammelten Archive aufbewahrte. Im April war Gehlen schon im bayrischen Gebirge, am 19. Mai erschien er in der US-Militärikommandantur und bot seine Dienste an.

Darauf wurde Gehlen mit dem persönlichen Flugzeug des Stabschefs der amerikanischen Expeditionstruppen Bedford Smith nach Washington transportiert. Es begannen lange Verhandlungen. Nach mehr als vier Monaten wurde schließlich ein amtliches Abkommen über die Gründung der "Organisation Gehlen" geschlossen. Das war im Juli 1946.

Warum überlegte man es sich in den USA so lange? Keineswegs darum, weil man die Spionage gegen die UdSSR etwa aufgeben wollte. Die in Europa befindlichen amerikanischen Aufklärungsdienste - die Armeeaufklärung G-2 und die Abwehr CIC - arbeiteten längst gegen die UdSSR.

"Damals waren alle wie verrückt", erinnert sich Erhard Dabringhaus ironisch. "Alles wollte eigene Agenten haben, jedermann beeilte sich, der obersten Führung sensationelle Angaben vorzulegen." Im Prinzip hätte die CIC nur für die Sicherheit der amerikanischen Okkupationstruppen zu sorgen gehabt. Aber unsere Agenten sammelten Einzelheiten über alles: die Lage in Jugoslawien und Rumänien, die Situation in den westlichen kommunistischen Parteien und, natürlich, über die sowjetische Besatzungszone."

"Wußten Sie von der Organisation Gehlen?"

Mein Gesprächspartner gab mir zu verstehen, daß er von der ORG gewußt, mit ihr aber nicht zusammengearbeitet hatte und zu ihr wohl kritisch (Konkurrenz?) eingestellt gewesen war. Aber wie wir schon gesehen haben, ließ er die Annahme zu, daß das "Petersen Network" gleichzeitig "zwei Kühe molk" und sich seinen Lohn sowohl bei Gehlen als auch bei der CIC holte.

Man darf nicht vergessen, daß das die Anfangszeit war, da die Entstehung der ORG strengstens geheimgehalten wurde,

G.R.

~~TOP SECRET~~

COMMENTS BY THE CHIEFS OF STAFF ON POLICY
AS REGARDS WESTERN EUROPE

In a letter dated 22nd June 1944 we have been asked by the Foreign Office for our views on the proposal that once agreement on the principle of a World Organisation has been achieved, we should begin to work towards the creation of some regional security system to cover Western Europe, and to include the U.S.A.

C.O.S. (44)248th Mtg.(o) Minute 14.

~~CONFIDENTIAL ANNEX~~

(20th July 1944, 11.0 A.M.)

SECURITY IN WESTERN EUROPE AND THE NORTH ATLANTIC
I.P.M.P. (44) 17 (o) (Final)

The CO. CHIEFS had before them a Report by the Post Hostilities Planning Staff considering the policy which should be adopted to safeguard British strategic interests in Western Europe and the North Atlantic when the forces of

selbst vor amerikanischen Stellen. Wie Gehlen in seinen Memoiren schreibt, wurde die Armeabwehr der USA über seine neue Rolle in Unwissenheit belassen. Sein Name sei sogar auf der Liste der Personen belassen worden, nach denen gefahndet wurde. Ein guter Beweis dafür, daß die Leute, die Gehlen in ihre Dienste nahmen, wußten, was sie taten!

„Mit deutscher Unterstützung“

Vieles davon, was ein Licht auf die Abmachung der US-Geheimdienste mit Spionen der Nazis werfen könnte, liegt noch in Archiven. Es ist ja kaum anzunehmen, daß alles vom unsichtigen General Gehlen konzipiert wurde, der die unschuldigen und großmütigen Amerikaner und Briten über die Notwendigkeit aufklärte, die Front des geheimen Krieges zu wenden - gegen ein verbündetes Land, das für den Sieg so viel getan hatte. Was sagen uns zur Verfügung stehende Dokumente?

Zuerst zur britischen Seite. Es ist dokumentarisch erwiesen, daß die Briten Barbie zuerst anheuerten, und gerade ein gewisses britisches Dokument vom Februar 1945 überzeugte Gehlen davon, daß seine Offerte angenommen werde. Doch Dokumente, die der bundesdeutsche Historiker Bernd Greiner entdeckt hat, sind viel früher datiert.

Im Sommer 1944 ging man im Foreign Office und im sogenannten Komitee für Nachkriegsplanung des britischen Verteidigungsministeriums daran, eifrig politische Pläne für die letzten Kriegsmonate und die Nachkriegszeit aufzustellen. Daß der Krieg gewonnen wurde, stand nach Stalingrad und Kursk, nach der Landung in der Normandie außer Zweifel. Da belebten sich im Westen jene, denen die Zusammenarbeit mit der UdSSR gegen den Strich ging.

Wie aus Archivdokumenten hervorgeht, plante man in London einen "westeuropäischen Block", "weil dieser möglicherweise gegen ein feindliches Rußland wie gegen Deutschland von Nutzen ist. Aber wir begriffen zugleich, daß man über den möglichen, gegen Rußland gerichteten Nutzen nicht reden darf".

Dokumente aus Londoner Archiven

Zu Beginn waren Deutschland und die UdSSR für London gleichbedeutend, bald aber hieß es, daß "deutsche Hilfe für unser Überleben unverzichtbar werden könnte". (Memorandum vom 15. Juli 1944).

Setzten sie auf eine Wiederauferstehung des deutschen antisowjetischen Potentials? Im britischen Außenministerium war man sich absolut darüber im klaren, was das bedeuten konnte:

"Die Politik, Deutschland wiederaufzubauen - und allem Anschein nach ist das die Politik des Generalstabschefs - würde nicht nur alle Hoffnung auf Dreierallianz zunichte machen, sondern auch jene Situation heraufbeschwören, von der alle vernünftigen Leute wünschen müssen, daß sie nie eintrete."

Im Generalstab gab es jedoch keine vernünftigen Menschen. Am 2. August 1944 wurde der Vereinte Aufklärungsausschuß beauftragt, "eine Studie über die militärischen Stärken und Schwächen der UdSSR" vorzunehmen, damit man die Chancen eines militärischen Sieges - über die UdSSR abwägen könne. Am 15. September die nächste Entscheidung:

"Wir müssen darauf vorbereitet sein, von Deutschland Unterstützung zu bekommen."

Schon damals, 1944, war eine Spaltung Deutschlands zu diesem Zweck vorgesehen:

"Die Teilung Deutschlands wäre langfristig für uns ein strategischer Vorteil für den Fall, daß wir auf deutsche Unterstützung gegen eine feindliche Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken angewiesen wären."

Und weiter:

"Auf jeden Fall müssen wir für enge Beziehungen zu den USA sorgen ... und unsere Rüstungen auf einem Stand aufrechterhalten, der uns zusammen mit den USA und unseren europäischen Alliierten sowie mit deutscher Unterstützung eine Oberlegenheit über den Waffenstand der UdSSR sichert."

Klar genug, nicht wahr?
(Schluß folgt.)

Washington wünscht, in Tokio "sowjetische Spione" zu finden, und Tokio "findet" sie, meldet unser Korrespondent in Japan, Wladimir OWSJANNIKOW.

Die Opfergabe

Im März sandte US-Verteidigungsminister Weinberger seinem japanischen Amtskollegen Kurihara ein vertrauliches Schreiben, in dem er behauptete: Werkzeugmaschinen der Toshiba Kihai (Tochterfirma des bekannten Toshiba-Konzerns) seien entgegen den Regeln des COCOM (Koordinationsausschuß für Kontrolle der Ost-West-Handelspolitik) an die UdSSR geliefert worden, nun benutze diese sie zur Bearbeitung ihrer U-Boot-Schrauben. Die Amerikaner sannen auf Rache an der Toshiba Kihai.

Die COCOM-Hürde

Am 30. April veranstaltete die Tokioter Polizeiverwaltung eine Durchsuchung im Hauptsitz der Firma und ihrer Filialen. Laut Bericht wurden Dokumente entdeckt, die die zugelassenen Versätze bestätigen sollen. Hier muß vielleicht eingeschaltet werden, daß der COCOM dazu da ist, eine normale Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West zu bremsen und im Idealfall völlig zu stoppen. Deshalb sind die Regeln so formuliert, daß auch der Export von Uhrbatterien oder Nähnadeln unter Verbot fallen kann.

Die Polizeiaktion beunruhigte japanische Geschäftskreise. Die Unruhe steigerte sich zur Verwirrung, als zwei Wochen später die Strafe folgte: Der Toshiba Kihai wurde für ein Jahr das Recht entzogen, in sozialistische Länder zu exportieren. Noch nie hatte das japanische Außenhandels- und Industrieministerium eine solche Maßnahme getroffen! Für die Toshiba Kihai war das ein harter Schlag: ein Verlust von fast 36 Mio Dollar, einem Viertel ihres Exports.

Der "Asahi"-Korrespondent schreibt aus Washington: Der Wunsch der USA, den japanisch-sowjetischen Handel zu stören, sei hochgradig auf die Befürchtungen von US-Gesellschaften zurückzuführen, daß "Japan und die westeuropäischen Länder ihnen insgeheim den sowjetischen Markt weg schnappen". Ein namhafter japanischer Industrieller sagte dem Korrespondenten der "Tokyo Shimbun" in diesem Zusammenhang: "In den westlichen Ländern steckt der Schiffbau als Ganzes in einer Rezession, Schiffbaufirmen finden keinen Absatz für ihre Produktion. Der Verkauf von Werkzeugmaschinen an die UdSSR war ein vorteilhaftes und beneidenswertes Geschäft... Der heutige Zwischenfall ist nur die Spitze des Eisbergs. Etwas früher hatten es die

USA auf so große Firmen wie Hitachi, Mitsubishi und Fujitsu abgesehen. Jetzt ist wohl die Toshiba dran, man hat ihr über den COCOM eine Falle gelegt. In japanischen Industriellenkreisen hat man Mitleid mit dem Opfer."

Am 27. Mai folgte auf die Verwirrung ein richtiger Schock, als zwei Mitglieder des Toshiba-Kihai-Vorstands verhaftet wurden.

Viele japanische Gesellschaften hofften, in der schweren Zeit der Stagnation und des steigenden Yen-Kurses durch einen liberalisierten Handel mit den sozialistischen Ländern aufzuholen. Jetzt gibt man ihnen einen Wink mit dem Zaunpfahl, daß diese Hoffnungen vergeblich sind. Unter den Verhältnissen der wissenschaftlich-technischen Revolution fällt es nicht leicht, zwischen militärischer und ziviler Anwendung von Erzeugnissen zu unterscheiden, und so finden die Gegner der Kontakte zu den sozialistischen Ländern stets Gegenargumente, stets eine Klausur in den COCOM-Regeln. "Asahi" befand vor kurzem in einem redaktionellen Artikel: Ebenso wie die meisten westeuropäischen Länder sei Japan gegen eine Verhärting der COCOM-Regeln und vertrete die Auffassung, daß die Aufhebung vieler Verbote den Handel mit den sozialistischen Ländern fördern und als Folge die Entspannung festigen würde.

Die Polizeirepressalien gegen die "Toshiba Kihai" waren die Antwort auf solche Stimmungen.

Aus Washington wurde gefordert, alle Toshiba-Erzeugnisse für den Import in die USA zu verbieten. Der Konzern verlor einen Millionenauftrag des Pentagon.

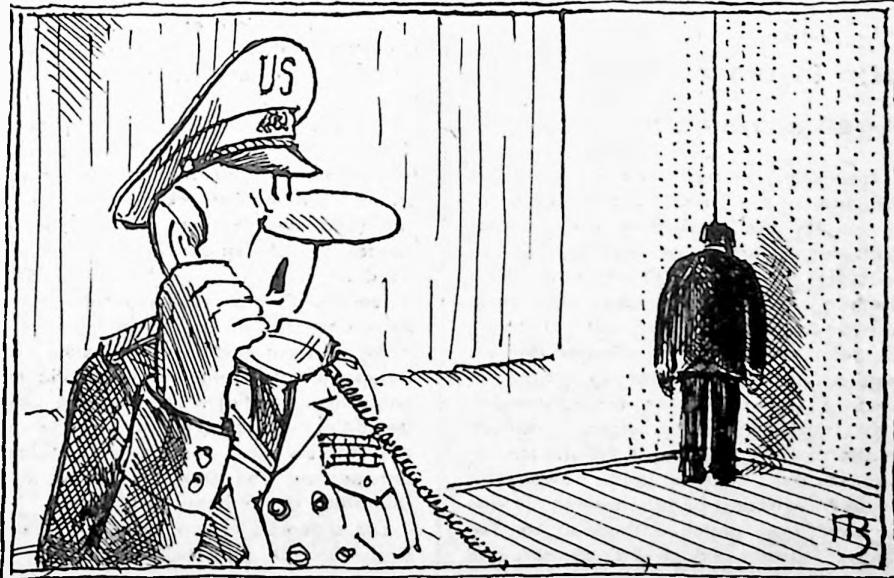
Und dann ging die Jagd auf "sowjetische Spione" los. In jedem Mitarbeiter sowjetischer Außenhandelsstellen argwöhnte man einen Geheimagenten. Diese Agenten verhandelten mit einer Firma, bestellten Werkzeugmaschinen, gaben Tips zur Umgehung aller Hindernisse. Ein japanischer Ingenieur malte unter dem Eindruck der Ereignisse sogar aus, wie er in Leningrad, wo er die Werkzeugmaschinen montieren half, Tag und Nacht von düsteren Agenten überwacht, auf dem Weg vom Betrieb zum Hotel nicht aus den Augen gelassen und es ihm nicht erlaubt habe, die Sehenswürdigkeiten der Stadt kennenzulernen.

Schwarze Brillen und Laufsprecher

Am Morgen des 8. Juni, bald nach Arbeitsbeginn, drang ein wütender Bursche aus einer extremrechten Organisation, mit einem Eisenstab bewehrt, in den Hauptsitz der Toshiba Kihai ein. In wenigen Minuten zerklöpfte er gut 40 Telefonapparate, ein Dutzend Personalcomputer, schlug acht Fenster und die Glastüren ein. Zum Glück nahm niemand von den Mitarbeitern der Firma Schaden. Der 26jährige Hurrapatriot bedrohte und beleidigte lauthals die Firma, eine "Verräterin an den Interessen Japans", und forderte die Bestrafung ihrer Mitarbeiter.

Sir, diese Japaner stellen sich ohne Ihre Order in die Ecke!

Zeichnung: V. Peskov



Polizisten fanden einen Stoß von Flugblättern bei ihm, die Wort für Wort die Beschuldigungen der Behörden gegen die Firma wiederholten. Man fühlt sich daran erinnert, wie im vergangenen Jahr ein Bus der Extremrechten vor den Augen der Polizei des Eisenacher sowjetischen Botschaft beinahe gerammt hätte; nur wenig fehlte, und er wäre in das Territorium eingedrungen. Die Botschaft legte wegen dieses empörenden Zwischenfalls Protest ein und forderte entschlossene Maßnahmen, die solche Fälle in Zukunft ausschließen würden. Aber die Provokationen gegen Sowjetbürger in Japan reißen nicht ab.

In den letzten Jahren ist die sowjetfeindliche Hetze in Japan von ständigem Charakter. Kein Tag, an dem nicht vor der Botschaft der UdSSR und vor anderen sowjetischen Ämtern aus starken Lautsprechern gebrüllt würde: "Iwan, go honoi!" Die Lautsprecher sind auf Bussen montiert, die an Panzerwagen erinnern: Eisenbewehrung, schmale Schießscharten, vergitterte Fenster. An den Wänden grelle Aufschriften. Drinnen Burschen mit Igelfrisur, die sämtlich eine schwarze Brille tragen. Sie kleben niederschlächtige Aufforderungen an Wände und Masten: "Mach einen Sowjetmenschen nieder!"

Aber selbst in dieser Atmosphäre kommt es zu besonders scharfen Äußerungen der Sowjetfeindlichkeit, wenn sich in den sowjetisch-japanischen Beziehungen eine Verbesserung andeutet oder wenn die japanische Regierung es für einfacher hält, eine solche Verbesserung zu opfern, um ihre Streitigkeiten mit den USA zu mildern.

Diesmal scheinen beide Faktoren zu wirken. Die konservativen Kreise sind über das in Japan wachsende Interesse für die Umgestaltungen in der UdSSR alarmiert. Überdies haben die kommerziellen und wirtschaftlichen Differenzen mit dem amerikanischen Verbündeten Formen angenommen, die sich auf die Politik auswirken. Washingtons Druck auf Tokio übersteigt die japanische Widerstandsfähigkeit.

Wie in einer Agentenklamotte

Gewissen Leuten reichte die Geschichte um die Toshiba Kihai noch nicht.

Am 19. Mai verhaftete die Tokioter Polizeiverwaltung vier Japaner, die beschuldigt wurden, "Eigentum des amerikanischen Militärsstützpunktes in Yokota entwendet und weiterverkauft zu haben". Zugleich wurde ein Mitarbeiter der sowjetischen Handelsvertretung festgenommen. Er wurde einer erniedrigenden Leibesvisitation unterzogen, verhört, mußte schließlich auch die Schuhe ausziehen. Da die Polizisten keine Beweise für seine Mitwirkung hatten, mußten sie den Sowjetbürger gleich entlassen. Am Tag darauf wurden jedoch Erfindungen und Verleumdungen gegen ihn und mehrere

andere Mitarbeiter sowjetischer Einrichtungen vom Stapel gelassen. Die sowjetische Botschaft wurde im japanischen Außenministerium vorstellig. In Moskau betonte ein Sprecher des sowjetischen Außenministeriums das Provokatorische und Feindselige der Aktion, die ohnehin nicht eben glatten Beziehungen zwischen der UdSSR und Japan belastete.

Mit dem "entwendeten Eigentum" der US-Truppen meinte man technische Unterlagen, die einer der vier verhafteten Japaner, ein Mitarbeiter des Militärsstützpunktes, aus der Bibliothek gestohlen haben soll. Zeitungen zufolge wurde die Information Mitarbeitern der chinesischen Stellen in Japan zugedreht. Aber die Polizei brauchte eine Provokation gegen einen Sowjetbürger.

Die Show wurde ganz groß aufgezogen: Container voller "Geheimdokumente", ein Versteck in der Baumhöhle auf einem Friedhof etc. "Wie in einem billigen Spionagefilm gibt es hier alles", schrieb die Wochenzeitung "Shukan posuto".

"Sternenkriege" gegen Toshiba Kihai

Im Juni soll das Abkommen über Japans Einstieg ins SDI-Programm unterzeichnet werden. Dem gingen vier Verhandlungsrunderungen zwischen Staatsbeamten, Militärs und Geschäftsleuten der USA und Japans voraus. Jahrelang versuchten die Japaner, sich Bedingungen der Teilnahme an SDI zu erhandeln, die Großbritannien, die BRD und andere Länder, welche bei der Vorbereitung von "Sternenkriegen" schon Verpflichtungen eingegangen sind, sich nicht hatten ausbedingen können. Die Rede war hauptsächlich vom Recht der japanischen Firmen, über Forschungsergebnisse nach eigenem Ermessen zu verfügen und sie in zivilen Industriezweigen anzuwenden. Die Unternehmer rechneten mit der Sonderstellung Japans als Verbündeter und Handelspartner der USA und äußerten optimistische Wünsche: Die USA könnten wenigstens etwas davon abtreten, was nicht sie, sondern Japaner entwickelt haben. Vergebliche Erwartungen! Die Amerikaner haben nicht vor, jemandem technologische SDI-Innovationen mitzuteilen. Eben erst verlautet: Alle Rechte auf Erfindungen und Entdeckungen der Japaner (und der Wissenschaftler anderer Länder) im Rahmen der SDI-Forschungen werden alleiniges Eigentum der USA. Japanische Firmen werden nichts davon abbekommen. Der Grund: In Japan vermisste man ein zuverlässiges System des Datenschutzes, geheime Informationen entwichen ständig in sozialistische Länder. Belegt wurde das mit dem Skandal um die Toshiba Kihai und der angeblichen Entwendung von Dokumenten aus der Bibliothek des Stützpunktes Yokota.

Die ersten Opfer von "Sternenkriegen" sind schon da: japanische Firmen.

Erinnern wir uns daran, wie viele Ahs und Ohs starke Veränderungen im Äußeren der Frauen einst hervorriefen. Zu Beginn unseres Jahrhunderts regte man sich zuerst über die kurzen Haare der Frauen, dann über die ebenfalls nicht allzu langen Röcke auf. In der Mitte des Jahrhunderts tauchten Miniröcke, Hosenanzüge, rauchende Frauen und anderes auf, was jetzt jede Frau zur stolzen Erklärung "Selbst ist der Mann!" berechtigt. Nicht immer wurden die stärksten Seiten des Mannes kopiert (das Rauchen!). Nach dem gleichen Prinzip wurde der Sport erobert. Betrachtet man die Geschichte der Olympischen Spiele, so wundert man sich nicht weniger. An den ersten Olympischen Spielen 1896 nahmen keine Frauen teil, aber schon 1900 betraten elf Tennis- und Golfspielerinnen die olympische Arena. Heute sind die Frauensportarten zahlreich, dazu gehört selbst Hockey (gott sei Dank nicht Eishockey), und auch hier soho ich nicht immer Nachahmenswertes.

Wie dem auch sei, die Zeit scheint gekommen zu sein, da man sich über nichts mehr zu wundern braucht und da die Frau selbst keine erstrebenswerten Ziele mehr hat: Das Prinzip „Selbst ist der Mann!“ wurde in vieler Hinsicht realisiert. Sieht man jedoch von diesem Prinzip ab, so ist, glaube ich, erst jetzt die Zeit angebrochen, da die Frau wirklich ihren Aufstieg begonnen hat. Das bezieht sich bereits auf ernstere und manchmal sogar globale soziale Probleme, neben denen sich selbst die olympischen Siege der weltbesten Sportlerinnen doch als Spiel ausnehmen.

Wladimir Iljitsch Lenin betonte zwei Aufgaben der Frauenfrage: juristische Gleichstellung und wahre wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung. Die erste Aufgabe erwies sich, wie Lenin vorausgesagt hatte, als „verhältnismäßig einfach und leicht“. Nicht so die zweite. Sie erwies sich als unglaublich schwer.

Aus unseren Statistiken gewinnt man folgendes Bild der sowjetischen Frau: unermüdliche Berufstätige, gebildete, ja hochgebildete Fachkraft, heitere und muntere Sportlerin, die auch gern singt und tanzt, Gewerkschafts- oder sonst eine Aktivistin mittlerer Ebene. Die statistischen Zahlen lächeln uns gleichsam an und suggerieren ein ebenfalls lächelndes Porträt. Dennoch stimmt diese holde Erscheinung trotz aller Zahlen nicht ganz. Sie vermitteln wenig Information zum Stand der Frauenqualifikation und erst recht zur Frauenlaufbahn. Doch auch ohne Zahlen ist klar (das bestätigen eigene Beobachtungen und soziale Stichproben), daß wir, wenn wir alle Tätigkeitsarten nach Qualifikation und Prestige (folglich auch Entlohnung) in Form einer Pyramide vorstellen, folgende Hierarchie erhalten: Jede untere Stufe ist jeweils dichter mit dem schwachen Geschlecht besetzt als die

Für

die Frauenkarriere

Larissa KUSNEZOWA

obero. Das gilt besonders für die Pyramide der leitenden und politischen Posten. Interessant ist, daß die Bildungspyramiden bei Männern und Frauen fast gleich sind, daß die Frauen im Bildungsstand ihren Brüdern und Männern in vielen Positionen sogar voraus sind.

Was geht also vor? Warum gewinnen die beruflichen Männerteams mehr und häufiger soziale Preise, warum stimmt der Platz der Frau auf dem berufsmäßigen und politischen Olymp nicht mit der Pyramide der Frauenbildung überein?

Es wäre Heuchelei, zu verschweigen, daß die langsamere Beförderung der Frauen beträchtlich durch ihre Belastung als Mutter und Hausfrau mitbestimmt wird (keineswegs aber dadurch, daß die Frauen angeblich „nicht hoch hinauswollen“). Frauen haben, das müssen wir zugeben, weit weniger Möglichkeiten für die Entwicklung schöpferischer Fähigkeiten und berufliche Weiterbildung, selbst bei den kolossalen zusätzlichen sozialen Garantien, die die Frau, besonders die Mutter, in der UdSSR hat. Die Erwartung wäre naiv, daß die beruflichen Erfolge von Frauen und Männern im direkten Verhältnis zur Beschäftigtenzahl beider Gruppen in der Volkswirtschaft stünden. Und doch ist das vorläufig bestehende Verhältnis ungerecht. Deshalb müssen wir die sich daraus ergebende offensichtliche Wahrheit konstatieren: Frauen, die es in Beruf oder Politik zu etwas gebracht haben, mußten eine viel größere Energie entfalten als Männer mit gleichen Erfolgen.

Die Laufbahnpyramide der sowjetischen Frauen in den letzten 20 Jahren sah wie folgt aus: 1963 machten Direktorinnen von Industriebetrieben 6 Prozent der Gesamtzahl der Direktoren aus, 1973 waren es 9 und 1983 ganze 11 Prozent. Die „Geschwindigkeit“ der Veränderung der Laufbahnpyramide bei den Frauen betrug somit rd. 2 Prozent in 10 Jahren. In der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Bedienung machen die Frauen in der UdSSR 40,1 Prozent aus, eine be-

eindruckende Zahl im Vergleich zu jedem anderen Land. Aber der Anteil der habilitierten Professorinnen hält sich beharrlich bei der Unglückszahl 13 Prozent und stieg zwischen 1970 und 1983 (wieder eine 13!) um nur 0,7 Prozent. Der Weg zum Akademiemitglied, zum korre-

Prävalenzen haben? Als Ausgleich? Diese Fragen sind im Licht der heutiger Realitäten nicht sehr korrekt, weil in 70-80 von je 100 Ehescheidungen die Frau dies beantragt und erheblich seltener als die Männer eine zweite Ehe schließt, besonders wenn sie schon Kinder hat. Kinder erfordern zusätzliche wesentliche Ausgaben, die in der sowjetischen Gesellschaft in den letzten 10-20 Jahren nicht gerade zurückgingen. Folglich hat gerade eine Mutter höhere Einkünfte nötig. Zugleich steht oft gerade eine Frau mit Kindern am Fuß der Berufspyramide, nicht an ihrem Scheitel, wo mit höheren Einkünften zu rechnen ist. Ein System von Kompressionsbeihilfen für Mütter haben wir noch nicht. So eine Dialektik ist das.

Der „fehlende Wunsch“ der Frau, Karriere zu machen, ist das Spiegelbild des in unserem gesellschaftlichen Bewußtsein wurzelnden Wunsches, sie möge das nicht wünschen. Damit, was sie wünscht bzw. nicht wünscht, antwortet sie auf unsere Erwartungen. Die Wurzeln des Zurückbleibens der Frau auf dem Er-



Zeichnung: N. Stscherbakow

spondierenden Akademiemitglied oder zum Professor brachte den Frauen im selben Zeitraum ein Mehr von einem Prozent über den früheren Wert. Und das trotz des Umstands, daß Frauen in der UdSSR 51 Prozent der Arbeiter und Angestellten ausmachen.

Ich glaube, es ist kein Zufall, daß die listenreiche Fama, die bisweilen unsere öffentliche Meinung zu formen versucht, auf einer Stufe unserer Entwicklung die schlaue Ausrede in Umlauf brachte, die Frauen selbst wollten es nicht anders. Die Männer seien da anders, sie seien seit Jahrhunderten auf Karriere eingestellt, während das schwache Geschlecht Familienglück und Liebe vorzöge. Aber Liebesglück ziehen alle vor. Karriere zu machen gelingt Männern jedoch besser. Ist es so, daß Frauen mehr Glück im

folgsweg liegen also tiefer, als es auf den ersten Blick scheint. Vorläufig müßte unser Staat nicht dieser Entwicklung freien Lauf lassen, sondern eine zielgerichtete Sozialpolitik freiben. Er muß das tun, weil die Hoffnungen der Frauen auf berufliche Beförderung, d. h. auf eine effektivere, mehr Erfüllung und Verantwortung versprechende Arbeit, noch nicht realisiert sind. Das aber bedeutet, daß eine riesige Schicht menschlicher Möglichkeiten brachliegt, und das zu einer Zeit, da wir in der UdSSR gerade all unsere Möglichkeiten mobilisieren und nach neuen suchen. Der Wille einer Frauenpersönlichkeit, die sich auf dem Olymp beruflicher und politischer Vollbringungen der Menschheit einen Platz erkämpft hat, muß den Willen der Männer überstiegen haben, weil eine Frau auf der dienstlichen

Leiter oft nicht nur dank, sondern auch trotz gewisser Umstände aufsteigt. Noch 10-12 Jahre dieses unsichtbaren beruflichen „Wettbewerbs“, und wir werden, glaube ich, einen Boom von Frauenkarrieren erleben, auf den wir psychologisch nicht vorbereitet sind.

Dies aus folgendem Grund. Eine Frau in führender Position arbeitet nicht in einem luftleeren Raum, vielmehr mit Menschen und für Menschen. Ohne uns viel Gedanken zu machen und ohne uns zu schämen, sagen wir oft: „Ganz hohe Kasse, sie steht ihren Mann!“ Ein ebenso taktloses wie albernes Lob. Hinter diesen Worten steckt ja der Gedanke, daß führende Position nichts für eine Frau sei. Das Schema „Frauen wollen nicht befördert werden“ schlägt um in „Eine Chef ist nicht das Watre“. Das wird von der geläufigen Meinung untermauert, die Frauenpsyche sei nicht für führende Rollen geeignet, worauf dann nur noch pseudopsychologisches Geschwätz erfolgt. Die Zeit wird zeigen, wie geeignet oder nicht geeignet die Frauenpsyche für führende Rollen in der Gesellschaft ist. Auf jeden Fall haben wir mehr als genug Beweise dafür, daß Frauen alles andere als schüchtern sind. Auch im negativen Sinne. Ich meine hier die hohe Zahl der Rechtsverletzungen unter Frauen, und da möchte man ausruhen: Diese Energie den friedlichen Zwecken zuführen - das wäre was! Auch hier „hält die Frau Schritt“ mit dem Mann und folgt bei weitem nicht immer nachahmenswerten Beispielen. Führende Persönlichkeiten sind deshalb führend, weil sie Wege ins Unbekannte gehen und weil sie nicht „wie der und der“ arbeiten, sondern nur so, wie sie selbst arbeiten. In dieser Hinsicht ist jede führende Persönlichkeit einzigartig. Es ist wichtig für die Gesellschaft, das Potential jener Frauen, die die einzigartige Rolle einer einzigartigen führenden Persönlichkeiten ausfüllen könnten, aufrechtzuerhalten und zu erhalten. Indira Gandhi und Margaret Thatcher sind ja nicht nur Namen von Politikerinnen der Gegenwart, sie sind die Prognose für das Morgen vieler politischer Kabinette. In diesem Zusammenhang möchte man natürlich allen Frauen wirklich friedliche Bestrebungen wünschen. Unser nicht gerade einfaches Thema Frauenlaufbahn kann nur dann allen Ernstes erörtert werden, wenn die Kanonen schweigen.

Darauf sei besonders jetzt hingewiesen, am Vorabend des Weltfrauenkongresses, der am 23. Juni in Moskau zusammentritt. Seine Devise lautet: „Ins Jahr 2000 ohne Kernwaffen! Für Frieden, Gleichheit, Entwicklung!“ Der Kausalzusammenhang zwischen diesen Begriffen ist offensichtlich. Das Streben der Frauen nach sozialer Gleichheit kann, wenn vom Friedenkampf losgelöst, wohl kaum realisiert werden. Was den Beitrag der Frauen zur antinuklearen und zur Friedensbewegung betrifft, so muß er wohl noch größer sein als ihre Teilnahme an Produktion und sozialem Leben der Gesellschaft. ■

WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Im Komplexprogramm für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt der RGW-Länder bis zum Jahr 2000 stellt die Biotechnologie eine von fünf Hauptrichtungen dar. Wir wollen hier über einige Arbeiten von Wissenschaftlern aus sozialistischen Staaten und über ihre Zusammenarbeit auf diesem Gebiet berichten.

Bakterien im Einsatz

Leonid REPIN

Der stellvertretende Direktor des Leipziger Instituts für Biotechnologie der Akademie der Wissenschaften der DDR, Lothar Klaus:

„Biotechnologie ist bereits zum Instrument der wissenschaftlich-technischen Revolution geworden.“

Diese Wissenschaft ist unmittelbar mit praktischen menschlichen Bedürfnissen verbunden. Die Methoden der Biotechnologie und der Gentechnik als eines selbständigen Zweiges haben phantastische Möglichkeiten eröffnet. Unseren Helfern, den Mikroorganismen, verdanken wir bereits eine ganze Industrie, in der wir medizinische Präparate herstellen, Pflanzenschutzmittel, Futterhefen und umweltfreundliche Energieräger wie z. B. Wasserstoff erzeugen. Das ist noch längst nicht alles! Dazu kommt die Selektion landwirtschaftlicher Nutztiere und -pflanzen und vieles andere, was den Rahmen eines Zeitschriftenartikels sprengen würde.“

Futtermittel und Umweltschutz

Ende des letzten Jahrhunderts schrieb der russische Gelehrte Mendelejew, daß er an die Möglichkeit glaubt, Nährstoffe „aus kombinierten Elementen der Luft, des Wassers und des Bodens, außer der normalen Bodenkultur, in besonderen Werken und Fabriken“ herstellen zu können, und daß die ersten Betriebsanlagen zu diesem Zweck so etwas wie „kultivierte niedere hefeähnliche Organismen“ erzeugen werden, „indem man Wasser, Luft, fossile Brennstoffe und Sonnenenergie benutzt“.

Wie viele Wissenschaftlergenerationen sollten diesen sich eben erst abzeichnenden Weg noch gehen!...

„Nehmen wir nur mal die Herstellung von Nahrungsmitteliweiß“, sagt Dr. Klaus. „Die Biotechnologie hat einen neuen Weg zur Lösung dieses Problems eröffnet.“

Seit sechs Jahren befaßt man sich damit in dem Institut, in dem Dr. Klaus arbeitet. Es gelang schließlich, hochwertiges Nah-

rungsmitteliweiß zunächst aus Erdöldestillat, dann aus anderen Substanzen zu gewinnen.

Mit vergleichbaren Arbeiten sowjetischer Wissenschaftler ist man in der DDR gut vertraut. Im wissenschaftlichen Unions-Forschungsinstitut „Sintesbelok“ wird ein neuer Nährstoff gewonnen, ein Eiweißisolat aus Hefe. Mit Hilfe von Fermentpräparaten werden die Zellwände der Hefe zersetzt, dann wird das aus den Zellen isolierte Eiweiß gereinigt, konzentriert und getrocknet. Aus einer Tonne Hefe kann man somit 250 kg Isolat gewinnen. Dieses geruchlose weiße Pulver enthält etwa 80% Eiweiß, 5% Kohlehydrate und etwa 2% Nukleinsäuren. Es gibt einen hervorragenden Zusatz für Nahrungsmittel mit einem niedrigen Eiweißgehalt ab, sagen wir für Brot, Wurst usw.

Wenn man eine Mio t Hefe pro Jahr verarbeitet, erhält man Berechnungen zufolge soviel Eiweiß, wie in einer Mio t erstklassigen Rindfleischs enthalten ist. Hier sollen keine Steaks und Kotelets aus Hefezellen propagiert werden, es geht nur um die Produktion von Eiweiß für Zusätze.

Zu den Abnehmern der Biotechnologie gehören außer der Landwirtschaft, der Nahrungsmittel- und chemischen Industrie auch diejenigen, die sich mit Umweltschutz befassen. Dr. Klaus stellt mir den jungen Spezialisten Peter Kuschka vor, der sich mit biotechnologischen Methoden des Umweltschutzes beschäftigt.

„Die gewöhnliche Abwasserreinigung erfolgt mit aeroben Bakterien“, sagt er. „Man leitet Sauerstoff ins Klärbecken ein, den die Bakterien brauchen, um die organischen Substanzen zu verarbeiten. Wir rücken jetzt bestimmten Abwässern mit anaeroben Bakterien zu Leibe, die ohne Sauerstoff lebensfähig sind.“

Das bringt mehrere Vorteile mit sich, und man braucht keine Luft mehr in die Klärbecken zu pumpen. Wir sparen Strom, und die ganzen Apparaturen werden überflüssig. Außerdem werden etwa 40% des bei der Lebensfunktion der Mikroor-

ganismen freiwerdenden Kohlenstoffs in brennbares Gas umgesetzt. Das kann man in der Produktion oder zur Beheizung von Wohnhäusern verwenden."

Dr. Klaus weist auf ein jüngeres Arbeitsergebnis des Instituts für Umweltschutz hin: Dem Abwasser wurde mit Hilfe von Bakterien Quecksilber entzogen. Die neue Methode liegt bereits der chemischen Industrie vor.

In jeder Abteilung und jedem Labor dieses Instituts schlägt man sich mit unmittelbar praxisnahen Aufgaben herum. Trotzdem arbeitet noch ein Viertel der wissenschaftlichen Mitarbeiter in der Grundlagenforschung.

Dr. Klaus erwähnt auch die Verbindungen des Instituts zu sowjetischen Kollegen. Junge Forscher fahren oft zum Lehrgang ins biologische Zentrum Pustschino bei Moskau. Nach seiner Rückkehr aus der UdSSR ernannte man Dr. Joachim Engel zum Leiter der neuen Abteilung für Genetik.

Zwischen dem Kollektiv des Instituts und wissenschaftlichen Organisationen der RGW-Mitgliedsländer herrscht gute und fruchtbare Zusammenarbeit. Man führt gemeinsame Symposien zu Biotechnologie, Genetik und weiteren Forschungsrichtungen durch. Die DDR koordiniert übrigens laut RGW-Programm einen Themenkreis von großer praktischer Bedeutung, die Zellulosespaltung. Das Institut in Leipzig arbeitet mit dem Institut für Mikrobiologie in Riga und dem führenden sowjetischen Institut für Mikrobiologie der AdW der UdSSR zusammen. Das Institut in Pustschino hilft den deutschen Kollegen bei Forschungen im Zusammenhang mit der Entschwefelung von Braunkohle. Für die DDR ist diese Frage sehr wichtig. In letzter Zeit wurden enge Sachkontakte mit dem wissenschaftlichen Forschungsinstitut Bratislava hergestellt: Zur genetischen Veränderung des Stamms, oder der Sorte von Pilzen, die Zellulose spalten.

Zuverlässiges Instrumentarium notwendig

Dr. Stojan Zonkow, dem Direktor des Zentrallabors für Biogerätebau und Automatisierung in Sofia zufolge, ist bereits heute der Fortschritt der Biotechnologie unbestreitbar, in Zukunft seien jedoch noch größere Entdeckungen zu erwarten.

In den letzten Jahrhundern beschäftigten sich Biologen überwiegend mit dem Erwerb von Kenntnissen. Die Forscher untersuchten die Vielfalt der Lebensformen, waren mehr oder weniger irritiert von ihren vielen Möglichkeiten und starteten erste Versuche, in Wesen und Gesetzmäßigkeiten der Lebensprozesse einzudringen.

Heute steht die Biologie auf einer qualitativ höheren Stufe, muß eindeutig praktische Aufgaben lösen, indem sie lernt, Lebensprozesse zu steuern und sie dem Menschen maximal nutzbar zu

machen. Das gilt ganz besonders für Molekularbiologie, Genetik, Biophysik, Mikrobiologie und natürlich die Biotechnologie.

Stojan Zonkow sucht in erster Linie nach den experimentell-technischen Mitteln.

"Eine volkswirtschaftlich orientierte, intensivierte Biotechnologie", sagt er, "werden wir erst bei dem entsprechenden technischen und technologischen Niveau des Biogerätebaus haben."

"Was meinen Sie damit?"

"Moderne Technologie für die Produktion von Registratur- und Regelapparaturen, biotechnologisch-automatisierte Fließstraßen und vorwärtsweisende technische Lösungen. Man muß eben eine moderne Apparatur schaffen, in die biotechnologische Prozesse einfließen können. Die wesentlichen Schwierigkeiten bestehen darin, daß wir es hier mit Mikroorganismen zu tun haben. Man muß z. B. peinlich genau die notwendige Temperatur einhalten, bis zu ein oder zwei Zehntel Grad, und genau auf die erforderliche Konzentration der Nährlösung achten."

Dr. Zonkow erwähnt, daß sein Laboratorium in Zusammenarbeit mit Fachleuten aus der CSSR und der Sowjetunion Bioreaktoren gebaut hat, die durch Mikroprozessoren gesteuert werden. Sie werden jetzt in Bulgarien serienmäßig

keit der Randbedingungen betrifft, ist dieser Bioreaktor den weltbesten Exemplaren noch überlegen. An seiner Herstellung beteiligten sich junge talentierte Fachleute wie Tanja Wladimirowa und Georgi Wylewski.

"Georgi Spezialsrecke", sagt Dr. Zonkow, "sind Präzisionssensoren. Seine letzte Arbeit war ein Durchflußanzeiger für flüchtige Stoffe (Fluide) in Gasen und Flüssigkeiten. Jetzt arbeitet Georgi Wylewski an einem Gerät, das er 'Quasikaloriensensiblen Durchflußmesser für Gase' nennt."

Die Jagd nach den Unsichtbaren

"Sind wir uns eigentlich darüber im klaren, daß künstlich geschaffene oder zufällig entstandene Lebewesen auch gefährlich sein können?" Mit dieser Frage konfrontiert mich Dr. František Kaprál, Leiter des Labors für Gentechnik am Institut für Molekulargenetik der tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften.

Prompt entsteht vor meinem inneren Auge eine ungeheuerliche Mischung aus Tiger, Krokodil und Flugsaurier und ich melde gewisse Zweifel an der Zweckmäßigkeit entsprechender Horrorgeschöpfe an.



Institut für Biochemie und Physiologie der Mikroorganismen in Pustschino bei Moskau. Das Labor für mikrobiologische Eiweißsynthese.

Foto: TASS

produziert und in andere sozialistische Länder exportiert. In Pustschino funktionieren die Geräte aus dem Labor von Stojan Zonkow einwandfrei.

Jetzt wurde hier ein automatisierter Bioreaktor mit einem "intelligenten Computer", wie Dr. Zonkow ihn nannte, konstruiert. Er speichert unter anderem auch die Vorgeschichte des Experiments. Sein Gedächtnis ermöglicht, die Zeitparameter zu beobachten. Was die Genauig-

keit der Randbedingungen betrifft, ist dieser Bioreaktor den weltbesten Exemplaren noch überlegen. An seiner Herstellung beteiligten sich junge talentierte Fachleute wie Tanja Wladimirowa und Georgi Wylewski.

"Georgi Spezialsrecke", sagt Dr. Zonkow, "sind Präzisionssensoren. Seine letzte Arbeit war ein Durchflußanzeiger für flüchtige Stoffe (Fluide) in Gasen und Flüssigkeiten. Jetzt arbeitet Georgi Wylewski an einem Gerät, das er 'Quasikaloriensensiblen Durchflußmesser für Gase' nennt."

zu erbeiten, daß wir unsere Ungefährlichkeit garantieren können."

Wir gingen durch die Räume eines einzigartigen Laboratoriums, des einzigen dieser Art in der CSSR, und Dr. Kapelek erzählte, daß hier Fermente aus einem Virus isoliert werden, das für bösartige Tumore bei Zuchtfleugel verantwortlich ist. Dieses Ferment ist dann der Rohstoff für weitere Untersuchungsarbeiten bei der Bekämpfung bösartiger Tumore bei Geflügel. Hätten die Wissenschaftler kein derart leines Instrumentarium, wie die Genetik, die ihnen erlaubt, kleinste Manipulationen an Mikroben vorzunehmen, hätte man kaum auf Erfolg hoffen.

Jiri Zedina, Biologie-Doktorand, stößt eine massive Stahltür auf. Dann noch eine, und wir befinden uns im Altarraum des Labors, wo Experimente an Mikroorganismen durchgeführt werden. Jetzt weiß ich, warum Dr. Kapelek so davon überzeugt war, daß die Experimente keine Gefahr für die Umgebung darstellen.

Erstens werden alle Instrumente sorgfältig im Druckkessel sterilisiert, zweitens ist der Luftdruck in diesem Raum niedriger als normal, um zu verhindern, daß die Mikroben in benachbarte Räume vordringen, in denen der Luftdruck höher ist, drittens ist in Abluft- und Abwasserweg ein kompliziertes Filtersystem eingebaut.

Im Institut für Mikrobiologie der AdW der CSSR erwähnte der stellvertretende Direktor Zdenek Hostalek ähnliche Experimente, die dazu dienen sollen, für den Menschen nützliche Mikroorganismen auf künstlichem Wege zu züchten.

Dr. Hostalek machte mich darauf aufmerksam, daß in der Abteilung für Molekularbiologie und Genetik an einer neuen Technologie gearbeitet wird. Genetisches Material wird von einem Mikroorganismus auf einen anderen übertragen, so erhält man Geschöpfe, die es bisher in der Natur nicht gab.

Einige gut erforschte Mikroben beispielsweise isolieren Stickstoff aus der Luft, wachsen dabei aber sehr langsam. Andere wachsen dagegen außerordentlich schnell. Die theoretisch einfache aber praktisch hochkomplizierte Aufgabe ist nun, das Wachstumsgen aus den schnellwachsenden Mikroben zu isolieren und es den stickstoffbindenden Bakterien einzupflanzen. Damit befießt man sich in diesem Institut.

Kollegen aus der Produktion traten zum Beispiel mit folgendem Problem an das Institut heran. Die für die Nahrungsmittel ebenso wie für die Waschmittelproduktion hochbedeutende Zitronensäure wurde bislang aus Schimmelpilzen gewonnen, die auf Zucker wachsen. Ein teures Verfahren. Im Institut hat man eine Technologie entwickelt, bei der man Zitronensäure mit Hilfe von Bakterien erhält, die bei der Fermentation entstehen. Das ist billiger und geht schneller.

Ein anderes Problem ist die Recycling-Technologie, also die Nutzbarmachung von Stoffen, die bisher in die Luft

ausgestoßen und ins Abwassernetz gelangt wurden, von wo sie in Flüsse und ins Grundwasser gelangten. Man überlegte sich, ob nicht die Abfallstoffe noch zu verwerten seien, indem sie den Nährboden für Industriemikroben abgeben. Alkalialze, die sonst das Wasser verunreinigen, werden jetzt für die Produktion von Futtermitteleiweiß eingesetzt. Bakterien machen's möglich. Sie leben von Alkalialzen und setzen Hefe frei. Diese kann man dem Viehfutter beimengen.

"Die erste Fabrik, die mit unserer Technologie arbeiten wird, ist schon im Bau", sagt Dr. Hostalek.

Ist das Neue das gründlich vergessene Alte?

Akademiemitglied Alexander Bajew, ein Spitzenfachmann in der Biotechnologie, ist mit dieser Fragestellung absolut nicht einverstanden.

"Biotechnologie", sagt er, "ist das Alte und das Neue."

Damit kann man leben. Wir unterhielten uns im Moskauer Institut für Molekularbiologie der AdW der UdSSR. Hier hat Akademiemitglied Bajew auch sein Labor.

"Die Biotechnologie besteht praktisch schon seit unvordenklichen Zeiten. Die Menschen haben Leder gemacht, haben Leinen und Hanf verarbeitet, haben Brotteig zubereitet, dann Käsebereitung und die Herstellung vieler Getränke ist nur durch biotechnologische Prozesse möglich. Der Mensch hat das alles schon gemacht, bevor er wußte, daß es Mikroorganismen gibt, die für ihn arbeiten. Seit Louis Pasteur wissen wir endlich, wieviel wir der Lebensfunktion der Bakterien verdanken.

Wir haben gelernt, in der Natur vorkommende Mikroorganismen zielorientiert einzusetzen und die notwendigen Mutationen zu erzielen.

Mit Prof. Wladimir Debabow, Biologe und Direktor des Unionsforschungsinstituts "Genetika" unterhielt ich mich über die jüngsten Entdeckungen der sowjetischen Biotechnologie.

"In den vergangenen Jahren", sagt Prof. Debabow, "haben wir gelernt, die Lebensfunktionen der Mikroorganismen zu steuern und sie das tun zu lassen, was für uns nützlich ist."

Sehr erfreulich war die Herstellung von Interferon, einer besonderen Eiweißgruppe. Das Bemerkenswerte an Interferon ist, daß es gegen jeden Virus wirkt. Dabei muß man allerdings berücksichtigen, daß zwar alle Wirbeltiere Interferon in ihrem Organismus bilden, aber das Interferon z. B. einer Ratte nur Ratten schützt, den Menschen folglich auch nur menschliches Interferon. Somit standen wir vor der Aufgabe, menschliches Interferon zu synthetisieren.

Das gelang Wissenschaftlern des Instituts für Biochemie der AdW der UdSSR. Sie isolierten ein Interferon-Gen und

übertrugen es auf eine Bakterie, die dann ihre für uns nützliche Tätigkeit aufnahm."

In dem von Prof. Debabow geleiteten Institut züchtet man gerade Mikrobenstämme mit industriell verwertbaren kostbaren Eigenschaften. Als wichtigste Methode gilt der gezielte Austausch des genetischen Apparats von Mikroorganismen mit Hilfe von genetical engineering. Bekanntlich kommen Mikroben mit einem Minimum an Komfort aus. Viele ernähren sich z. B. nur von einem bestimmten Methan-Molekül. In einigen Fällen können sie ihre Biomasse alle halbe Stunde verdoppeln. Und dabei produzieren sie auch noch Eiweiß, das sich seiner Struktur nach nicht von Fleisch- oder Milcheiweiß unterscheidet.

Mit biotechnologischen Methoden produzieren wir in der UdSSR schon über eine Million Tonnen Eiweiß jährlich. Wir geben es bei Mikroorganismen aus den Paraffinen des Erdöls oder des Erdgases in Auftrag. Die für diesen Prozeß erforderliche Technik erhalten wir aus der DDR."

Prof. Debabow führt ein Beispiel an. Eine Zufütterung von Mikroben-Eiweiß bei Schweinen und Geflügel von nicht mehr als 0,3% spart 20% teures Mastfutter und führt zu einer 10prozentigen Wachstumsbeschleunigung bei den Tieren.

An diesem Institut führt man intensive Arbeiten an Mikrobenstämmen durch, die Lysin, eine hocheffektive Aminosäure, bilden. Lysin ist Bestandteil jeder Eiweißkette. Die Schwierigkeit besteht nur darin, daß die Mikroben für unser Verständnis zu rational angelegt sind, sie synthetisieren nämlich genau so viel Lysin, wie sie zum Wachsen brauchen. Die Biotechnologen müssen sie also jetzt dazu bringen, Lysin in den für die Industrie erforderlichen Mengen abzusondern.

In Prof. Debabows Institut wurde ein solcher Stamm gezüchtet. Aus Abfallprodukten, Melasse- oder Rübensorum (Zuckerrohrsorium eignet sich auch) entsteht nach 50 Stunden bei einer Temperatur von +30 Grad eine Substanz, aus dieser dann Lysin zu isolieren ist nur noch ein rein technisches Problem. Es ist gelöst. Jetzt gibt es in der UdSSR Fabriken, die etwa 20 000 t Lysin im Jahr produzieren. Zum Vergleich: Weltweit (ohne UdSSR) werden 90 000 t Lysin pro Jahr gewonnen.

Und wie hoch ist der Gewinn? Prof. Debabow führt folgende Zahlen an: Ein kg Lysin kostet 7 Rubel, bringt aber in der Geflügelzucht 25 Rubel und in der Schweinezucht 17 Rubel Reingewinn.

Das Kollektiv des Instituts hat auch die Frage gelöst, wie sich niedrigmolekulare Substanzen herstellen lassen, Aminosäuren, die man für die Herstellung von Antibiotika braucht. Ein Erzeugerstamm, das Treonin, konnte isoliert werden. Bisher galt Japan als anerkannt führend auf diesem Gebiet. Sowjetische Fachleute ließen sich dort weiterbilden. Jetzt kaufen japanische Firmen in der Sowjetunion hergestellte Treonin-Stämme.

Leipzig-Sofia-Prag-Moskau

"NEUE ZEIT" 25.87

Am 19. Oktober v. J. verunglückte in der Provinz Natal (RSA) eine TU-134A-Maschine, mit der Samora Machel, Präsident der VR Mocambique, aus Sambia zurückkehrte. Die Umstände des tragischen Todes dieses afrikanischen Staatsmannes und Politikers beschäftigen bis heute die Weltöffentlichkeit und die Massenmedien.

Im Auftrag der "NZ" interviewte der Journalist Gennadi MAKSIMOWITSCH den Exekutivsekretär der Kommission der UdSSR für Angelegenheiten der Internationalen Organisation für Zivilluftfahrt (ICAO) Boris RYSHENKOW im Zusammenhang mit dem Flugzeugunglück.

Wer ermordete Samora Machel?

Sowjetische Experten erklären: Funkdiveranten!

Die Auslands presse veröffentlicht verschiedene Lesarten über den Absturz der TU-134A-Maschine, mit der Samora Machel flog. Auf einem Briefing im Pressezentrum des UdSSR-Außenministeriums wurde der sowjetische Standpunkt zu dieser Frage gebürt und mitgeteilt, daß zwischen Mitgliedern der Kommission, die die Ursachen der Katastrophe untersucht, Meinungsverschiedenheiten bestehen. Worin?

In dieser Kommission sind die UdSSR, Mocambique und die RSA vertreten. Gemäß den ICAO-Regeln werden solche Fälle von dem Land untersucht, in dem es zum Unglück gekommen ist, in diesem Fall also von der RSA. An der Untersuchung müssen sich ferner Vertreter des Landes, dem das Flugzeug gehört, und des Landes, in dem es gebaut worden war, teilnehmen. In unserem Fall sind es Mocambique und die UdSSR.

Wohl zum erstenmal hielten sich Experten der Zivilluftfahrt aus der RSA in der Sowjetunion, in Moskau auf. Die Seiten arbeiteten fruchtbar zusammen und bereiteten sogar ein gemeinsames Dokument vor. Bei der Unterzeichnung eines dreiseitigen Protokolls zum Bericht über die zusammengefragten faktischen Informationen am 16. Januar verweigerten aber die RSA-Vertreter die weitere Zusammenarbeit in der gemeinsamen Kommission zur Vorbereitung des Abschlußberichts, der auch das Gutachten über die Ursachen des Absturzes enthalten muß.

Die RSA beschloß einseitig, einen Abschlußbericht durch ihre eigene Gerichtsinstanz vorbereiten zu lassen, in deren Rahmen Anhörungen zur Untersuchung der Katastrophe stattfinden. Um diesem Gericht einen "internationalen" Anstrich zu geben, wurden amerikanische und britische Fachleute eingeladen, obwohl diese sich in der sowjetischen

Flugzeugtechnik und den Besonderheiten ihres Betriebs nicht auskennen. Den mocambischen und sowjetischen Fachleuten war bei besagten Anhörungen die Rolle von Zeugen zugeschrieben, sie hätten ins Kreuzverhör genommen werden sollen.

Ein solcher Beschuß, der Fortsetzung und Abschluß der Arbeit auf gleichberechtigter dreiseitiger Grundlage ausschloß, war für die sowjetische Seite unannehmbar. Mocambique bezog in dieser Frage eine ähnliche Position. Wir mußten also unsere eigene Analyse des vorhandenen Faktenmaterials durchführen. Aufgrund dieser Analyse formulierten wir ein Gutachten über die Katastrophe. Natürlich hatten wir zuvor zusätzliche Untersuchungen über die Ursachen des Absturzes angestellt.

Die RSA-Behörden verfaßten ihren Berichtsentwurf und legten ihn am 12. März Mocambique und der UdSSR zur Begutachtung und eventuellen Ergänzungen vor. Nach den ICAO-Regeln muß das binnen 60 Tagen geschehen. Wir haben den Termin eingehalten. Da die RSA aber faktische Angaben ohne jede Objektivität analysiert hatte, konnten wir uns nicht auf Bemerkungen beschränken und bereiteten unsere eigenen Wortlaut des Berichts vor.

Das Polbüro der FRELIMO der VR Mocambique setzte sich für eine weitere dreiseitige Untersuchung ein. Sowjetischseits fand dieser Vorschlag Unterstützung. Wie ist das zu verstehen? Die UdSSR hat Ihre Untersuchung ja faktisch abgeschlossen und ihr Gutachten der RSA mitgeteilt.

In unserem Dokument wurde die Frage der Verantwortung nicht angeschnitten. Gemäß den ICAO-Regeln besteht das Ziel der Untersuchung nicht in der Suche nach Schuldigen, sondern in der Vorbeugung von Flugzeughavarien. Gemeint ist, daß falls bei der Untersuchung die Feststellung der Schuldtragenden vorge-

sehen ist, die am Vorfahren Beteiligten aus naheliegenden Gründen nur ungern Informationen mitteilen werden, die zur Bestrafung ihrer selbst oder ihrer Kollegen führen könnten. Im Ergebnis können einige oder sogar alle Faktoren, die zu einer Havarie führten, ungeklärt bleiben. Deshalb darf eine Untersuchung nicht zur Feststellung von Schuld und Verantwortung, sondern muß zur Klärung der Ursachen einer Katastrophe, vor allem aber dazu durchgeführt werden, Maßnahmen für die Zukunft zu treffen.

Was geschah am 19. Oktober 1986? Ein von einer sowjetischen Besatzung gesteuertes Flugzeug mit Samora Machel und seiner Begleitung an Bord flog aus dem sambischen Flughafen Mbala nach Maputo. Wie die dreiseitige Kommission feststellte, hatte das Flugzeug normal funktioniert, die Besatzung genügende Erfahrungen gehabt, sie war auch gesund gewesen und hatte auf eintreffende Flug- und Navigationsangaben adäquat reagiert. Der Autopilot war während des ganzen Flugs eingeschaltet. Bei Höhenverringerung ging man zur Handsteuerung über. Ein Nachtflug, der unter normalen Wetterbedingungen vorlief. Etwa 100 km vor dem Flughafen Maputo kurvte das Flugzeug um 37 Grad nach rechts ab, trat auf einem Kurs, der mit dem Anflugkurs des Flughafens übereinstimmte, in eine Gebirgszone ein und stürzte ab. Die Besatzung war überzeugt, Maputo anzufliegen, und führte nach Fluglotsanweisungen einen Sinkflug aus.

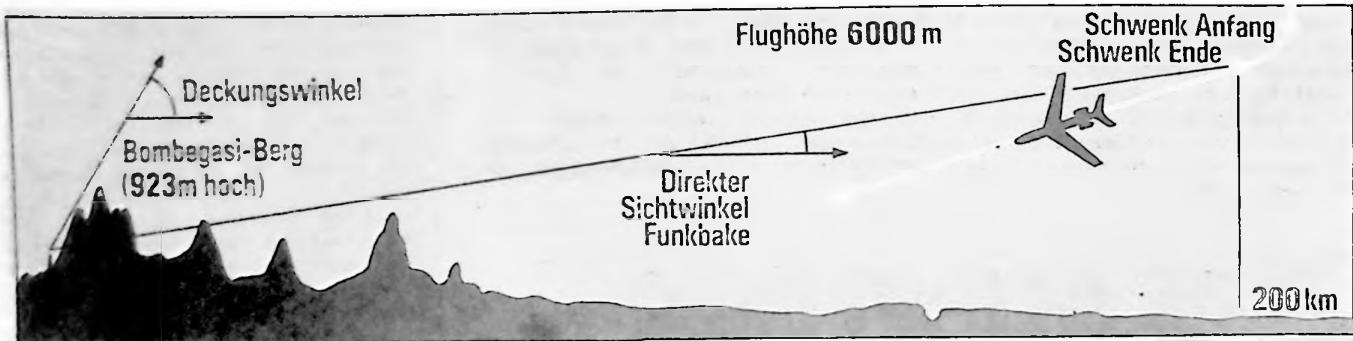
Die Untersuchung an Bord erhalten gebliebener Geräte ergab nichts, was hätte eine unwillkürliche Kursänderung verursachen können. Folglich lagen die Ursachen außerhalb des Flugzeugs. Nach Analyse der Aufzeichnungen der Black Box hoben die Experten der dreiseitigen Kommission einen Schlüsselsatz hervor, der auf das ganze Ereignis ein Schlaglicht wirkt. Als Antwort auf eine Bemerkung des Kommandanten im Zusammenhang mit der erwähnten Rechtsdrehung sagte der Steuermann: "Nach der Allrichtungsba-ke."

Folglich wurde die Wendung auf das Signal einer auf der Erde befindlichen Kursfunkbake hin vollzogen, das von den Bordnavigationssystemen des Flugzeugs empfangen worden war. Dem stimmten alle zu.

Auch Vertreter der RSA?

Ja, auch sie. Später aber behaupteten sie, das Abkurven sei ein Fehler der Besatzung gewesen, um die Verantwortung auf die Piloten abzuwälzen. Jetzt behaupten sie, das Flugzeug sei deshalb vom Kurs abgewichen, weil die Besatzung die Bordapparaturen falsch abgestimmt hätte: nicht auf die Funkbake des Flughafens Maputo mit einer Frequenz von 112,7 MHz, sondern auf die Funkbake des Flughafens Matsapha in Swasiland mit einer Frequenz von 112,3 MHz.

Die Frequenzen liegen natürlich nah beieinander, aber die Besatzung hat diesen Fehler nicht begangen. Wie eine Untersuchung der Elektronikblöcke der



Das Schema zeigt, daß die Funkbake des Flughafens Matsapha (Swestland) von der TU 134A vom Bombegazi-Berg (923 m) abgeschirmt war und die Maschine nicht vom Kurs abbringen konnte.

Bordkurssteuerung der Maschine zeigte, war sie richtig abgestimmt, nämlich auf die Frequenz der Funkbake von Maputo. Außerdem hatte die faktische Route des Flugzeugs, wie sie nach den Aufzeichnungen des Magnetschreibers rekonstruiert wurde, keineswegs einem an der Funkbake Matsapha orientierten Flug entsprochen. Das widerlegt die Version der RSA.

Ferner wurden die Wellenausbreitungszenen der Funkbake Matsapha berechnet. Wie sie zeigen, befand sich diese Funkbake im Gebirge, war also vom Flugzeug durch den Bombegazi-Berg abgeschirmt und konnte mit der Maschine in einer Entfernung bis zu 135 km zusammenwirken. Im Augenblick der Kursänderung war das Flugzeug über 200 km von Matsapha entfernt, seine Bordgeräte konnten die Signale der Funkbake Matsapha einfach nicht empfangen. Selbst nach der Rechtsdrehung verließ die Maschine nicht die "Schattenzone" des Bombegazi-Bergs und flog in einem Sektor weiter, in dem es die Signale dieser Bake nicht empfanden konnte. Nach Maßgabe dessen, wie das Flugzeug im Gebirge niederging, nahm der Schatten unablässig zu. Deshalb ist die RSA-Version völlig hältlos.

Wir können auf Grund dessen den Schluß ziehen, daß im Frequenzbereich der Funkbake Maputo falsche Informationen an das Flugzeug des Präsidenten ausgestrahlt wurden, was zuerst zur Kursänderung und im Endergebnis zur Katastrophe führte.

In der Erklärung des Politbüros der FRELIMO wird nicht zufällig die Frage gestellt, daß man den genauen Ort und die Zugehörigkeit der falschen Bake, die das Präsidentenflugzeug vom Kurs abgebracht hatte, ausfindig machen müsse. Das steht in keinem Widerspruch zu unserer Position und unserem Gutachten.

Aber wenn diese falsche Funkbake bis jetzt nicht entdeckt ist, so sind die Berufungen darauf als Hauptursache der Katastrophe nur eine Version!

Die sowjetischen Experten untersuchten alle bestehenden Versionen. Im Ergebnis

wurde festgestellt, daß keine davon mit Ausnahme der Funkbake-Version der Kritik standhält.

Der genaue Standort der falschen Bake ist tatsächlich nicht ausgemacht worden, vor allem deshalb nicht, weil man sich nicht das Ziel gesetzt hatte. Obrigens fand die dreiseitige Kommission in einer Entfernung von nur etwa 150 m vom Unglücksort Spuren eines paramilitärischen Lagers. Wie Zeugen aussagten, wurde dieser Platz am Tag nach dem Ereignis verlassen. Wir wollen nicht behaupten, daß die falsche Bake sich gerade dort befand, dafür liegen nicht wenige Tatsachen vor, die das Vorhandensein einer solchen Bake bestätigen. Einige davon habe ich schon erwähnt. Hier eine weitere. Das Passagierflugzeug Boeing-737 der LAM, das vom Flughafen Beira aus 50 Minuten später als das Präsidentenflugzeug Kurs auf Maputo nahm, kurvte ebenfalls um 40 km rechts ab. Die Boeing folgte auf dieser Strecke in Richtung des Katastrophenortes, bis der Fluglotse sie zum Startflughafen zurückholte, weil der Flughafen Maputo geschlossen hatte. Die Boeing-Besatzung erklärte, daß sie ihren Bordnavigationsmittel absolut vertraute (sie waren sämtlich auf die Funkbake Maputo abgestimmt) und den Flug fortgesetzt hätte.

Dennoch verstehe ich nicht ganz, warum die Flugzeugbesatzung nicht auf die richtige, sondern auf die falsche Funkbake hörte.

Die falsche Bake besaß, nach dem Charakter ihres Betriebs zu urteilen, ein stärkeres Signal, und die Nadel des Flugzeugkompasses auf der TU 134A reagierte darauf. Wir stellten ein Experiment an und konnten uns davon überzeugen, daß Flugzeuggeräte auf eine stärkere Bake reagieren, selbst wenn sie sich nicht in der Fluglinie, sondern seitlich befindet.

Diese und andere zusätzliche Untersuchungen bestätigten den Schluß der sowjetischen Seite, daß die Katastrophe Ergebnis des Einsatzes funktechnischer Mittel zu Divisionszwecken war. Nur solche Mittel ließen das Flugzeug vom Kurs abweichen.

Obrigens ist der Einsatz falscher Baken nichts Neues. Großbritannien und Deutschland setzten sie während des zweiten Weltkriegs recht häufig ein, um den Gegner irrezuführen. In mehreren

westlichen Ländern werden solche Baken weiter produziert und eingesetzt.

Die Frage drängt sich auf: Wenn alle Bordsysteme normal funktionierten, warum reagierte die Besatzung nicht auf Signale des Systems der gefährlichen Annäherung an die Erde? Warum benutzte sie keine zusätzlichen Navigationsmittel, nicht den Rundfunk von Maputo und das Bordfunkmeßgerät?

Die Besatzung reagierte auf das Signal. Wie der Bordschreiber bezeugt, wurde die vertikale Sinkgeschwindigkeit vermindert, wie das die Betriebsanleitung erfordert. Doch spricht die Aufzeichnung auch dafür, daß die Besatzung an der Glaubwürdigkeit der Signale des Höhenmessers zweifelte. Das rührte daher, daß er auf Signale einer mosambikanischen militärischen Funkmeßstation reagierte, die sich an der Linie der faktischen Route befand, von der die Besatzung aber nichts wußte. Die Besatzung zweifelte nicht daran, daß der Flug über der ebenen Gegend beim Flughafen Maputo verlief, wo die Erhebungen nicht über 125 m betragen, sank auf Erlaubnis des Fluglotsen weiter und setzte zur Landung an. Was die Benutzung zusätzlicher Navigationsmittel — Rundfunkstation, Bordfunkmeßgerät — zwecks Anfliegens des Landeflughafens betrifft, so konnte eine solche Notwendigkeit angesichts des Umstands, daß die Funkbake ein hocheffektives und genaues Navigationsmittel ist, nur dann entstehen, wenn Zweifel an der Richtigkeit ihres Funktionierens auftreten. Da aber das Flugzeug beständige Signale der falschen Bake empfing, glaubte die Besatzung an die Richtigkeit des Kurses des Flugzeugs auch nach der Rechtsdrehung.

Die letzte Frage: Wie reagierte man in der RSA auf die Haltung der UdSSR und Mosambikes?

Ende Mai wurde eine Mitteilung des Verkehrsministeriums der RSA veröffentlicht. Darin heißt es, weder das Ministerium noch die Menschen, die an der Untersuchung teilgenommen hätten, würden in diesem Stadium die Erklärung der UdSSR kommentieren, daß eine falsche Funkbake die Katastrophe von Samora Machels Flugzeug verursacht hat. Sie wollen unsere Materialien sorgfältig studieren. Die Zukunft wird zeigen, welche Haltung man in der RSA einnimmt und ob man dort Objektivität an den Tag legt.

John le Carre: Ein Autor, der aus dem Westen kam

Mit dem bekannten englischen Schriftsteller, einem anerkannten Meister des politischen Kriminalromans, unterhält sich unsere Korrespondentin Natalja Darjalowa.

Warum sind Sie gerade jetzt in unser Land gekommen?

Ich möchte einige Vorurteile zerstreuen - Gäste kommen ja nicht, um sie zu verfestigen. Ich wollte Moskau zu einem außergewöhnlichen historischen Augenblick, da sich alles ändert, besuchen. Möglicherweise werde ich nach der Rückkehr einen Artikel über meine Eindrücke schreiben. Zudem hoffe ich, daß die Reise in die UdSSR mir das Thema für einen Roman geben wird.

Sie bleiben nun schon viele Jahre dem Genre des politischen Kriminalromans treu. Warum?

Stets hat mich die Gestalt des Menschen auf seinem Posten, des Menschen sozusagen in seiner Rüstung bewegt. Was geben wir der Gesellschaft, und was gibt die Gesellschaft uns? Wie ist das Verhältnis zwischen der Moral des Kollektivs und der des Individuums? Diese Fragen bewegten mich stets, eine besonders dramatische Form aber nahmen sie zu dem Zeitpunkt an, als die Berliner Mauer gebaut wurde. Ich war beruflich dort und erlebte die Berlin-Krise. Die Amerikaner zogen ihre Panzer zum Kontrollpunkt vor, auf der anderen Seite standen russische und ostdeutsche Panzer. Ich dachte da mit Schrecken, daß jetzt hier das Vorspiel zum Krieg, zum dritten Weltkrieg, abläuft!

Möglicherweise entstand die Bitterkeit, die meinen Roman "Der Spion, der aus der Kälte kam", erfüllt, gerade damals; ich meinte, die Konflikte würden kein Ende nehmen und wir würden nie den Teufelskreis der Feindseligkeiten durchbrechen können...

Bisweilen tauchen Befürchtungen auf, politische Kriminalromane schürten die Agentenfurcht.

Ich meine, daß die Agentenfurcht nicht meiner Hilfe bedarf. Eine meiner Hauptaufgaben sehe ich darin, einen Ausweg aus einer Sackgasse zu finden, der Agentenhysterie den Heldenimbiß zu nehmen, sie zu entlarven. Ich benutze die Welt der Geheimdienste als Bühne, auf der sich meine Sujets abspielen. Wir werden uns immer mehr bewußt, daß die Geheimdienste einfach Desinformation

"NEUE ZEIT" 25.87



betreiben und besser dastehen wollen, als sie in Wirklichkeit sind. Die Dienste arbeiten hinter herabgelassenen Jalouisen, und oft vermag die Gesellschaft sie nicht zu kontrollieren. In meinen Büchern verbreite ich keine Spionageromantik.

Wie wirkt sich der Gedanke, daß eine bestimmte literarische Gestalt der "eigenen" oder der "fremden" Seite zugeordnet wird, auf den schöpferischen Prozeß aus?

Ich teile meine handelnden Gestalten nicht in "schlechte" und "gute", je nach ihrer ideologischen Zugehörigkeit, ein. Nehmen wir z. B. die drei Stories, in denen "West" und "Ost" in Gestalt von George Smiley und dessen sowjetischem Gegenspieler in Konfrontation stehen. Der sowjetische Aufklärer ist voll und ganz seiner Sache ergeben, ein unbestechlicher Meister der Spionage. Er würde es sogar vorziehen zu sterben, in Rußland zu sterben, als weit von der Heimat entfernt zu leben. Er hat ein kompliziertes, tragisches Schicksal. Meine "russischen" Gestalten sind keine Ausgeburt der Hölle, und weitaus nicht alle

"westlichen" Figuren sind Engel. Nicht selten werden meine Romane im Westen als Werke, die überaus kritisch zu unserer Gesellschaft stehen, angesehen.

Was meinen Sie zu den politischen und ökonomischen Veränderungen, die sich jetzt in der UdSSR vollziehen?

Ich meine, daß die beschleunigte Entwicklung des Sozialismus, die Bereitstellung der Ressourcen, die er braucht, die Modernisierung der vorhandenen Systeme das Hauptziel der Veränderungen ist. Ich meine, wenn sich der Staat mit einer so wichtigen Sache wie der Verteidigung befaßt, dann braucht er sich nicht auch noch für z. B. die Kohlernte verantwortlich zu fühlen. Bemerkenswert ist, daß Ihr die ganze Bedeutung der Publizität erkennt. Eine geschlossene Gesellschaft kann heute kaum ökonomisch prosperieren.

Halten Sie unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher politischer Ordnung die Existenz von Aufklärungsdiensten unbedingt für erforderlich!

Die Aufklärung hilft insgesamt, das gegenseitige Verständnis zu festigen, indem sie den Politikern genaue Informationen über die Ziele und Absichten der anderen Seite gibt.

Doch zwischen Spionage und Geheimpolizei ist ein Unterschied zu machen. Ich würde viel dafür geben, niemals mehr eine Geheimpolizei zu schenken. Ich meine, sie müßte in allen Ländern beseitigt werden. Die Erfahrungen zeigen, daß in allen Ländern, wo es sie gibt, die Geheimpolizei viel auf dem Kerbholz hat.

Wo ist Ihrer Meinung nach der Platz des Schriftstellers in der heiligen Gesellschaft?

In unserem Land betrachten es seriöse Schriftsteller als ihre Aufgabe, sich der Regierung als unorthodox denkende Leute entgegenzustellen, die stets gegen die Bourgeoisie Krieg führen, gegen jene, die nicht die Wahrheit sagen wollen, gegen Scharwenzelei und Geheimniskrämerei. Die Geheimniskrämerei ist mein Hauptfeind.

Ich meine, daß der Schriftsteller die Regierung korrigieren soll. So halfen die Schriftsteller Washington nicht, die Amerikaner nach Vietnam zu treiben, doch dafür halfen sie ihnen, von dort wieder herauszukommen!

Jede Gesellschaft muß entscheiden, welchen Preis sie dafür zu zahlen bereit ist, damit die Schriftsteller im Interesse des Volkes beliebige Mängel aufdecken können.

Vieleicht wären viele Probleme Eurer Vergangenheit, die Ihr jetzt erörtert, nicht entstanden, wenn die sowjetischen Schriftsteller seinerzeit die Möglichkeit gehabt hätten, sie zu kritisieren.

Man nennt Sie einen großen Meister der gekonnt gebotenen Intrige, des

spannenden Konflikts. Wie gelingt es Ihnen, Ihr Sujet so interessant aufzubauen?

Wahrscheinlich hilft mir dabei, daß ich eigentlich sehr schüchtern bin. Ich fühle jede Spannung, jeden verdeckten Konflikt sehr genau. "Die Katze saß auf der Matte" - das ist keine Story. Aber "die Katze saß auf der Matte eines Hundes" - das ist schon der Beginn einer Story.

Ich hatte eine sehr bewegte Kindheit. Vielleicht wegen des Kindes, das immer noch in mir lebt, das sich immer noch bei dem Gedanken zusammenkauert, daß sich seine Eltern streiten. Und daß sich im Leben diverse Unglücksfälle ereignen. Wenn ich mich ins Flugzeug setze, bin ich nur nie sicher, daß es nicht abstürzen wird. Wenn jemand in mein Zimmer kommt, dann kann ich mir mit Leichtigkeit vorstellen, daß er mich jeden Augenblick verhaftet. Ich bin im Grunde verrückt genug, und das hilft mir bei meiner Arbeit.

Alfred Hitchcock wurde einmal gefragt, wie lange er einen Kuß auf der Leinwand fixieren kann. „Etwa 20 Minuten“, antwortete er. „Das ist ja entsetzlich lange für einen Kuß!“, wunderte sich sein Gesprächspartner. „Ja, doch bevor ich diesen Kuß zeige, lege ich eine Bombe unter das Bett“, erwiderte Hitchcock. Ich spüre im Grunde, daß ich mit einer Bombe unter dem Bett geboren wurde. Mir schien stets, ich sei ein Kind, das sich in einen Streit der Eltern schlichtend einmischen müsse. Graham Greene sagt, die Kindheit sei eine wahre Fundgrube für den Schriftsteller. Und wirklich, solange wir jung sind, ist jede neue Erfahrung Teil unseres Erwachsenwerdens. Wenn wir aber erwachsen geworden sind, wiederholen wir nur Elemente der durchlebten Kindheit. Und überhaupt meine ich, daß jeder von uns insgeheim davon überzeugt ist, er sei noch nicht erwachsen. Die Erwachsenen sind immer die anderen...

Haben Sie Kinder?

Ich habe vier Söhne. Und ich empfinde mit ihnen, was sie natürlich niedergeschlagen sein läßt, weil sie erstens bisweilen deprimiert sein wollen und sie zweitens ja zumindest irgendeinen Grund brauchen, um über mich herzuziehen.

Sie sind gar kein strenger Vater.

Eher ein Vater, der eben mizupflindet und versteht. Oberhaupt habo ich stets Mitleid für die Opfer. Wenn ich unter Kindern bin, dann bemühe ich mich stets, ihre Sicht zu verstehen.

Leider werden Erfahrungen nicht von Generation zu Generation weitergegeben. Jedesmal muß man sich alles neu erobern. Da meine ich: Zum Teufel mit der Zukunft, wir wollen mit der Gegenwart klarkommen! Die Zukunft dient oft zur Rechtfertigung von Untätigkeit in der Gegenwart. Das ist eine sehr gefährliche Rechtfertigung. Sie erlaubt es, schreckliche Dinge in der Gegenwart zu tun. Die Juden wurden um der Zukunft willen vernichtet, die Kolonialkriege um der Zukunft willen entfesselt... ■



In Ungarn wurde in einer Auflage von 100 000 Exemplaren eine Broschüre herausgegeben, die über Aids, Ansteckungswege und Vorbeugungsmaßnahmen aufklärt

15 Jahren gesprochen. Der Mensch fühlt sich nicht krank und ist deshalb für die Umgebung sehr gefährlich. Daher ist es besonders wichtig, die Krankheit gerade in dieser Zeit festzustellen. Da Aids im Ausland 5 Jahre früher als bei uns auftrat, waren dort bereits spezielle Tests für die Feststellung von Aids-Kranken ausgearbeitet worden. Wir haben zwei Methoden zur Diagnostizierung der Krankheit entwickelt, wobei wir uns teilweise auf Erfahrungen anderer stützen.

Wer soll untersucht werden?

In erster Linie Menschen, die wir zur Risikogruppe zählen: Ausländer, die aus Ländern mit besonders starkem Aids-Ausbreitung zu uns kommen; Sowjetbürger, die lange Zeit im Ausland waren und sich hätten anstecken können; Geschlechtskrank, Drogensüchtige und Prostituierte. Außerdem werden wir unbedingt unsere Blutspender und die von ihnen erhaltenen Blutpräparate testen. Die Arbeit ist schon angelaufen, aber wir brauchen mehrere Monate, um sie abzuschließen. Erst dann werden wir Gewißheit über die Zuverlässigkeit des Spenderbluts haben.

Wie bekommt man Aids in den Griff?

Den ersten Aids-Erreger lich sich das Iwanowski-Institut für Virologie der Akademie der medizinischen Wissenschaften der UdSSR im Ausland aus. Damals wurden in der UdSSR noch keine Aids-Kranke festgestellt, aber das Institut erforschte bereits das neue Virus. Die Prognosen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gaben keinen Anlaß zum Optimismus: Die Zahl der Kranken verdoppelt sich alle 6 Monate.

Viktor SHDANOW, Mitglied der Akademie der medizinischen Wissenschaften der UdSSR, Direktor des Instituts für Immunologie, antwortet auf Fragen unserer Korrespondentin Tatjana FIRSOVA.

In der UdSSR traten die ersten Aids-Fälle 1986 auf. Was wußten die sowjetischen Wissenschaftler zu jener Zeit?

Leider nicht viel. Die Isolierung des Aids-Virus (wir haben selbständig getan, sobald in der UdSSR die ersten Kranken registriert wurden), die Erforschung seiner Eigenschaften sind fundamentale Probleme, die eine genaue Analyse erfordern. Wir wußten natürlich sehr wohl, daß man von uns nicht nur eine Theorie erwartete, sondern in erster Linie eine Diagnostik und reale Hilfe für die Kranken.

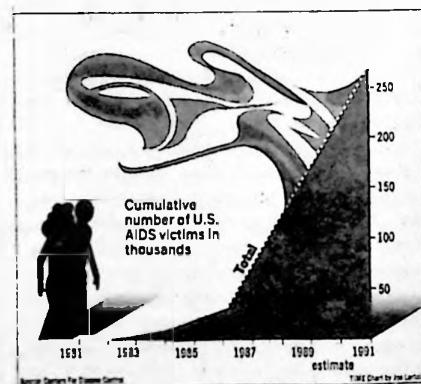
Aids hat eine lange Inkubationszeit, 3-5 Jahre, neuerdings wird sogar von

Unser Institut ist nicht das einzige in der UdSSR, das sich mit der Erforschung des Aids-Problems befaßt. Gearbeitet wird am Zentralen Institut für Epidemiologie, das von Akademiemitglied Pokrowski geleitet wird, am Institut für Bluttransfusion u. a. Sie haben gemeinsam schon über 60 Labors für Aids-Forschungen eröffnet. In den nächsten anderthalb Jahren wird ihre Zahl in der UdSSR auf 300 anwachsen.

Melden Sie, daß sich die Erkrankung ausbreiten wird!

Leider muß man jetzt von einer Aids-Pandemie sprechen. Es gibt über 56 000 registrierte Fälle, davon 40 000 in den USA. Die WHO war zuerst der Meinung,

Zunahme der Zahl der Aids-kranken Amerikaner (in Tsd.)



daß es auf der Erde 1991 eine Million Aids-Kranke geben wird, jetzt wird von drei Millionen gesprochen. Die Vorschätzungen waren also zu niedrig gegriffen. Die Pandemie hat auch uns betroffen, wenn auch die Kranken hauptsächlich Ausländer sind. Wenn wir nicht rasch ein Programm zur Aids-Bekämpfung realisieren — wir sind verpflichtet, das um jeden Preis zu tun! —, dann ist der Vormarsch der Krankheit nicht aufzuhalten. Ehe es zu spät ist, muß man die Aids-Ausbreitung begrenzen und dann die Krankheit völlig ausmorzen.

Wie läßt sich Aids Ihrer Meinung nach lokalisieren?

Vor allem darf man nicht zulassen, daß die Krankheit in die UdSSR "importiert" wird, das sage ich schon. Aids wird auf dem Geschlechtsweg übertragen. Das Testen von Blutpräparaten und Spendern ist unkompliziert, man braucht nur Zeit. Ich hoffe, daß unser Gesundheitswesen in nächster Zeit zu Einwegspritzen übergeht. Das zieht sich unvertretbar in die Länge. Geschlechtskontakte dagegen sind eine intime Angelegenheit. Jeder Erwachsene muß wissen, daß die Krankheit auf diesem Weg übertragen wird. Unsere Aufgabe besteht darin, der ganzen Bevölkerung klarzumachen: Promiskuität ist nicht nur unmoralisch, sondern auch lebensgefährlich. Meiner Meinung nach muß in der UdSSR ein Gesetz verabschiedet werden, das (wie bei Geschlechtskrankheiten) harte Strafen für Menschen vorsieht, die von ihrer Krankheit wissen und andere vorsätzlich anstecken. Die bereits Erkrankten müssen unter strenge medizinische und soziale Kontrolle genommen, ihre Rechte aber unbedingt garantiert werden. Das Eingreifen ins Privatleben eines Menschen ist ohne wirklich triftige Gründe unzulässig. Die Kranken dürfen nicht wie Aussätzige behandelt werden. Die Gesellschaft muß lernen, ihnen Mitleid und Hilfe angedeihen zu lassen.

Gibt es heute Präparate, die die Krankheit bekämpfen können? Wird vielleicht eine Vakzine gegen Aids entwickelt werden?

Die Meldung war in bundesdeutschen Zeitungen gedruckt, nachdem diese Prostituierten Hunderte Menschen mit Aids angesteckt hatte

Anfang Juni tagte in Washington eine Internationale Konferenz zur Bekämpfung von Aids (Syndrom der erworbenen Immunschwäche). Der Präsident der Akademie der medizinischen Wissenschaften der UdSSR, Valentin POKROWSKI, Direktor des Zentralen Forschungsinstituts für Epidemiologie, kommentiert Ihre Ergebnisse.

1000 Berichte

Die sowjetische Delegation berichtete in Washington über Aids-Erkrankungen in der UdSSR und legte Berichte über die Synthese von Peptiden der Aids-Virus-Eiweiße und über die Virus-Ultradstruktur vor. Insgesamt wurden der Konferenz rd. 1000 Berichte vorgelegt. Über die Ergebnisse läßt sich heute kaum etwas Tröstliches sagen. Leider steht fest: Auch in Washington wurde kein Rezept gegen Aids genannt. In den fünf Konferenztagen stieg die Zahl der Aids-Kranken um weitere Hunderte. Offenbar gehören optimistische Prognosen und Versprechen, gegen das furchtbare Virus rasch eine Vakzine zu finden, der Vergangenheit an. Wenn jedoch kein Weg zur Bekämpfung von Aids gefunden wird, steht die Menschheit vor einer Krise. Das muß klar sein. Deshalb muß Aids sofort zu jenen globalen Problemen gerechnet werden, die man dringlich und unter Zusammenlegung aller intellektuellen Anstrengungen lösen muß.

Ich sehe ein, daß den Ärzten ernste Vorwürfe gemacht werden können. Wir fangen erst an, gewisse Prophylaxeregeln zu erläutern. Aids-Forschungen haben in der UdSSR noch keine feste organisatorische Basis. Zwar gibt es in Moskau eine Stelle, die man unter einer bestimmten Nummer anrufen kann, um nachher unter einem "Kode" eine Blutprobe abzuliefern und unter demselben "Kode" zu erfahren, ob man krank ist oder nicht. Doch bestehen weder Aids-Labors noch ein spezielles Aids-Institut. Ohne eine solche Basis darf man natürlich nicht mit Erfolgen rechnen.

In die Aids-Bekämpfung müssen sich — nicht erst morgen, sondern heut — Dutzende Ämter der Justiz, der Miliz, des Wirtschaftssektors einschließen. Wenn wir das nicht tun, wird die höchste Ausbreitung von Aids, die für die Jahre 1990/91 erwartet wird, unserem Land viele Wunden schlagen.

Wie die eben erst abgehaltene internationale Aids-Konferenz zeigte, besteht ein ernsthaftes Hindernis für die Entwicklung einer Vakzine. Der genetische Apparat des Virus nistet sich im genetischen Zellapparat ein. Um das Virus aus dem Organismus völlig zu entfernen, muß man die betroffenen Zellen töten — oder aber das Virus daraus entfernen. An dieser Aufgabe arbeiten jetzt die Wissenschaftler der ganzen Welt. Vorläufig erproben wir unterschiedliche chemisch-therapeutische Mittel an Kulturen des Aids-Virus. Das sind z. B. Arzneimittel, die am Institut für Molekularbiologie der AdW der UdSSR synthetisiert wurden. Klinische Versuche finden am Institut für

Epidemiologie statt. Die Präparate beeinflussen den Krankheitsverlauf bis zu einem gewissen Grade positiv, sind jedoch leider kein radikales Mittel.

Im November 1986 bewilligte London 32 Mio Dollar für Prophylaxe und Beratung. Im Lande wurden 1500 Plakate ausgehängt: "Aids. Nicht an Unwissen sterben!", "Aids unterscheidet nicht, jeder kann das Opfer sein". Flugblätter mit ausführlichen Anweisungen zur Krankheitsabwehr wurden per Post an 23 Millionen Haushalte, Schulen und Apotheken versandt.





In einigen Ländern ist der Aids-Test obligatorisch. In Frankreich z. B. muß ein solcher Test bei der Eheschließung vorgelegt werden. Das geschieht zum Schutz auch der künftigen Kinder, die sich über das Blut der Mutter anstecken können. In den USA werden alle Einwanderer und alle 2,1 Millionen Militärangehörige getestet. Positiver Befund kann als Hindernis bei der Zulassung zu vertraulichen Arbeiten gelten.

Die Presse, besonders im Ausland, brachte allerlei über den Ursprung von Aids. Wie denken Sie über die Entstehung der Krankheit?

Ja, der Meinungen gab es viele. Leider handelte es sich hauptsächlich um Vermutungen von Laien. Ich nahm an der Aids-Konferenz in Genf teil. Kurz davor brachte ein seriöses Blatt die Mitteilung, Aids sei auf Massenimpfungen gegen Pocken zurückzuführen. Als Beispiel wurden Zaire, Tansania und Uganda genannt, wo in den 60er Jahren besonders großangelegte Pockenschutzimpfungen vorgenommen wurden. Dies zu widerlegen, ist ein leichtes. Drei Viertel aller Aids-Kranken sind in den USA registriert, wo seit 100 Jahren nicht gegen Pocken geimpft wird. Das zeigt, was solche Sensationen wert sind. Das Aids-Virus ist auf natürlichem Wege entstanden, offenbar evolutioniert es recht schnell. Gegenwärtig beschleunigt sich der Evolutionsprozeß im allgemeinen, auch der des Virus. Die Frage nach dem Aids-Ursprung erfordert spezielle Forschungen. Vorläufig weiß man nur folgendes: In Afrika sind zwei Varietäten des Aids-Virus entdeckt worden, desgleichen eine ähnliche Erkrankung bei Affen. Warum ausgerechnet die USA die höchste Erkrankungszahl zu verzeichnen haben, weiß man bisher nicht. Interessant ist auch, warum Aids in manchen Ländern grasiert, in anderen dagegen fast nicht anzutreffen ist. In Zentralafrika z. B. ist Aids sehr weit verbreitet, in Nordafrika

HELFER EIWEISS

Nicht jeder Träger des Aids-Virus wird unbedingt krank. Etwa anderthalb bis 4 Millionen Amerikaner hätten eine Aids-Infektion haben können, weisen jedoch keine Krankheitssymptome auf. Britische Forscher stellten vor kurzem fest: Die Empfänglichkeit eines Menschen oder einer ganzen ethnischen Gruppe für dieses tödliche Virus hängt, wenigstens zum Teil, von der Genstruktur ab. Eine von Lesley-Jane Eales (medizinische Schule beim St.-Mary's-Hospital, London) geleitete Wissenschaftlergruppe untersuchte sechs Arten von körpereigenem Eiweiß, das sich an der Oberfläche aller menschlichen Zellen befindet. Die Forscher gelangten zu dem Schluß, daß eine dieser Eiweißarten ihre Träger höchst immun, eine andere dagegen sie außerordentlich empfindlich gegen Aids macht. Die übrigen vier Arten liegen dazwischen.

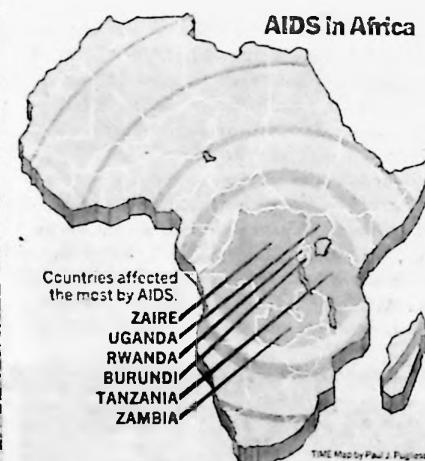
Diese Arbeit könnte Aufschluß darüber geben, warum sich Aids in Zentralafrika so rasch ausbreitet. Bei den Einwohnern dieser Region findet sich das "empfindlichste" Eiweiß fast 10mal so oft wie bei den Europäern.

Aber selbst Menschen mit der "beständigsten" Eiweißform sind nicht gegen Aids gefeit.

dagegen so gut wie nicht festzustellen. Warum ist Asien mit Ausnahme Japans verschont geblieben?

Erklären Sie bitte etwas ausführlicher, wie der natürliche, evolutionäre Ursprung des Virus zu verstehen ist.

Meines Erachtens sind Viren autonome genetische Strukturen zellulärer Herkunft, d. h. nichtzelluläre Lebensformen, die mit zellulären koexistieren. Wenn dem so ist, besteht auch eine ökologische Wahrscheinlichkeit ihrer selbständigen Entstehung. In der Frühzeit der Zivilisation "bezogen" die nomadisierenden kleinen Menschengruppen ihre Krankheiten hauptsächlich aus der Umwelt. Jetzt ist die dichtbesiedelte Erde mit ihren fast 5 Milliarden Einwohnern im Grunde ein



Schätzungsweise sind 5 Millionen von 550 Millionen Afrikanern Aids-krank. Das Virus begann sich ungefähr 1980 von Ruanda und Zaire aus zu verbreiten.

Reservoir, in dem Viren entstehen können. Beachten Sie, wie Aids übertragen wird. Der künstliche Weg ist die Bluttransfusion, der "zuverlässigste" dagegen der Geschlechtsverkehr. Anders gesagt, hat die Evolution die menschliche Ökologie unserer Zeit benutzt.

Wissenschaftler machen nicht gern Prognosen, aber unsere Leser möchten natürlich wissen, wann das Aids-Problem gelöst sein wird.

Obwohl die Krankheit in unserem Land noch relativ wenig verbreitet ist, legte Jewgeni Tschasow, Minister für Gesundheitswesen der UdSSR, der WHO schon einen umfassenden Plan für eine internationale Zusammenarbeit in Aids-Fragen vor. Alle sowjetischen Vorschläge fanden ihren Niederschlag sowohl im WHO-Programm zur Aids-Bekämpfung als auch in einer Resolution der WHO-Vollversammlung. Der Sinn der sowjetischen Vorschläge: Die Menschheit braucht nicht nur einen Informationsaustausch wie gegenwärtig, sondern eine differenzierte Offensive gegen Aids. Die Krankheit darf keinen Zutritt zu Gebieten erhalten, wo sie noch wenig verbreitet ist; sie muß dort aufgehalten werden, wo sie schon recht stark vertreten ist; es gilt, den Kreis der Ansteckungen einzudringen und die Krankheit schließlich endgültig auszumerzen. Meiner Meinung nach wird man dafür mindestens ein halbes Jahrhundert brauchen, denn vorläufig haben wir keine radikalen Behandlungs- und Vorbeugungsmittel. Die WHO nimmt an, daß in den nächsten 10 Jahren 100 Millionen Menschen angesteckt werden.

Informationen und Fotos aus den Zeitschriften "Time", "Newsweek", "U. S. News and World Report" (USA), "Konkret" (BRD) und der Zeitung "International Herald Tribune" (USA).

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

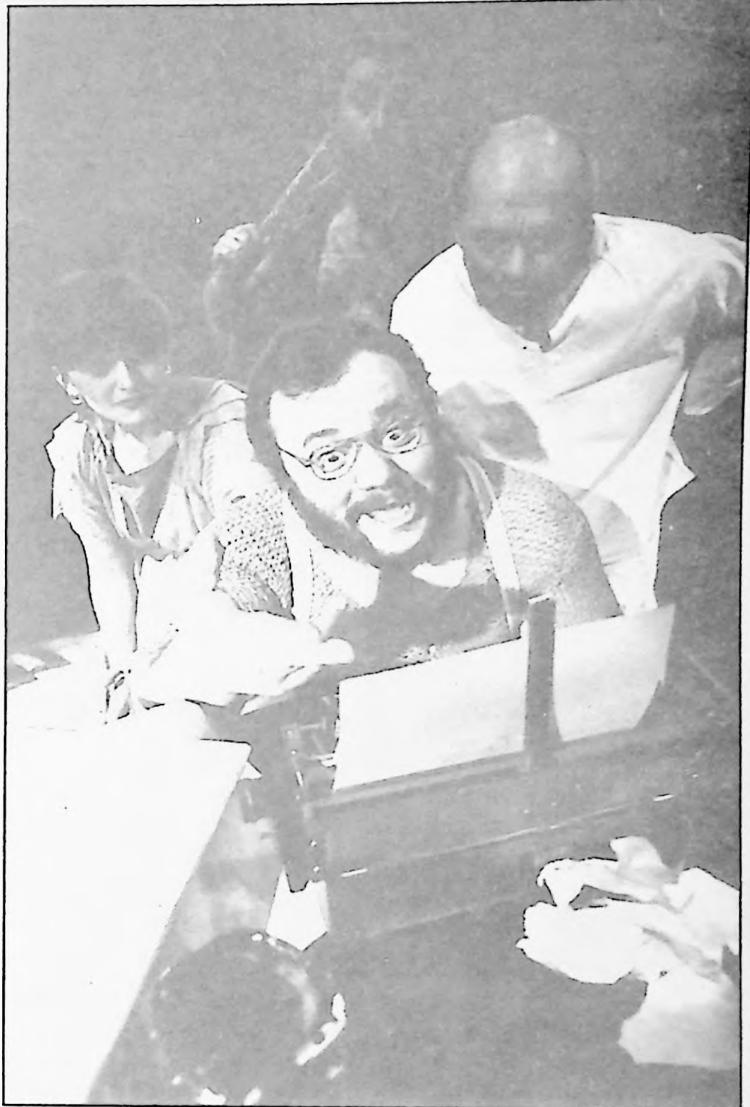
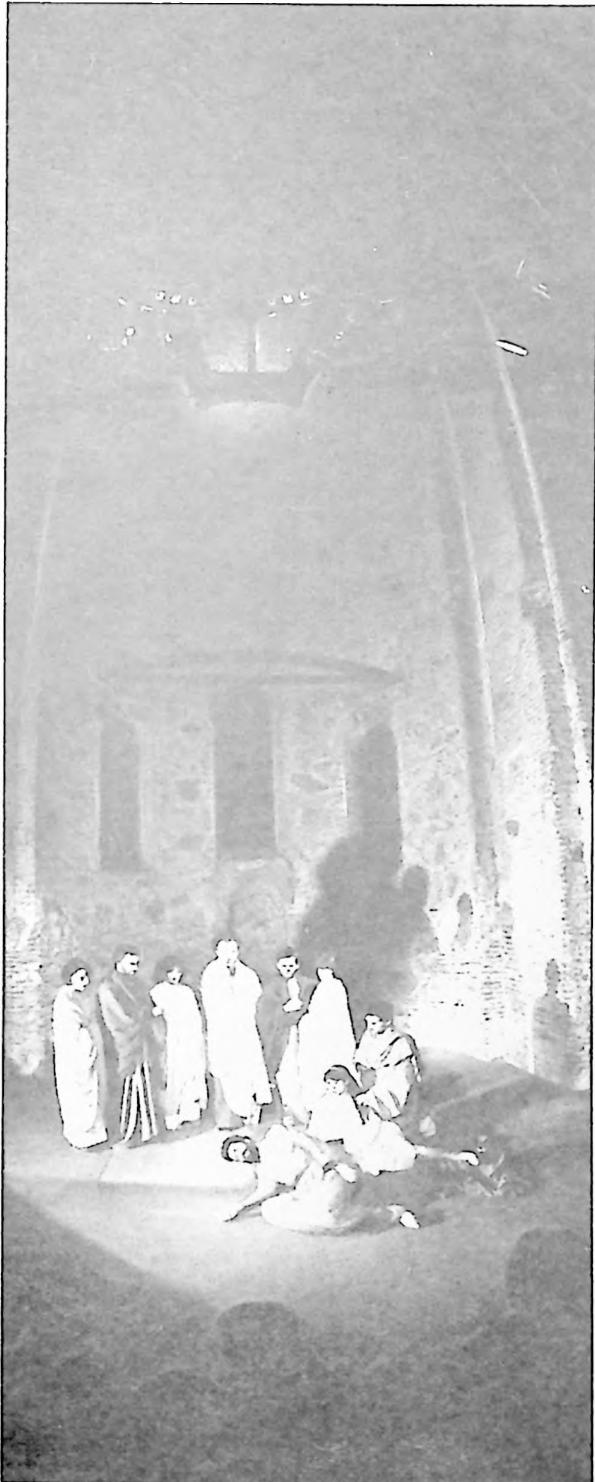
Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawa"



Im früheren Schloß von Metechi spielt heute das staatliche Jugend-Theaterstudio von Tbilissi. Hier findet sich nicht die übliche Trennung von Bühne und Zuschauerraum: Die Künstler haben direkten Kontakt mit dem Publikum.

Das Theater hat Premiere. Fürst Myschkin, Nastassja Filippowna, Rogoshin sprechen hier geor-



gisch. Das Stück nach Dostojewskis Roman „Der Idiot“ in der Inszenierung von Mrewlischwili wird auch ausländische Theater interessieren. Davon ist man insbesondere in Saarbrücken überzeugt — Mrewlischwili wurde von

einer Bühne der Saar-Metropole eingeladen.

Der Schauspieler Pawel Nossadse
Hier spielen die jungen Leute
Szene aus dem Stück „Der Eremit“
des georgischen Klassikers
Ilja Tschawtschawadse

Fotos: TASS





INTERNATIONALER
WETTBEWERB

„MENSCH,
MENSCHLICHKEIT,
MENSCHHEIT“

L. R. GROVER (Indien)



Möge immer die Sonne scheinen...

Ein alter Bauer

